

## 86. Geschäftsbericht 1993



# **86. Geschäftsbericht der Schweizerischen Nationalbank 1993**

---



# Inhaltsverzeichnis

---

A.	Wirtschaftsentwicklung und Notenbankpolitik im Überblick	
	1. Internationale Wirtschafts- und Währungsentwicklung	5
	2. Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz	7
	3. Zur Politik der Nationalbank	8
B.	Entwicklung der Weltwirtschaft	
	1. Konjunkturelle Entwicklung	12
	2. Geld-, Währungs- und Finanzpolitik	16
	3. Finanzmärkte	21
	4. Internationale Zusammenarbeit	23
	5. Internationale Verschuldung	25
C.	Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz	
	1. Realwirtschaftlicher Bereich	27
	2. Monetärer Bereich	38
	3. Übrige Notenbankpolitik	51
D.	Die Geschäftstätigkeit der Nationalbank	
	1. Devisen-, Geldmarkt- und Kapitalmarktgeschäfte	55
	2. Zahlungsverkehr	61
	3. Dienstleistungen für den Bund	63
	4. Ermittlung und Ausschüttung des Gewinns der Nationalbank	66
	5. Geschäftsergebnis	70
E.	Bankbehörden und Personal	
	1. Mutationen in den Bankbehörden	79
	2. Mutationen in der Direktion	81
	3. Personal	81
F.	Bericht der Revisionskommission und Anträge an die Generalversammlung	
	1. Bericht der Revisionskommission an die Generalversammlung der Aktionäre	82
	2. Anträge des Bankrats an die Generalversammlung der Aktionäre	83
G.	Anhang	85



# A. Wirtschaftsentwicklung und Notenbankpolitik im Überblick

## 1. Internationale Wirtschafts- und Währungsentwicklung

Die schwache Konjunktur dauerte 1993 in den meisten OECD-Staaten an. Das durchschnittliche Wachstum des realen Bruttoinlandprodukts betrug nur 1,1%, nachdem es bereits in den beiden Vorjahren bescheiden ausgefallen war. Gleichzeitig vergrößerten sich die konjunkturellen Unterschiede zwischen den verschiedenen OECD-Ländern: In den Vereinigten Staaten setzte sich der Konjunkturaufschwung, der 1992 begonnen hatte, fort. Die britische Wirtschaft vermochte sich aus der konjunkturellen Talsohle zu lösen. Dagegen gerieten die Bundesrepublik Deutschland sowie Japan Anfang 1993 in eine Rezession. Während in Europa gegen Jahresende Zeichen einer beginnenden wirtschaftlichen Erholung sichtbar wurden, blieb die konjunkturelle Lage in Japan gedrückt.

Weiterhin schwaches Wachstum der Weltwirtschaft

Die gegenläufige konjunkturelle Entwicklung in den Vereinigten Staaten, Japan und Europa widerspiegelte sich in zunehmenden ausenwirtschaftlichen Ungleichgewichten. Das amerikanische Ertragsbilanzdefizit vergrößerte sich deutlich. Umgekehrt stieg der Überschuss Japans, während sich das Defizit in Westeuropa insgesamt verkleinerte.

Steigende ausenwirtschaftliche Ungleichgewichte

Der Konjunkturaufschwung in den Vereinigten Staaten ging mit einem spürbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit einher. In Japan und besonders in Europa verschlechterte sich dagegen die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die Beschäftigung sank, und die Arbeitslosenquote erreichte in vielen Ländern einen Höchststand. In Europa bereiteten insbesondere die auch längerfristig düsteren Aussichten für die Beschäftigung zunehmend Sorge.

Stark zunehmende Arbeitslosigkeit in Westeuropa

Der Rückgang der Teuerung, der Ende 1990 begonnen hatte, setzte sich im OECD-Raum weiter fort. Die Teuerung erreichte fast die tiefen Werte von Mitte der achtziger Jahre. Besonders stark sank sie in Japan.

Erneuter Rückgang der Teuerung

Im Unterschied zu früheren Konjunkturzyklen vermochte der Aufschwung in den Vereinigten Staaten keine Besserung der Wirtschaftslage in Europa und Japan auszulösen. Die ausgeprägte Phasenverschiebung im Konjunkturverlauf der grossen Industrieländer widerspiegelte vor allem die unterschiedliche Geldpolitik der vergangenen Jahre. Während die Geldpolitik in den Vereinigten Staaten bereits Anfang 1991 stark gelockert worden war, blieb sie in Japan bis Ende 1991 restriktiv. Der Einbruch der spekulativ aufgeblähten Immobilien- und Aktienpreise veranlasste die japanischen Währungsbehörden, ihre geldpolitischen Zügel zu lockern. Die meisten europäischen Zentralbanken führten bis zum Ausbruch der Krise des Europäischen Währungssystems (EWS) im Herbst 1992 eine restriktive Geldpolitik. Das lange Festhalten an unrealistischen Wechselkursparitäten im EWS verstärkte die rezessiven Tendenzen in Europa.

Unterschiedliche Konjunkturentwicklung

Entspannung im Bankensektor

Die Krise im Bankensektor, die 1992 viele Länder in Mitleidenschaft gezogen hatte, entschärfte sich im Jahre 1993. Zwar blieb die Lage des Immobiliensektors infolge der hohen Leerbestände im gewerblich-industriellen Bau labil. Die Gewinnentwicklung bei den Banken verbesserte sich jedoch deutlich, so dass die Verluste und Rückstellungen aus dem Kreditgeschäft besser verkraftet werden konnten. In Japan, in den skandinavischen Ländern und in Italien zeigten sich die Banken als Folge der ausserordentlich hohen Verluste und Abschreibungen sehr zurückhaltend bei der Vergabe von neuen Krediten.

Erweiterung der Bandbreiten im Wechselkursmechanismus des EWS

Das Europäische Währungssystem (EWS) erlebte zwischen dem Herbst 1992 und dem Sommer 1993 seine bisher schwerste Krise. Nachdem Grossbritannien und Italien im Herbst 1992 aus dem Wechselkursmechanismus des EWS ausgetreten waren, gerieten abwechselnd verschiedene EWS-Währungen unter Druck. Dazu gehörten der französische Franc, die spanische Peseta, der portugiesische Escudo, das irische Pfund und der belgische Franc. Das irische Pfund und die iberischen Währungen wurden im Februar bzw. im Mai abgewertet. Im Juli spitzten sich die Spannungen im EWS erneut zu. Nach massiven Interventionen wurden am 1. August die Bandbreiten für die zulässigen Wechselkursschwankungen im EWS auf  $\pm 15\%$  ausgeweitet.

Starke Aufwertung des Yen, Höherbewertung des Dollars

Der japanische Yen wertete sich bis zur Jahresmitte stark auf und erreichte gegenüber allen Währungen ein Rekordniveau. Zum Höhenflug trugen die weiter zunehmenden japanischen Ertragsbilanzüberschüsse bei. Der amerikanische Dollar gewann gegenüber den europäischen Währungen tendenziell an Wert, während er sich im Vergleich zum Yen stark abschwächte.

Lockerung der Geldpolitik

Die Industrieländer lockerten ihre Geldpolitik im Jahre 1993. Lediglich die Vereinigten Staaten belassen ihre Zinsen auf dem tiefen Niveau des Vorjahres. Die japanischen Zinssätze fielen auf den tiefsten Stand der Nachkriegszeit. Auch die europäischen Länder senkten ihre Zinssätze. Aus Rücksicht auf die Wechselkurse folgten sie dabei der vorsichtigen Gangart Deutschlands. Die im ersten Halbjahr verschiedentlich auftretenden Spannungen im EWS veranlassten sogar einige Länder, die Leitzinsen vorübergehend wieder zu erhöhen, um ihre Währungen zu stützen. In Grossbritannien und Italien wurde dagegen die Geldpolitik nach dem Ausscheiden aus dem Wechselkursmechanismus deutlich gelockert. Ende Jahr lagen die kurzfristigen Zinssätze in den meisten Ländern Kontinentaleuropas immer noch über den langfristigen. Diese fielen infolge der sinkenden Teuerung und der anhaltenden Konjunkturschwäche auf den niedrigsten Stand seit Jahrzehnten.

Weiter wachsende Staatsdefizite

Angesichts der unbefriedigenden Konjunktur vergrösserten sich in vielen Ländern die ohnehin hohen Staatsdefizite. Trotz der schlechten Wirtschaftslage ergriffen verschiedene Länder, darunter Deutschland und Italien sowie die skandinavischen Länder, Massnahmen zur Reduktion der Fehlbeträge. Der zur Sanierung des Staatshaushalts unumgänglich gewordene Sparkurs verschärfte die Rezes-

sion zusätzlich. Japan verfügte dank der im Vergleich zu Europa günstigeren Finanzlage über einen grösseren finanzpolitischen Spielraum. Wie im Vorjahr stützte die japanische Regierung die Konjunktur mit umfangreichen, zusätzlichen Staatsausgaben. In den Vereinigten Staaten trat ein weiteres Programm zur mittelfristigen Reduktion des Staatsdefizits in Kraft.

Die düstere Konjunkturlage liess in verschiedenen Ländern protektionistische Tendenzen aufleben. Internationale Vereinbarungen, welche auf einen Abbau von Handelshemmnissen hinzielen, stiessen auf innenpolitische Widerstände. Einen Lichtblick bildete die Verabschiedung von zwei wichtigen Vertragswerken. Die Uruguay-Runde des GATT konnte nach mehrjährigen Verhandlungen Ende Jahr abgeschlossen werden. Das neue Vertragswerk sieht neben einem allgemeinen Zollabbau vor allem eine Verringerung der Handelsschranken bei den Dienstleistungen sowie bei der Landwirtschaft vor. Ausgeklammert blieben hingegen die Finanzdienstleistungen. Sodann stimmten die Parlamente der Vereinigten Staaten, Kanadas und Mexikos dem Vertrag über die Freihandelszone in Nordamerika (NAFTA) zu.

Verabschiedung des GATT- und des NAFTA-Vertrags

Die durch den Zusammenbruch der kommunistischen Regimes ausgelöste Struktur- und Anpassungskrise in Osteuropa verschärfte sich 1993 vor allem in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Der Rückgang der Industrieproduktion setzte sich fort, und die Arbeitslosigkeit stieg weiter. Besonders in einigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion wurden die Staatsdefizite durch Zentralbankkredite finanziert, wodurch sich die Geldentwertung beschleunigte.

Wirtschaftskrise in Osteuropa

In Südostasien hielt der Boom an. Eine starke Sogwirkung ging vom überaus kräftigen Wirtschaftswachstum in der Volksrepublik China aus, das allerdings von starken Überhitzungssymptomen begleitet war. Die Öffnung bisher geschlossener Länder wie Vietnam sowie der Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen den kleineren Volkswirtschaften trugen ebenfalls zur günstigen Wirtschaftsentwicklung in Südostasien bei. In den meisten Ländern Lateinamerikas setzte sich die Anfang der neunziger Jahre begonnene Konjunkturerholung fort. In Afrika dagegen blieb die wirtschaftliche Lage düster.

Boom in Südostasien, Erholung in Lateinamerika, Stagnation in Afrika

## 2. Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz

In der Schweiz ging die mehr als zwei Jahre dauernde Rezession im Sommer 1993 zu Ende. Das reale Bruttoinlandprodukt begann im dritten Quartal 1993 wieder leicht zu wachsen. Zur konjunkturellen Besserung trugen vor allem der private Konsum und die Exporte bei. Auch die Investitionstätigkeit belebte sich in der

Aufhellung der Wirtschaftslage ab Mitte 1993

zweiten Jahreshälfte wieder etwas. Die Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage blieb indessen zu schwach, um das reale Bruttoinlandprodukt für das ganze Jahr 1993 steigen zu lassen. Im Vergleich zum Vorjahr ging es um 0,6% zurück.

Leicht verbesserte Kapazitätsauslastung und höhere Importe im zweiten Halbjahr

Die leicht anziehende Nachfrage führte im zweiten Halbjahr zu einer etwas höheren Kapazitätsauslastung der Industrie sowie zu einer deutlichen Zunahme der Importe. Besonders ausgeprägt war die Erholung bei den Einfuhren von Investitionsgütern, die seit Mitte 1991 zurückgegangen waren. Im Jahresdurchschnitt lagen jedoch sowohl die Importe als auch die Kapazitätsauslastung unter dem Vorjahresniveau.

Weiterer Rückgang der Teuerung

Ein Erfolg wurde bei der Inflationsbekämpfung erzielt. Nachdem die Jahresteuering bis zum Herbst ungefähr auf dem Ende 1992 erreichten Stand verharrt hatte, sank sie bis zum Jahresende auf 2,5%.

Steigende Arbeitslosigkeit

Noch keine Wende zeigte sich auf dem Arbeitsmarkt: Die Beschäftigung nahm nochmals ab, und die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich stark. Im Dezember betrug die Arbeitslosenquote 5,1%.

Erstmals wieder Handelsbilanzüberschuss

Die gegenüber dem Vorjahr tieferen nominellen Importe führten zusammen mit den leicht höheren Exporten erstmals seit 1953 zu einem Überschuss der Handelsbilanz. Da auch der Aktivsaldo der Dienstleistungsbilanz zunahm, übertraf der Überschuss der Ertragsbilanz den bereits hohen Vorjahresstand nochmals deutlich.

### 3. Zur Politik der Nationalbank

Preisstabilität als Hauptziel der Geldpolitik

Die Geldpolitik zielt darauf ab, das Preisniveau mittelfristig stabil zu halten. Dieses Ziel kann erreicht werden, wenn die Nachfrage nach inländischen Gütern und Dienstleistungen im gleichen Rahmen wächst wie das Produktionspotential. Die Nationalbank beeinflusst die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, indem sie das Geldmengenwachstum dosiert. Eine übermässige Ausweitung der Geldmenge zöge eine zu hohe Nachfrage nach sich. Der Produktionsapparat würde überfordert; Kapazitätsengpässe und anschliessende Preissteigerungen wären die Folge. Die Nationalbank begrenzt deshalb das Wachstum der Geldmenge. Diese soll nur so weit ausgedehnt werden, als die Wirtschaft Spielraum für ein Realwachstum im Rahmen des Produktionspotentials benötigt.

Wir legen unseren geldpolitischen Kurs aufgrund eines mittelfristigen Ziels für die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge fest. Gleichzeitig behalten wir uns vor, auf unerwartete Entwicklungen – wie starke Ausschläge des Wechselkurses oder Verschiebungen der Geldnachfrage – angemessen zu reagieren. Der aktuelle geldpolitische Kurs kann deshalb vorübergehend vom mittelfristigen Ziel abweichen. Wir veröffentlichen zusätzlich vierteljährliche Prognosen der Notenbankgeldmenge, um der Öffentlichkeit Informationen über unsere Absichten für die unmittelbare Zukunft zu vermitteln.

Notenbankgeldmenge  
als Zielgrösse

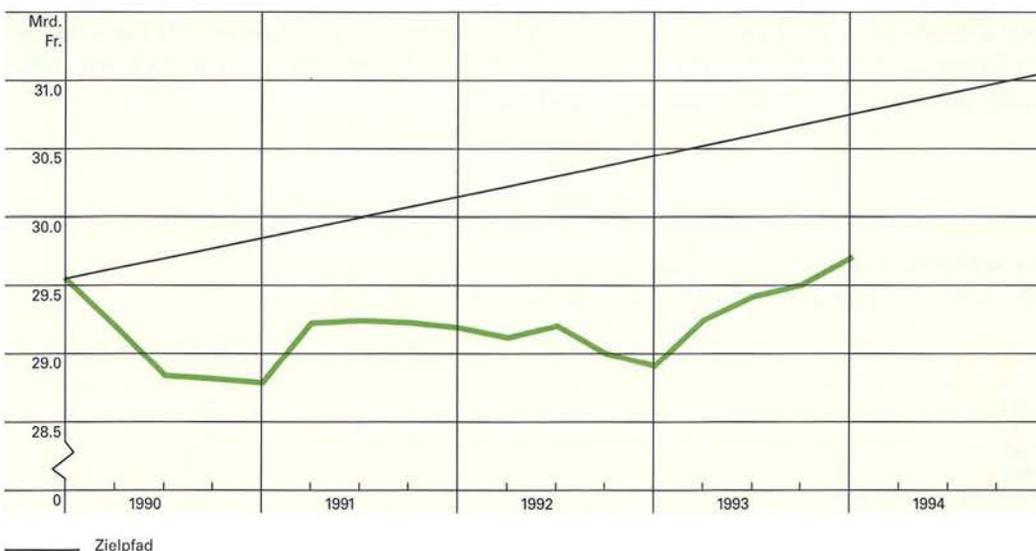
Wir beabsichtigen, die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge mittelfristig weiterhin um durchschnittlich 1% pro Jahr auszuweiten. Das Durchschnittsniveau der saisonbereinigten Notenbankgeldmenge im vierten Quartal 1989 dient dabei als Ausgangspunkt für die mittelfristige Zielgerade (vgl. Grafik). Die durch die Einführung des elektronischen Interbank-Zahlungsverkehrssystems SIC und die Revision der Liquiditätsvorschriften verursachte Verschiebung der Geldnachfrage war zu diesem Zeitpunkt weitgehend abgeschlossen. Daher konnten wir die Notenbankgeldmenge ab Ende 1989 wieder als zuverlässigen geldpolitischen Indikator betrachten.

Mittelfristiges Ziel:  
Wachstum von 1%  
pro Jahr

Die angestrebte Wachstumsrate der saisonbereinigten Notenbankgeldmenge liegt unter der geschätzten Zunahme des schweizerischen Produktionspotentials von jährlich rund 2%. Der Unterschied trägt der Tendenz Rechnung, Zahlungen vermehrt bargeldlos abzuwickeln. Infolge dieser Tendenz wächst der Notenumlauf, der über 90% der Notenbankgeldmenge ausmacht, deutlich langsamer als das Sozialprodukt.

Bestimmung  
der Steigung des  
Zielpfades

### Saisonbereinigte Notenbankgeldmenge



Periodische Überprüfung des Zielpfades

Der Zielpfad für die Notenbankgeldmenge ist eine Richtgrösse, die nicht mit wissenschaftlicher Präzision festgelegt werden kann. Weitere Verschiebungen der Nachfrage der Banken nach Giroguthaben können ebensowenig ausgeschlossen werden wie Veränderungen der Nachfrage nach Banknoten. Wir überprüfen deshalb die Lage des Zielpfades periodisch und ziehen dazu andere aussagekräftige geldpolitische Indikatoren – wie die Geldmenge  $M_1$  – heran.

Restriktive Geldpolitik 1990–1992 mit deutlicher Unterschreitung des Zielpfades

Die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge sank vom vierten Quartal 1989 bis zum vierten Quartal 1992 um durchschnittlich 0,7% pro Jahr. Der Grund dafür lag darin, dass wir angesichts der hartnäckig hohen Teuerung und der Schwäche neigung des Frankens bis in die erste Jahreshälfte 1992 einen wesentlich restriktiveren Kurs steuerten, als wir ursprünglich beabsichtigt hatten. Im zweiten Quartal 1992 liess die Teuerung spürbar nach. Mitte 1992 war auch das Vertrauen der Devisenmärkte in den Schweizer Franken weitgehend wiederhergestellt, so dass wir eine Lockerung der Geldpolitik einleiten konnten.

Annahmen für die Geldpolitik 1993

Wir nahmen für das Jahr 1993 eine Fortführung der ab Mitte 1992 gelockerten Geldpolitik in Aussicht. Ausgangspunkt bildete die prognostizierte Zunahme der saisonbereinigten Notenbankgeldmenge von deutlich mehr als 1%. Wir erwarteten einen weiteren Abbau der Teuerung bei stagnierendem Bruttoinlandprodukt. Unter diesen Voraussetzungen war damit zu rechnen, dass die Nachfrage nach Notenbankgeld hauptsächlich aufgrund der bereits eingetretenen sowie der noch erwarteten Rückbildung des Zinsniveaus zunehmen werde.

Notenbankgeldmenge 1993 auf Zielkurs

Zwischen dem vierten Quartal 1992 und dem vierten Quartal 1993 entsprach die Entwicklung der saisonbereinigten Notenbankgeldmenge mit einem Anstieg von 2,8% unseren Absichten. Die Geldpolitik konnte – anders als in den Vorjahren – praktisch störungsfrei auf dem am Ende des Vorjahres in Aussicht genommenen Kurs gehalten werden. Die Notenbankgeldmenge näherte sich dem mittelfristigen Zielpfad an. Vom vierten Quartal 1989 bis zum vierten Quartal 1993 wuchs sie im Durchschnitt pro Jahr um 0,2% (vgl. Tabelle). Allerdings blieb auch Ende 1993 noch eine Lücke zum Zielpfad von rund 3,5%.

### Saisonbereinigte Notenbankgeldmenge (Veränderung gegenüber dem 4. Quartal des Vorjahres)

	Mittelfristiges Ziel (%)	Effektives Wachstum (%)
1990	1*	-2,6
1991	1	1,4
1992	1	-1,0
1993	1	2,8
Jährlicher Durchschnitt	1	0,2

\* Das mittelfristige Ziel wurde erst Ende 1990 rückwirkend festgelegt

Die Teuerung bildete sich bis zum Jahresende auf 2,5% zurück. Die reale Wirtschaftsentwicklung hielt sich ebenfalls im Rahmen unserer Erwartungen. Während das Bruttoinlandprodukt gemäss vorläufigen Angaben im Jahresdurchschnitt real leicht abnahm, mehrten sich in der zweiten Jahreshälfte die Anzeichen einer allmählichen Konjunkturerholung. Deshalb sahen wir davon ab, das Geldmengenwachstum zusätzlich zu forcieren. Dazu hätten wir einen noch rascheren Rückgang des Zinsniveaus zulassen müssen. Dies hätte erfahrungsgemäss die Konjunktur kurzfristig nur wenig gestützt, auf mittlere Sicht aber die Gefahr einer konjunkturellen Überhitzung heraufbeschworen. Die Entwicklung der breiteren Geldmengenaggregate zeigt, dass die Ausweitung der Notenbankgeldmenge im Jahre 1993 ausreichend bemessen war. So lag das Aggregat  $M_1$  im Jahresdurchschnitt um 11,5% über dem Vorjahreswert. Starke vorübergehende Wachstumsschübe der Geldmenge  $M_1$  sind zwar die normale Folge rückläufiger Zinssätze. Solche Schübe dürfen jedoch nicht über längere Zeit anhalten, wenn die Preisstabilität mittelfristig gesichert bleiben soll.

Verzicht auf forcierte Annäherung an den mittelfristigen Pfad

Der Franken wurde – nach einer Abschwächung zu Jahresbeginn – real höher bewertet. Das am Jahresende erreichte Wechselkursniveau dürfte die Konjunkturerholung indessen nicht gefährden. Die schweizerischen Zinssätze sanken gegenüber dem Vorjahr nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zu jenen in Deutschland. Der flexible Wechselkurs des Frankens erlaubte uns somit, die Zinsentwicklung vom Verlauf in den Nachbarländern weitgehend abzukoppeln und die Geldpolitik vornehmlich auf die Binnenwirtschaft auszurichten.

Ruhige Frankenkursentwicklung – Abkoppelung vom europäischen Zinsniveau

Wir verfolgen im Jahre 1994 im Einvernehmen mit dem Bundesrat weiterhin das Ziel, die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge mittelfristig um durchschnittlich ein Prozent pro Jahr auszuweiten. Wir streben für 1994 eine Zunahme der saisonbereinigten Notenbankgeldmenge an, die wiederum über dem mittelfristigen Ziel liegt. Die Notenbankgeldmenge wird sich dem mittelfristigen Wachstumspfad damit weiter annähern. Wir sehen indessen davon ab, sie bereits bis Ende 1994 völlig auf das Niveau des Zielpfades anzuheben. Dazu wäre eine starke und rasche weitere Lockerung der Geldpolitik nötig, die später inflationäre Folgen haben könnte. Wie üblich behalten wir uns vor, vom geldpolitischen Kurs abzuweichen, falls unerwartete Entwicklungen an den Devisen- und Finanzmärkten das Ziel eines stabilen Preisniveaus bei ausgeglichenem Wirtschaftswachstum gefährden sollten.

Geldpolitik 1994

Der für 1994 vorgesehenen Geldpolitik liegen folgende Erwartungen zugrunde: Wir rechnen mit einem Wachstum des realen Bruttoinlandprodukts von gut 1% im Jahresdurchschnitt 1994. Im vierten Quartal 1994 dürfte das reale Bruttoinlandprodukt seinen Vorjahreswert um 1,5% übertreffen. Die Teuerung wird sich im Jahresdurchschnitt voraussichtlich auf 1,5% und bis zum vierten Quartal 1994 gegen 1% zurückbilden.

Weiter sinkende Teuerung

## B. Entwicklung der Weltwirtschaft

### 1. Konjunkturelle Entwicklung

Deutliche konjunkturelle Abschwächung in den OECD-Ländern

Im Jahre 1993 schwächte sich die Konjunktur in den meisten OECD-Staaten deutlich ab. Die wirtschaftliche Entwicklung verlief indessen von Land zu Land unterschiedlich: Während die Erholung in den Vereinigten Staaten weiterging, kühlte sich die Wirtschaft Japans stark ab, und die meisten europäischen Staaten gerieten in eine Rezession. In der EG sank das reale Bruttoinlandprodukt um durchschnittlich 0,3%, verglichen mit einem Wachstum von 1,1% im Vorjahr.

Fortgesetzte Erholung in Nordamerika

In den Vereinigten Staaten ging der mässige Aufschwung, der 1992 eingesetzt hatte, weiter. Das reale Bruttoinlandprodukt wuchs 1993 um 3%, verglichen mit 2,6% im Vorjahr. Die Erholung stützte sich hauptsächlich auf den privaten Konsum und auf die Ausrüstungsinvestitionen. Der staatliche Konsum nahm dagegen aufgrund der Sparanstrengungen der öffentlichen Haushalte ab. Auch vom Export gingen weniger Impulse aus, da die Nachfrage wichtiger Handelspartner der Vereinigten Staaten stagnierte. In Kanada erhöhte sich das reale Bruttoinlandprodukt erheblich stärker als im Vorjahr. Dazu trugen neben dem Konsum vor allem die Exporte bei, die in bedeutendem Ausmass von der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung in den Vereinigten Staaten profitierten.

Weitere Abkühlung in Japan

In Japan kühlte sich die Konjunktur deutlich ab. Nachdem die Wirtschaft 1992 vor allem unter dem Zerfall der Wertpapier- und Immobilienpreise gelitten hatte, spürte sie 1993 zusätzlich die Höherbewertung des Yens. Das Wachstum des privaten Konsums und der Exporte verlangsamte sich stark, und die Investitionstätigkeit sank erneut. Das reale Bruttoinlandprodukt Japans ging um 0,5% zurück, verglichen mit einer Zunahme von 1,4% im Jahre 1992 und von 4,1% im Jahre 1991.

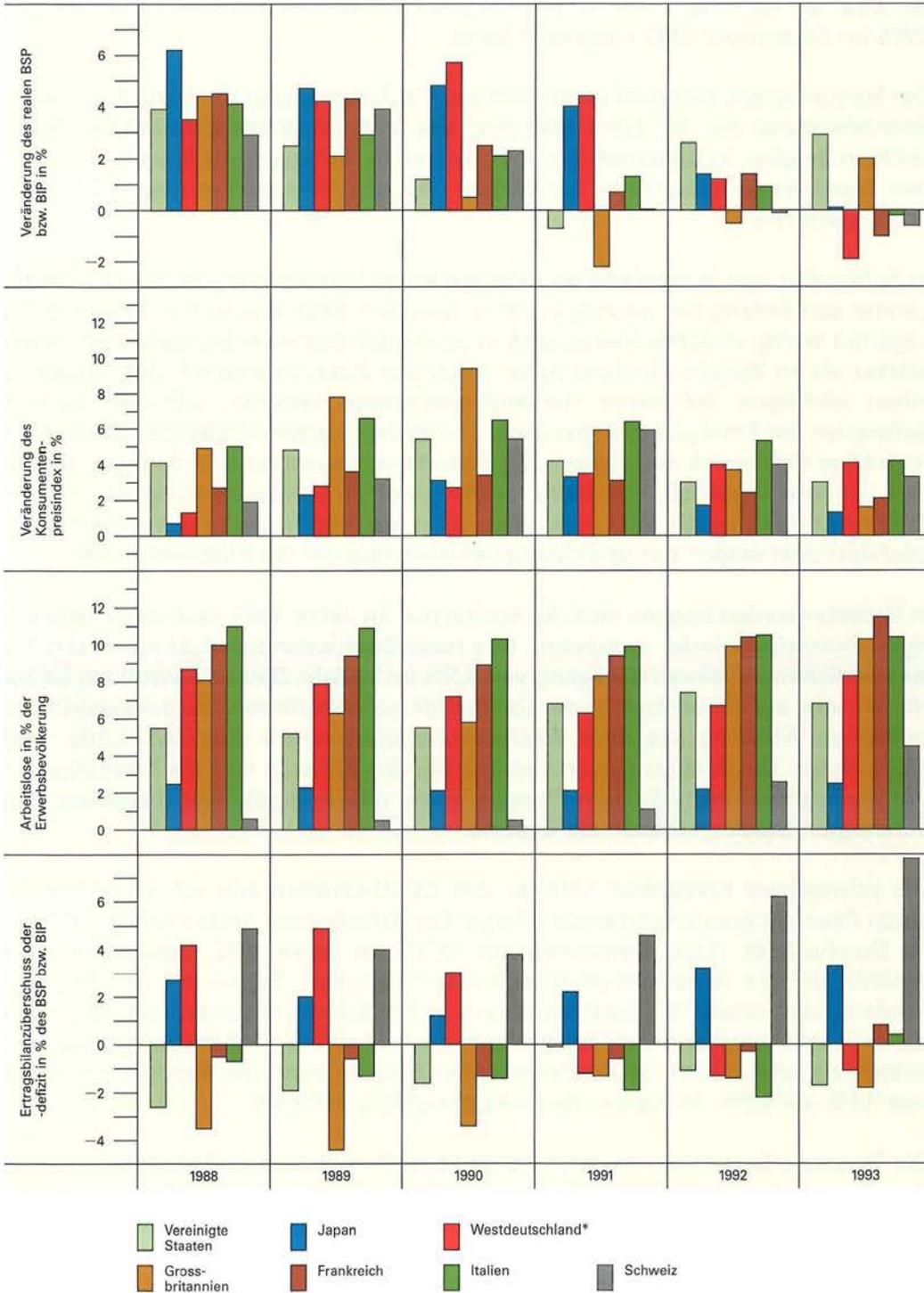
Rezession in Deutschland...

Westdeutschland geriet in eine Rezession, nachdem sich das Wachstum schon im Jahre 1992 abgeschwächt hatte. Das reale Bruttoinlandprodukt sank 1993 um 1,9%, wobei der Einbruch in der ersten Jahreshälfte besonders deutlich war. Der private und der staatliche Konsum und, in erheblich stärkerem Ausmass, die Exporte und die Investitionen gingen zurück. In Ostdeutschland schritt der Umbau der Wirtschaft mit Hilfe umfangreicher staatlicher Stützmassnahmen voran. Während der Landwirtschafts- und der Industriesektor erneut schrumpften, wuchsen die Bauwirtschaft und verschiedene Dienstleistungsbereiche kräftig. Trotzdem erarbeiteten die neuen Bundesländer 1993 mit einem Bevölkerungsanteil von rund 18% erst etwa 8% des gesamtdeutschen Bruttoinlandprodukts.

...in Frankreich und in Italien...

In Frankreich sank das reale Bruttoinlandprodukt 1993 um 0,9%, nachdem es im Vorjahr um 1,4% gestiegen war. Der private und der staatliche Konsum nahmen nur noch leicht zu. Die Investitionen und die Exporte waren stark rückläufig. Während die Investitionen unter den hohen realen Zinsen litten, spürte die Exportwirtschaft die schwache Nachfrage in Europa. Auch in Italien war das reale Bruttoinlandprodukt leicht tiefer als im Vorjahr, da Konsum und Investitionen schrumpften.

## Wirtschaftsindikatoren ausgewählter Länder



\* Ertragsbilanz ab Juli 1990 einschliesslich Transaktionen der neuen Bundesländer mit dem Ausland.

ten. Dagegen stiegen die Ausfuhren kräftig an. Sie profitierten von der Abwertung der Lira, die nach dem Austritt Italiens aus dem Wechselkursmechanismus des EWS im September 1992 eingesetzt hatte.

...sowie in den meisten übrigen Ländern Kontinentaleuropas

Der konjunkturelle Einbruch wirkte sich auch auf die meisten übrigen Länder Kontinentaleuropas aus. Im Jahre 1993 ging das reale Bruttoinlandprodukt in Österreich, in Belgien, in Dänemark, in Spanien und in Portugal zurück, während es in den Niederlanden stagnierte. Im Vorjahr war die Wirtschaft in diesen Ländern noch gewachsen.

Krise im Norden Europas

In Schweden und in Finnland dauerte die Wirtschaftskrise an, in der sich beide Länder seit Anfang der neunziger Jahre befinden. Während sich in Finnland die Lage nur wenig verschlechterte, sank in Schweden das reale Bruttoinlandprodukt stärker als im Vorjahr. Finnland hatte durch den Zusammenbruch des Ostblocks einen wichtigen Teil seiner Handelsbeziehungen verloren, während sich in Schweden der Einbruch des spekulativ überhitzten Liegenschaftsmarktes und die restriktive Geldpolitik auswirkten. Die Exporte verbesserten sich dagegen in beiden Ländern erheblich, vor allem da die jeweilige Landeswährung seit Herbst 1992 nicht mehr an die ECU gebunden ist. In Norwegen wuchs das reale Bruttoinlandprodukt wegen der umfangreichen Investitionen der Erdölwirtschaft.

Erholung in Grossbritannien

In Grossbritannien begann sich die Konjunktur im Jahre 1993 nach einer zweijährigen Rezession wieder zu erholen. Das reale Bruttoinlandprodukt nahm um 2% zu, verglichen mit einem Rückgang von 0,5% im Vorjahr. Diese Entwicklung ist zur Hauptsache auf die Lockerung der Geldpolitik zurückzuführen, die der Austritt der britischen Währung aus dem Wechselkursmechanismus des EWS Ende 1992 ermöglichte. Die tieferen Zinsen stimulierten den Konsum und die Investitionen; der Wertverlust des britischen Pfundes sowie die steigende Nachfrage aus den Vereinigten Staaten stützten die Exporte.

Erneut zunehmende Arbeitslosigkeit

Die schwächere Konjunktur hatte in den OECD-Ländern wie schon im Vorjahr einen Beschäftigungsrückgang zur Folge. Die Arbeitslosenquote in der EG betrug im Durchschnitt 11,3%, verglichen mit 10,3% im Jahre 1992. Besonders stark erhöhte sich die Arbeitslosigkeit in Finnland, Spanien, Schweden, Belgien, den Niederlanden sowie in Deutschland und in Frankreich. In Grossbritannien stieg die Arbeitslosigkeit ebenfalls noch leicht; gegen Ende des Jahres begann sie sich jedoch zurückzubilden. In den Vereinigten Staaten sank die Arbeitslosenquote von 7,4% auf 6,8%; in Japan stieg sie geringfügig auf 2,5%.

Weiter rückläufige Teuerung

Die Teuerung liess in den meisten OECD-Staaten nochmals merklich nach. Die an den Konsumentenpreisen gemessene Inflationsrate belief sich 1993 auf durchschnittlich 2,8% (ohne Türkei), gegenüber 3,2% im Vorjahr. In Frankreich, Grossbritannien und Japan lag die Teuerung unter dem Durchschnitt, in den Vereinigten Staaten und in Italien befand sie sich darüber. In Westdeutschland erhöhte sich die Inflationsrate geringfügig auf 4,1%.

Die Entwicklung des Aussenhandels der grossen Industrieländer spiegelte den unterschiedlichen Konjunkturverlauf. Im Jahre 1993 betrug das Ertragsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten rund 100 Mrd. Dollar, verglichen mit 66 Mrd. Dollar im Vorjahr. Das grössere Defizit ergab sich vor allem aus den stark zunehmenden Einfuhren. Der Aktivsaldo der japanischen Ertragsbilanz stieg von 118 Mrd. auf etwa 140 Mrd. Dollar. Dieses Ergebnis ist auf den Höhenflug des Yen zurückzuführen, der den Dollarwert der Exporte aufblähte. Der Ertragsbilanzüberschuss – in Yen ausgedrückt –, gemessen in Prozent des Bruttoinlandprodukts, war gleich gross wie im Vorjahr (3,2%). In Deutschland belief sich das Ertragsbilanzdefizit auf über 50 Mrd. D-Mark, gegenüber 39 Mrd. D-Mark im Vorjahr. Einerseits stieg der Überschuss der Handelsbilanz, andererseits war der Fehlbetrag bei den Dienstleistungen deutlich höher als im Vorjahr. Der Überschuss der französischen Ertragsbilanz verdoppelte sich, da die Einfuhren stärker schrumpften als die Ausfuhren. In Italien war das Defizit nur noch knapp halb so gross wie im Vorjahr, hauptsächlich aufgrund der stark positiven Handelsbilanz. Der Passivsaldo der britischen Ertragsbilanz war leicht tiefer als 1992.

Unterschiedliche Entwicklung der Ertragsbilanzen

Die Länder Mittel- und Osteuropas entwickelten sich weiterhin uneinheitlich. Die Trennlinie verläuft zwischen den Ländern mit einer konsequenten Reformpolitik und solchen, die sich bis jetzt zu keinem klaren marktwirtschaftlichen Kurs durchringen konnten. Polen erzielte 1993 erneut als einziges Land ein Wachstum. In Ungarn und in Tschechien konnte der Niedergang der Wirtschaft gestoppt werden, während sich in Rumänien, Bulgarien und der Slowakei der Produktionsrückgang verlangsamte. In den Staaten der früheren Sowjetunion setzte sich die Talfahrt mit ähnlicher Geschwindigkeit wie im Vorjahr fort; nur in den baltischen Staaten besserte sich die Lage.

Weiterhin uneinheitliche Entwicklung in den Ländern Mittel- und Osteuropas

Der Aussenhandelssektor entwickelte sich 1993 in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern ungünstig. Mit Ausnahme der Tschechischen Republik und des Baltikums wiesen alle Staaten geringere Exporte aus, unter anderem wegen der Rezession in Westeuropa. Demgegenüber nahmen die Importe als Folge der Liberalisierung des Aussenhandels in den meisten Ländern zu.

Ungünstige Entwicklung des Aussen-sektors

Während die Privatisierung kleiner Unternehmen 1993 weiter voranschritt, steht jene der grossen Betriebe noch weitgehend aus. Wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Weiterführung der Privatisierung sind die Errichtung einer verlässlichen Rechtsordnung, die Entwicklung effizienter Finanzmärkte sowie die Lösung des Problems der gegenseitigen Verschuldung der Staatsunternehmen.

Stand der Privatisierung

Die Entwicklungsländer bildeten den Lichtblick im sonst düsteren Bild der Weltwirtschaft. Das reale Bruttoinlandprodukt wuchs schätzungsweise um mehr als 6%. Die Ausfuhren stiegen um 5,4%. Die Einfuhren nahmen um 9,3% zu und waren damit eine wichtige Konjunkturstütze der Industriestaaten. Bemerkenswert waren auch die beträchtlichen privaten Kapitalzuflüsse. Die Früchte der positiven

Hohe Wachstumsraten in den Entwicklungsländern, ...

Entwicklung ernteten diejenigen Länder, die in den letzten Jahren Strukturreformen durchgeführt und sich auf eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik verpflichtet hatten.

...aber markante regionale Unterschiede

Unter den Entwicklungsländern gab es indessen markante regionale Unterschiede. Weiterhin dynamisch entwickelte sich Asien mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von real 8,7%. Die jährliche Inflationsrate war mit 8,3% die tiefste aller Regionen. Auffallend war die anhaltend schnelle Entwicklung Chinas: Gegenüber dem Vorjahr stieg das reale Bruttoinlandprodukt um 13%, nachdem es im Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre um 9% gewachsen war. Die ausländischen Direktinvestitionen in China erhöhten sich massiv. Der wirtschaftliche Liberalisierungsprozess führte in Lateinamerika, mit Ausnahme Brasiliens, zu einer Überwindung der Hochinflation, zu stabileren Wechselkursen und zu geringeren Staatsdefiziten. Das reale Bruttoinlandprodukt Lateinamerikas wuchs um 3,4% (1992: 2,5%). In Afrika erhöhte sich das Bruttoinlandprodukt um 1,6% (1992: 0,4%); das Pro-Kopf-Einkommen ging jedoch weiter zurück.

## 2. Geld-, Währungs- und Finanzpolitik

Unterschiedliche Entwicklung der Geldpolitik in den Industrieländern

Geringe Inflationsraten und die mehrheitlich gedrückte Konjunktur veranlassten die Industrieländer, ihre Geldpolitik im Jahre 1993 zu lockern. Eine Ausnahme bildeten die Vereinigten Staaten, die den geldpolitischen Kurs unverändert liessen. Während die japanischen Währungsbehörden ihre Zinssätze deutlich senkten, gingen die meisten europäischen Länder – insbesondere Deutschland – nur vorsichtig zu einer grosszügigeren Geldversorgung über.

Weiterhin expansive Geldpolitik in den Vereinigten Staaten

Nachdem die amerikanischen Währungsbehörden ihre Geldpolitik in den Jahren 1991 und 1992 deutlich gelockert hatten, hielten sie 1993 sowohl den Diskontsatz als auch den Tagesgeldsatz (Federal Funds Rate) – das wichtigste Instrument zur Steuerung der Geldmenge – bei rund 3%. Der Zins für dreimonatige Einlagen verharrte auf einem Niveau von etwas mehr als 3%. Das Federal Reserve Board liess indessen verschiedene Male erkennen, dass es die Zinssätze bei Zeichen einer wieder anziehenden Inflation anheben würde. Trotz der tiefen Zinssätze und der konjunkturellen Erholung wuchs die Geldmenge  $M_2$  nur schwach. Im vierten Quartal 1993 lag sie an der unteren Grenze des Zielkorridors von 1–5%.

Lockerung der Geldpolitik in Japan

Die japanischen Währungsbehörden lockerten ihre Geldpolitik. Der Diskontsatz wurde in zwei Schritten von 3,25% auf 1,75%, den tiefsten je erreichten Stand, gesenkt. Die Rendite für dreimonatige Geldmarktpapiere (Certificates of Deposit) sank von 3,7% im Januar auf 2,2% im Dezember. Nachdem sich das Wachstum der Geldmenge  $M_2+CD$  1992 abgeschwächt hatte, erhöhte es sich im Laufe von

## Monetäre Zielgrößen in ausgewählten Ländern

Land	Zielgröße	Zielperiode	Ziel	effektiv
Vereinigte Staaten von Amerika	M <sub>2</sub>	4. Quartal 1992 bis	1 bis 5%	1,5%
	M <sub>3</sub>	4. Quartal 1993	0 bis 4%	0,7%
Japan	M <sub>2</sub> + CD <sup>1</sup>	Durchschnitt von 12 Monaten	Projektion 1 bis 2%	1,6% <sup>2</sup>
Deutschland	M <sub>3</sub>	4. Quartal 1992 bis 4. Quartal 1993	4,5 bis 6,5%	7,4%
Frankreich	M <sub>3</sub>	4. Quartal 1992 bis 4. Quartal 1993	4 bis 6,5%	-1,6%
Grossbritannien	M <sub>0</sub>	Durchschnitt von 12 Monaten	0 bis 4%	5,4% <sup>2</sup>
	M <sub>4</sub>		3 bis 9%	7,7% <sup>2</sup>
Italien	M <sub>2</sub>	Dez. 1992 bis Dez. 1993	5 bis 7%	7,9%
Schweiz	Saisonbereinigte Notenbankgeld- menge	4. Quartal 1989 bis 4. Quartal 1994	im Durch- schnitt 1%	0,2% <sup>3</sup>

<sup>1</sup> Certificates of Deposit

<sup>2</sup> 4. Quartal 1993 gegenüber 4. Quartal 1992

<sup>3</sup> Jahresdurchschnitt 4. Quartal 1989 bis 4. Quartal 1993

1993 wieder leicht. Im Jahresdurchschnitt lag die Geldmenge M<sub>2</sub>+CD um 1,6% über dem Vorjahresniveau.

Die Deutsche Bundesbank reduzierte ihre Leitzinssätze in mehreren kleinen Schritten. Das behutsame Vorgehen lag vor allem im unverändert starken Wachstum der Geldmenge M<sub>3</sub> sowie in der hohen Teuerung begründet. Der Diskontsatz wurde von 8,25% im Januar auf 5,75% im Dezember herabgesetzt, und der Lombardsatz sank von 9,5% auf 6,75%. Parallel dazu gingen auch die kurzfristigen Zinssätze bis Ende Jahr um rund 3 Prozentpunkte auf 6,1% zurück. Die Geldmenge M<sub>3</sub> wuchs erneut kräftig und lag damit über dem Zielkorridor von 4,5%–6,5%.

Schrittweiser Rückgang der Leitzinsen in Deutschland

Im Wechselkursmechanismus des EWS hielten die Spannungen im ersten Halbjahr 1993 an. Zu Beginn des Jahres stand insbesondere der französische Franc unter Druck. Am 1. Februar wurde das irische Pfund um 10% abgewertet. Es handelte sich damit um das vierte Realignment seit der Krise des EWS im September 1992. Die Lage beruhigte sich etwas, nachdem die Deutsche Bundesbank im Februar und im März ihre Leitzinssätze gesenkt hatte. Die spanische Peseta und in der Folge auch der portugiesische Escudo blieben indessen unter Druck. Mitte Mai wurden die beiden Währungen um 8% bzw. 6,5% abgewertet. Die französischen Währungsbehörden nutzten die Erholung des Franc, um die Zinssätze im April und im Mai deutlich zu senken.

Anhaltende Spannungen im Wechselkursmechanismus des EWS im ersten Halbjahr 1993

Neuer Druck auf den Wechselkursmechanismus des EWS im dritten Quartal 1993

Die französischen Dreimonatssätze fielen im Juni leicht unter die entsprechenden deutschen Zinssätze, nachdem sie im März noch vier Prozentpunkte darüber gelegen hatten. Da die Deutsche Bundesbank ihre Zinssätze weiterhin nur langsam verringerte, und die Märkte angesichts der schlechten Wirtschaftslage in Frankreich mit neuerlichen Zinssenkungen der Banque de France rechneten, kamen der französische Franc sowie eine Reihe anderer Währungen im Juli zunehmend unter Druck. Dieser zwang die Währungsbehörden Frankreichs, Belgiens, Dänemarks und Portugals, ihre Leitzinsen erneut anzuheben und ihre Währungen mittels Interventionen massiv zu stützen. Die Lage verschärfte sich indes. Am 30. Juli durchbrachen der französische Franc, der belgische Franc und die dänische Krone die untere Grenze der Bandbreiten. Am 1. August beschloss der EG-Rat der Finanzminister, die Bandbreiten für die zulässigen Wechselkurschwankungen im EWS von  $\pm 2,25\%$  bzw.  $\pm 6\%$  auf  $\pm 15\%$  auszuweiten. Die Währungsbehörden Deutschlands und der Niederlande vereinbarten zwischen dem holländischen Gulden und der deutschen Mark eine unveränderte Bandbreite von  $\pm 2,25\%$ .

Vorsichtige Lockerung der Geldpolitik nach der Erweiterung der Bandbreiten

Der Beschluss der Finanzminister erhöhte den geldpolitischen Spielraum der am Wechselkursmechanismus beteiligten Länder wesentlich. Die Währungsbehörden nutzten den Raum für Zinssenkungen jedoch nur zögernd aus, um nicht das Vertrauen in ihre Währungen zu erschüttern und die Glaubwürdigkeit ihrer Stabilitätspolitik zu gefährden. Nachdem sich die Lage im EWS Mitte August beruhigt hatte und die Wechselkursanpassungen in Grenzen geblieben waren, wurde die Geldpolitik etwas stärker gelockert. Während sich die D-Mark gegenüber dem ECU von Anfang August bis zum Jahresende mit 0,7% leicht abwertete, gewannen der französische und der belgische Franken sowie die dänische Krone um insgesamt 2,6%, 2,3% bzw. 4,6% an Wert.

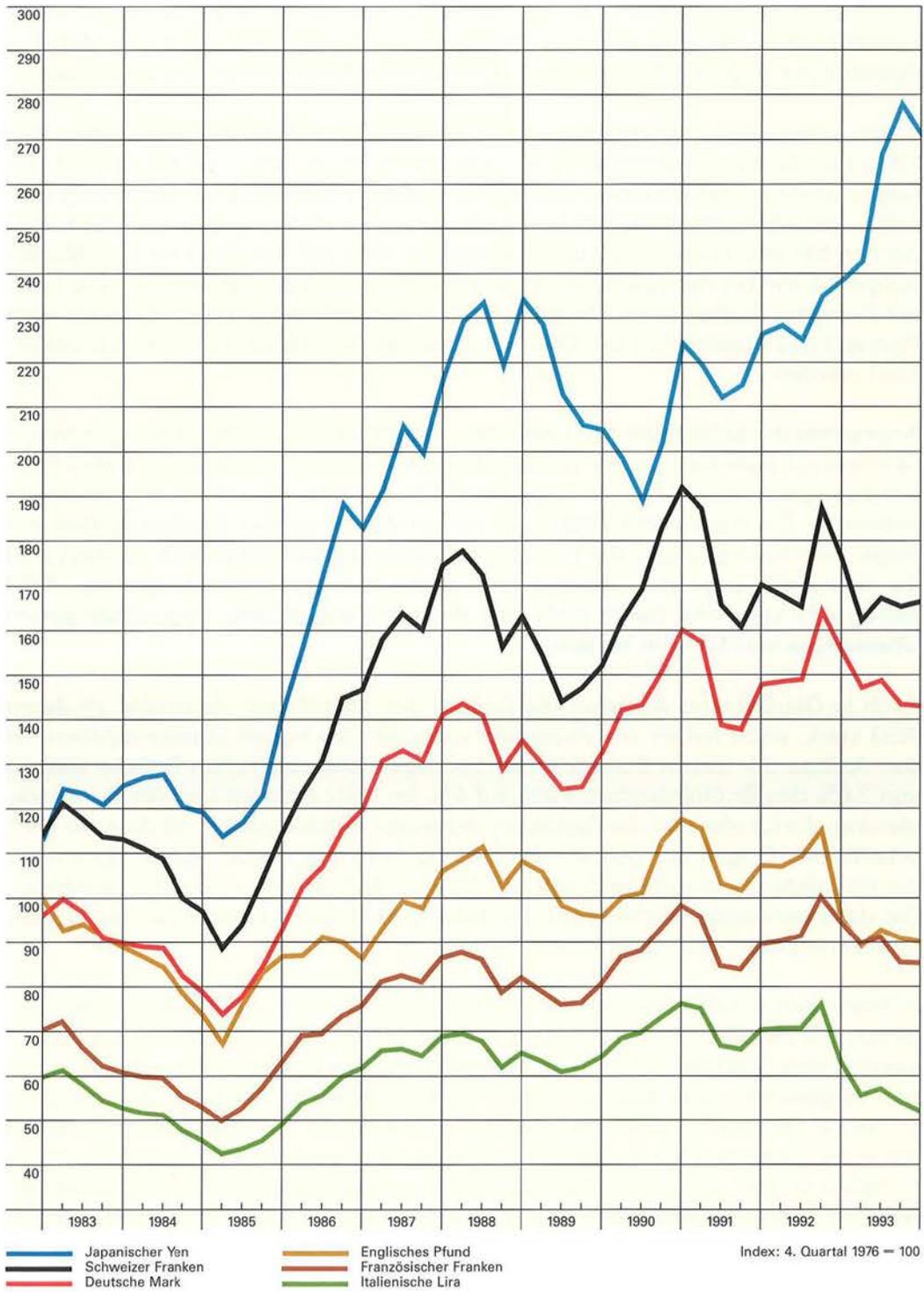
Lockerung der Geldpolitik in Grossbritannien und in Italien

Grossbritannien und Italien, die seit September 1992 nicht mehr am Wechselkursmechanismus des EWS beteiligt sind, lockerten ihre Geldpolitik im Jahre 1993. Die britischen Währungsbehörden senkten die Leitzinsen im Januar und im November. Der Basiszinssatz, den die Banken erstklassigen Schuldner verrechnen, bildete sich um 1,5 Prozentpunkte auf 5,5% zurück, das tiefste Niveau seit fast zwanzig Jahren. Auch die italienischen Währungsbehörden passten die Leitzinsen in mehreren Schritten nach unten an; der Diskontsatz sank von 12% auf 8%.

Schwankungen des Dollars und Stärkung des Yens

Der Kurs des amerikanischen Dollars schwankte auch im Jahre 1993 erheblich. Zwischen Mitte April und Ende Juli wertete er sich gegenüber den europäischen Währungen auf. Dazu trugen die vergleichsweise günstige Konjunkturerwicklung in den Vereinigten Staaten sowie die Erwartungen sinkender Zinssätze in Europa bei. Nach einer vorübergehenden Schwächephase erstarkte der Dollar ab Mitte September wieder. Der japanische Yen gewann im Jahre 1993 deutlich an Wert. Wachsende Ertragsbilanzüberschüsse nährten den Höhenflug. Von Januar bis Mitte August stieg der Yen gegenüber dem Dollar um fast 20%; danach wertete er sich um knapp 5% ab.

## Der Kursverlauf wichtiger Währungen in Dollar



Erneut höhere  
staatliche Defizite

Die staatlichen Defizite der OECD-Länder nahmen 1993 erneut zu. In den sieben grossen Industrieländern stiegen sie auf 4,3% des Bruttoinlandprodukts (Vorjahr: 3,9%). Die Verschlechterung der Staatsfinanzen war teilweise auf den Konjunktur-einbruch, teilweise aber auch auf strukturelle Faktoren zurückzuführen. Mehrere Regierungen ergriffen Massnahmen, um die Haushalte mittelfristig zu sanieren.

Finanzplan zur Reduk-  
tion des amerikani-  
schen Haushaltsdefizits

In den Vereinigten Staaten betrug das staatliche Defizit 1993 285 Mrd. Dollar bzw. 3,6% des Bruttoinlandprodukts. Es war damit leicht tiefer als im Vorjahr. Im August stimmte der Kongress dem mittelfristigen Finanzplan der Regierung zum Abbau der öffentlichen Defizite zu. Das Schwergewicht des Sanierungsplans liegt bei den Steuererhöhungen. Auf der Ausgabenseite soll vor allem bei den Militärausgaben und bei der staatlichen Krankenversicherung gespart werden. Die tieferen Zinssätze dürften ebenfalls zur Reduktion der Defizite beitragen. Gemäss dem Plan soll das Staatsdefizit bis 1998 auf 2,2% des Bruttoinlandprodukts zurückgeführt werden.

Höhere Staats-  
ausgaben in Japan...

Angesichts der schlechten Konjunkturlage ergriff die japanische Regierung Massnahmen zur Stimulierung der Wirtschaft. Im März und im September traten Stützungsprogramme in Kraft, die vorwiegend zusätzliche Infrastrukturinvestitionen enthielten. Die Programme hatten ein starkes Wachstum der Staatsausgaben zur Folge. Gleichzeitig gingen die Einnahmen konjunkturbedingt zurück, so dass sich die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte massiv verschlechterte. 1993 betrug das staatliche Defizit 0,5% des Bruttoinlandprodukts, gegenüber einem Überschuss von 1,3% im Vorjahr.

...in Deutschland...

Auch in Deutschland wuchsen die Defizite der öffentlichen Haushalte im Jahre 1993 stark, wozu neben der Rezession vor allem die hohen Staatsausgaben für den Aufbau der neuen Bundesländer beitrugen. Die staatlichen Defizite stiegen von 2,6% des Bruttoinlandprodukts auf 4%. Im März einigten sich die Bundesregierung, die Länder und die Opposition auf einen «Solidarpakt», mit dem die wirtschaftlichen Folgen der deutschen Einigung bewältigt werden sollen. Er enthält zur Hauptsache zusätzliche Ausgaben für den Aufbau der neuen Bundesländer. Die dazu benötigten Mittel sollen ab Anfang 1995 durch einen Zuschlag auf die Einkommenssteuer aufgebracht werden.

...und in den andern  
grossen Ländern  
Europas

In Frankreich fiel das Staatsdefizit 1993 bedeutend höher aus als budgetiert und betrug 6% des Bruttoinlandprodukts. Zusätzliche Einnahmen brachte die Privatisierung von Staatsbetrieben. Für 1994 sind weitere umfangreiche Privatisierungen vorgesehen. In Grossbritannien erhöhte sich das staatliche Defizit von 6,1% im Jahre 1992 auf rund 8% des Bruttoinlandprodukts. Die Staatsfinanzen sollen mit einer Reduktion der Ausgaben sowie mit Steuererhöhungen saniert werden. In Italien konnte das Haushaltsdefizit dank umfangreicher Sanierungsmassnahmen im geplanten Rahmen gehalten werden. Für 1994 sind erneut Ausgabenkürzungen vorgesehen, um das Defizit von gegenwärtig 9,7% auf weniger als 9% des Bruttoinlandprodukts zu senken.

### 3. Finanzmärkte

Die Finanzmärkte standen im Zeichen sinkender Zinssätze und steigender Aktienkurse. Die Banken der meisten Länder erstarbten wieder, und das Volumen der neu aufgenommenen Anleihen und Kredite nahm zu.

Wachsende Finanzmärkte, Stärkung des Bankensektors

In den OECD-Ländern gingen die langfristigen Zinssätze zurück. Der Rückgang wurde möglich dank der nachlassenden Inflation und den sinkenden kurzfristigen Zinssätzen, welche die Lockerung der Geldpolitik widerspiegelten.

Rückgang der langfristigen Zinssätze

Die Aktienkurse stiegen in Europa sowie in den Vereinigten Staaten während des grössten Teils des Jahres an. Die japanischen und die italienischen Börsen erlitten dagegen nach einem starken Wachstum in der ersten Jahreshälfte einen deutlichen Rückschlag.

Wachstum, danach Konsolidierung der Aktienmärkte

Die Beanspruchung der internationalen Kapitalmärkte stieg von 610 Mrd. Dollar im Jahre 1992 auf 811 Mrd. Dollar im Jahre 1993. Das starke Wachstum war hauptsächlich auf die Emission von Anleihen (Notes, Obligationen, Titel mit Eigenkapitalbezug) zurückzuführen, die von 334 Mrd. Dollar auf 481 Mrd. Dollar zunahmen. Obligationen mit festem Zinssatz wurden für 369 Mrd. Dollar ausgegeben, verglichen mit 265 Mrd. Dollar im Vorjahr. Die Ausgabe von Notes mit variabler Verzinsung stieg von 44 Mrd. Dollar auf 70 Mrd. Dollar, während sich jene von Wandel- und Optionstiteln wegen der Börsenhausse von 21 Mrd. Dollar auf 39 Mrd. Dollar erhöhte. Die Gewährung syndizierter Kredite stieg von 118 Mrd. Dollar auf 130 Mrd. Dollar. Die Zunahme ist erneut ausschliesslich auf die Erneuerung von Krediten mit mehrjähriger Laufzeit zurückzuführen; neue Kredite wurden wiederum weniger gewährt.

Erneut höheres Emissionsvolumen an den internationalen Kapitalmärkten

Die Marktanteile der verschiedenen Emissionswährungen an den internationalen Finanzmärkten schwankten stark. Im ersten Halbjahr sanken die Anteile der traditionell starken Währungen (D-Mark, Schweizer Franken, Yen) aufgrund der stabilen Verhältnisse an den Devisenmärkten. In der zweiten Jahreshälfte konnten diese Währungen wegen der Krise im Wechselkurssystem des EWS und der Ausweitung der Bandbreiten Marktanteile zurückgewinnen. Emissionen in ECU blieben während des ganzen Jahres auf tiefem Niveau.

Stark schwankende Marktanteile der verschiedenen Emissionswährungen

Die OECD-Länder beanspruchten mit 691 Mrd. Dollar wiederum den grössten Teil der an den internationalen Märkten bereitgestellten Mittel. Auf die Entwicklungsländer entfielen 84 Mrd. Dollar, gegenüber 47 Mrd. Dollar im Vorjahr. Der Kapitalstrom nach Osteuropa stieg von 1,5 Mrd. auf 6,2 Mrd. Dollar.

OECD-Länder erneut die grössten Schuldner

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht schlug verschiedene neue Massnahmen zur Absicherung der Risiken im Bankgeschäft vor. Er möchte das Marktrisiko bei der Berechnung der geforderten Eigenmittel berücksichtigen, die Möglichkeiten des Netting ausbauen und ein System zur Messung von Zinsänderungsrisiken

Initiativen zur internationalen Bankenaufsicht

einführen. Ferner wiesen verschiedene Zentralbanken auf die Risiken derivativer Instrumente hin. Die Notwendigkeit einer realistischen Risikoevaluation durch die Marktteilnehmer wurde betont.

Kooperation zwischen privaten Marktteilnehmern

Die privaten Marktteilnehmer kooperierten vermehrt auch auf internationaler Ebene. Die Terminmärkte von Deutschland und Frankreich schlossen sich zusammen, ebenso fusionierten verschiedene amerikanische Terminmärkte. Ferner nahm ein europäisches Bankenkonsortium, dem auch mehrere Schweizer Institute angehören, ein elektronisches Kursnotierungssystem für Devisen in Betrieb. Die Banken sind durch dieses System direkt untereinander verbunden.

Fortschritte bei der Harmonisierung von Vorschriften im Finanzsektor der EG

Die EG-Kommission erzielte Fortschritte bei der Harmonisierung der gesetzlichen Vorschriften im Finanzsektor. Der Ministerrat stimmte der Richtlinie über Finanzdienstleistungen zu, die es den Wertschriftenhäusern aufgrund der Einheitslizenz erlaubt, in allen EG-Staaten tätig zu werden. Ebenfalls angenommen wurde die Richtlinie über eine Einlagenversicherung, die Kundenguthaben bei Banken bis 20 000 ECU abdeckt. Die EG-Kommission arbeitete weiter zwei neue Richtlinienentwürfe im Finanzbereich aus: Der eine sieht die Ausweitung der Einlagenversicherung auf Wertschriftenhäuser vor. Der andere verbessert die Transparenz der Struktur von Finanzkonglomeraten und erweitert den Informationsaustausch zwischen den Aufsichtsbehörden.

Stärkung des amerikanischen Finanzsektors

Die amerikanischen Banken konnten ihre finanzielle Lage dank höheren Gewinnen weiter stärken. Diese sind das Resultat verbesserter Kommissions- und Wertschriftenerträge sowie geringerer Rückstellungen. Dank der guten Börsenverfassung vermochten die Banken überdies ihre Eigenmittelbasis zu vergrößern. Zugleich profitierten sie von den Vorteilen, die das neue Einlagenversicherungsgesetz Banken mit hohen Eigenmitteln bietet.

Fortgesetzt schwierige Situation der japanischen Banken

Die japanischen Banken litten auch 1993 unter der Rezession und der Immobilienkrise: Die Gewinne schrumpften und die Rückstellungen mussten erhöht werden.

Liberalisierungsschritte im japanischen Finanzsystem

In Japan trat ein Gesetz zur Reform des Finanzsystems (Financial System Reform Act) in Kraft. Kreditinstitute können neu im Wertschriftenbereich tätig und Wertschriftenhäuser im Kreditgeschäft aktiv werden. Gleichzeitig wurden die letzten Obergrenzen für Zinssätze auf Kundeneinlagen aufgehoben.

Verbesserung des Zustandes der europäischen Banken

Die Lage der europäischen Banken besserte sich. Die Gewinne nahmen stark zu, da sich die Zinsmargen ausweiteten, die Kommissionseinnahmen stiegen und die Rückstellungen leicht fielen. Die skandinavischen Banken lösten sich aus der Verlustzone; einige Institute konnten auf die staatliche Unterstützung verzichten. Die vermehrten Rückstellungen deutscher Banken und die Gewinneinbußen französischer Institute zeigen jedoch, dass das Problem der notleidenden Kredite weiterhin besteht.

Zahlreiche Regierungen europäischer Länder gaben Privatisierungspläne für Gesellschaften in Staatsbesitz bekannt; darunter befinden sich französische, skandinavische, italienische und portugiesische Banken. Die ersten Verkäufe fielen erfolgreich aus. Die Verwirklichung der Pläne wird – angesichts des Umfangs der angestrebten Privatisierungen – längere Zeit dauern.

Privatisierungen  
in Europa

#### 4. Internationale Zusammenarbeit

Der Maastrichter Vertrag über die Europäische Union trat am 1. November 1993 in Kraft. Damit ging ein rund achtzehn Monate dauernder Ratifikationsprozess zu Ende. Die letzten Hindernisse wurden durch den positiven Ausgang der zweiten Volksabstimmung in Dänemark im Mai, durch die Zustimmung des Parlamentes in England im Sommer und durch die Abweisung der Verfassungsklage beim Bundesverfassungsgericht in Deutschland Ende Oktober beseitigt.

Inkrafttreten des  
Maastrichter Unions-  
vertrages

Der Vertrag von Maastricht bildet die Grundlage zur Schaffung der Europäischen Union (EU). Diese besteht aus den bisherigen Gemeinschaften (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft – neu Europäische Gemeinschaft –, Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl und Europäische Atomgemeinschaft) und neu aus den Pfeilern «Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik» und «Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres». Ein wesentliches Merkmal der EU ist die Aufwertung des Europäischen Parlaments. Es erhält zum Beispiel das Recht, dem Vorschlag der Mitgliedstaaten zur Wahl der EG-Kommissare als Ganzem zuzustimmen oder ihn abzulehnen. Zudem verfügt es über ein Vetorecht bei vielen Gesetzgebungsakten, welche die Europäische Gemeinschaft, d.h. insbesondere den Binnenmarkt, betreffen.

Schaffung der Europäi-  
schen Union

Am 1. Januar 1994 begann die zweite Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion. Herausragendes Merkmal dieser Stufe ist die Aufnahme der Tätigkeit des Europäischen Währungsinstituts (EWI). Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten bestimmten anlässlich eines ausserordentlichen Gipfels Ende Oktober 1993 Frankfurt zum Sitz des EWI und der zukünftigen Europäischen Zentralbank (EZB). Die Hauptaufgaben des EWI bestehen darin, die Grundlagen für eine gemeinsame Geldpolitik der EZB zu schaffen, die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Zentralbanken zu verstärken, das Funktionieren des Europäischen Währungssystems zu überwachen sowie die Effizienz grenzüberschreitender Zahlungssysteme zu erhöhen. Zudem übernimmt das EWI die Funktionen des bisherigen Ausschusses der Präsidenten der EG-Zentralbanken und des Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit.

Beginn der zweiten  
Stufe der Wirtschafts-  
und Währungsunion

Sekundäre Gesetzgebung zur zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion

Mit Beginn der zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion traten auch verschiedene neue gesetzliche Bestimmungen in Kraft. Die wichtigste ist das Verbot der monetären Finanzierung von Ausgaben der öffentlichen Hand durch die Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten.

Geplante Erweiterung der Europäischen Union

Im Frühjahr 1993 nahm die EG Verhandlungen über einen Beitritt Finnlands, Norwegens, Österreichs und Schwedens zur Europäischen Union auf. Es ist geplant, die Verhandlungen in der ersten Hälfte 1994 abzuschliessen.

Beziehungen zu mittel- und osteuropäischen Staaten

Die EG unterzeichnete Assoziierungsabkommen mit Rumänien sowie mit Tschechien und der Slowakei. Mit Slowenien wurde ein Abkommen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zur Liberalisierung des Handels abgeschlossen. Zwischen den EFTA-Staaten sowie Bulgarien und Ungarn trat Mitte Jahr ein Freihandelsabkommen in Kraft.

EWR ohne Schweiz

Am 1. Januar 1994 trat der Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) in Kraft. Die zwölf EG- und fünf der EFTA-Staaten beteiligen sich daran. Der EWR schafft bezüglich Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr für die teilnehmenden Staaten binnenmarktähnliche Verhältnisse. Die Schweiz nimmt nicht am EWR teil. Die EG und die Schweiz versuchen, durch bilaterale Verhandlungen wirtschaftliche Nachteile zu vermeiden.

Kreditfazilitäten des IWF: Systemübergangsfazilität

Im April 1993 beschloss der IWF die Schaffung einer bis Ende 1994 befristeten Systemübergangsfazilität. Damit sollen Länder, die infolge des Übergangs von mehrheitlich staatlich festgesetzten Preisen zu Marktpreisen in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geraten, unterstützt und der Weg für eine ordentliche Kreditvergabe geebnet werden. Kredite im Rahmen dieser Fazilität wurden im Jahre 1993 verschiedenen Ländern der früheren Sowjetunion, Mittel- und Osteuropas sowie Asiens gewährt.

Verlängerung der Allgemeinen Kreditvereinbarungen

Mitte 1993 stimmten die Mitglieder der Zehnergruppe der Verlängerung der Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) um weitere fünf Jahre zu. In den AKV räumen die Länder der Zehnergruppe dem IWF zeitlich befristete Kreditlimiten ein. Der IWF darf diese Kredite beanspruchen, wenn er einen Liquiditätsmangel nachweisen kann und Mittel benötigt, um einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des internationalen Währungssystems entgegenzuwirken. Auch die Schweiz erneuerte ihre Kreditzusage an die AKV, wobei die Mittel von der Nationalbank aufgebracht würden. Die Eidg. Räte genehmigten den entsprechenden Bundesbeschluss.

Erneuerung der Erweiterten Struktur-anpassungsfazilität

Der IWF stimmte der Erneuerung der Erweiterten Struktur-anpassungsfazilität (ESAF) zu. Die ESAF aus dem Jahre 1988 dient dazu, ärmeren Entwicklungsländern, die mit hartnäckigen, strukturbedingten Zahlungsbilanzdefiziten konfrontiert sind, längerfristige Kredite zu einem subventionierten Zinssatz von 0,5% zu gewähren. Die Nachfolgefazilität der ESAF wurde grundsätzlich gleich ausgestat-

tet. Es wird eine Beteiligung der Schweiz an der Nachfolgefazilität in Aussicht genommen. Im Unterschied zur ersten ESAF soll dabei die Nationalbank den Beitrag an das Kreditkonto leisten, während der Bund die Zinssubvention übernehmen wird. Bisher stammte der schweizerische Beitrag an die ESAF ausschliesslich vom Bund.

## 5. Internationale Verschuldung

Die Aussenverschuldung in Mittel- und Osteuropa erhöhte sich um schätzungsweise 11% auf rund 209 Mrd. Dollar. Dieser Anstieg beruht hauptsächlich auf der höheren Verschuldung der Nachfolgestaaten der Sowjetunion und der Länder Südosteuropas. Die übrigen Länder konnten ihre Verpflichtungen weitgehend stabilisieren. Während die Schuldenquote (Aussenverschuldung in Prozent der Exporterlöse) der Region aufgrund des Schuldenanstiegs und der rückläufigen Exporte auf 148,5% zunahm (1992: 132,4%), reduzierte sich die Schuldendienstquote (Schuldendienst in Prozent der Exporterlöse) infolge der tieferen internationalen Zinssätze auf 11,4% (1992: 12,1%).

Höhere Schulden in Mittel- und Osteuropa

Die Entwicklungsländer erzielten weitere Fortschritte bei der Verringerung ihrer Schuldenlast. Trotz des Anstiegs der Aussenverschuldung um mutmasslich weitere 6% auf 1 476 Mrd. Dollar fielen die Schuldenquote und die Schuldendienstquote um 0,7 Prozentpunkte auf 115,6% bzw. um 0,5 Prozentpunkte auf 13,7%. Grund dafür waren die anhaltend hohen Ausfuhren, der Privatisierungsprozess, die tieferen Zinsen in den Gläubigerländern sowie die Schuldenentlastungsmassnahmen im Rahmen des Brady-Planes.

Geringere Schuldenlast der Entwicklungsländer

In Lateinamerika entschärfte sich die Schuldenkrise weitgehend; sie ist jedoch noch nicht überwunden. Trotz einer Zunahme der Aussenverschuldung um schätzungsweise 2,5% auf 465 Mrd. Dollar gingen die Schuldenindikatoren zurück. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich die Schuldenquote um 3,1 Prozentpunkte auf 249,7% und die Schuldendienstquote um 2,5 Prozentpunkte auf 33,1%. Die Umschuldungsverhandlungen zwischen Argentinien und seinen Gläubigern konnten Anfang Jahr beendet werden. Brasilien und seine Gläubigerbanken konnten Ende November die Verhandlungen über eine Umschuldung von 52 Mrd. Dollar abschliessen. Voraussetzung für das Inkrafttreten des Abkommens ist eine Einigung über eine Bereitschaftskreditvereinbarung zwischen Brasilien und dem IWF. Diese Einigung wurde bis Ende 1993 nicht erzielt. Peru gilt beim IWF wieder als kreditwürdig und unterzeichnete Anfang Jahr ein Umschuldungsabkommen mit den Gläubigern des Pariser Klubs.

Entschärfung der Schuldenkrise in Lateinamerika

Besorgniserregende  
Verschuldungssituation  
in Afrika

Besorgniserregend ist die Aussenverschuldung Afrikas. Sie nahm um voraussichtlich 4,6% auf 232 Mrd. Dollar, die Schuldenquote auf 241,5% (1992: 226,4%) und die Schuldendienstquote auf eine fast untragbare Höhe von 33,2% (1992: 25,1%) zu. Mit einer besonders schwerwiegenden Schuldensituation – es handelt sich zum grössten Teil um Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Gläubigern – sind die ärmeren Länder südlich der Sahara konfrontiert. Diese Staaten blieben auch 1993 weitgehend von den internationalen Kapitalmärkten ausgeschlossen.

# C. Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz

## 1. Realwirtschaftlicher Bereich

### Bruttoinlandprodukt und industrielle Produktion

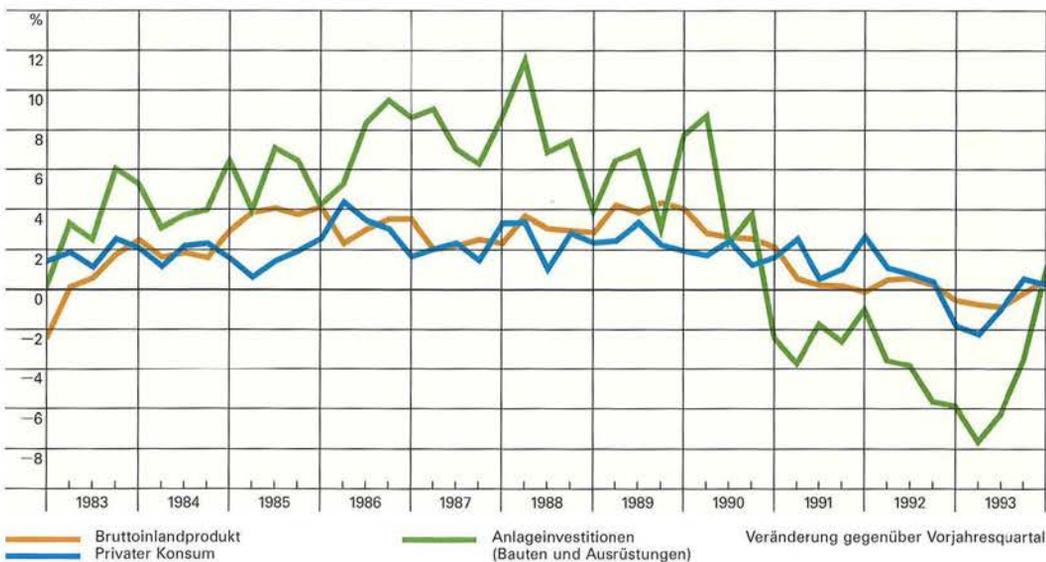
Das reale Bruttoinlandprodukt sank 1993 gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 0,6%. Im Vorjahr stagnierte das Bruttoinlandprodukt gemäss revidierter Schätzung der Nationalen Buchhaltung annähernd. Nach dem deutlichen Rückgang im ersten Quartal 1993, setzte ab dem zweiten Quartal eine Erholung ein, die sich in den folgenden Quartalen – in bescheidenem Ausmass – fortsetzte. Konjunkturstützend wirkten hauptsächlich der private Konsum und die Auslandnachfrage. Nach dem massiven Rückgang in den beiden Vorjahren belebte sich auch die Investitionsnachfrage leicht. Die Besserung blieb indessen zu schwach, um das reale Bruttoinlandprodukt für das ganze Jahr 1993 wachsen zu lassen.

Anzeichen konjunktureller Besserung ab dem zweiten Quartal 1993

Anzeichen einer Konjunkturerholung spiegelten sich auch im Warenimport, der im zweiten Quartal 1993 erstmals seit Mitte 1991 wieder zu wachsen begann. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie verbesserte sich 1993 stetig. Sie lag aber noch weit unter dem normalen Niveau und blieb auch unter dem Durchschnitt des Vorjahres. Die Bestellungseingänge und der Auftragsbestand in der Industrie schrumpften erneut; der Rückgang war jedoch geringer als im Vorjahr.

Kapazitätsauslastung wuchs von tiefem Niveau

Reales Bruttoinlandprodukt



## Konsum

Erneuter Rückgang des privaten Konsums

Da das verfügbare Einkommen erneut sank und die Arbeitslosigkeit rasch anstieg, ging der private Konsum zu Beginn von 1993 stark zurück. Im Jahresdurchschnitt sank er real um 0,8%, deutlich stärker als im Vorjahr (-0,2%). Sowohl der Güter- als auch der Dienstleistungskonsum gingen zurück. Im zweiten Quartal begann der private Konsum wieder zu wachsen. Die Detailhandelsumsätze, die im ersten Halbjahr 1993 noch deutlich geschrumpft waren, erholten sich spürbar. So nahmen die Umsätze von Nahrungs- und Genussmitteln ab dem dritten Quartal im Vorjahresvergleich wieder zu, während der Absatz von dauerhaften Konsumgütern weniger stark sank. Der Tourismussektor war auch 1993 von einer schwachen Binnennachfrage gekennzeichnet. Die Zahl der Logiernächte inländischer Gäste bildete sich erneut zurück, nachdem sie bereits im Vorjahr deutlich abgenommen hatte.

Rückläufiger Staatskonsum

Der staatliche Konsum lag 1993 unter dem Vorjahresniveau. Binnen Jahresfrist sank er real um 0,4% (1992: +0,5%). Der Rückgang widerspiegelte die auf allen Staatsebenen ergriffenen Massnahmen zur Verminderung der Haushaltsdefizite.

## Investitionen

Verlangsamter Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen

Die Anlageinvestitionen gingen 1993 – wie schon in den beiden vorangegangenen Jahren – nochmals markant zurück. Gegenüber dem Vorjahr nahmen sie real um 4,3% ab (1992: -5%). Im zweiten Quartal verlangsamte sich der Rückgang deutlich. Neben der Ungewissheit über den weiteren Konjunkturverlauf dämpfte vor allem die anhaltend tiefe Kapazitätsauslastung die Investitionsbereitschaft. Die Ausrüstungsinvestitionen, die 1993 real um 4,3% (1992: -9,6%) abnahmen, und der gewerblich-industrielle Bau waren davon besonders betroffen.

Anziehende Investitionen im Wohnungsbau

Die Bauinvestitionen lagen 1993 real um 4,2% unter dem Vorjahresstand (1992: -2,3%). Im Verlauf des Jahres begann sich die Lage im Baugewerbe zu stabilisieren. So nahmen die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe vom zweiten Quartal an gegenüber der Vorjahresperiode wieder zu, und der Auftragsbestand schrumpfte langsamer. Wachstumsimpulse kamen hauptsächlich vom Wohnungsbau, während der Wirtschaftsbau weiterhin unter den anhaltend grossen Leerbeständen an Büro- und Gewerberäumen litt.

## Aussenhandel

Die Güterausfuhren nahmen als Folge der Rezession in Europa nominal nur noch schwach um 0,6% auf 86,7 Mrd. Franken zu, nachdem sie im Vorjahr deutlich gewachsen waren. Die Einfuhren verringerten sich im Jahre 1993 ein weiteres Mal; sie lagen mit 83,8 Mrd. Franken um 3,4% unter dem Vorjahresniveau. Die Erholung der Binnenkonjunktur machte sich im zweiten Halbjahr in einem Wachstum der Importe bemerkbar. Auch die Exporte begannen in der zweiten Jahreshälfte wieder zu steigen.

Geringeres Aussenhandelsvolumen

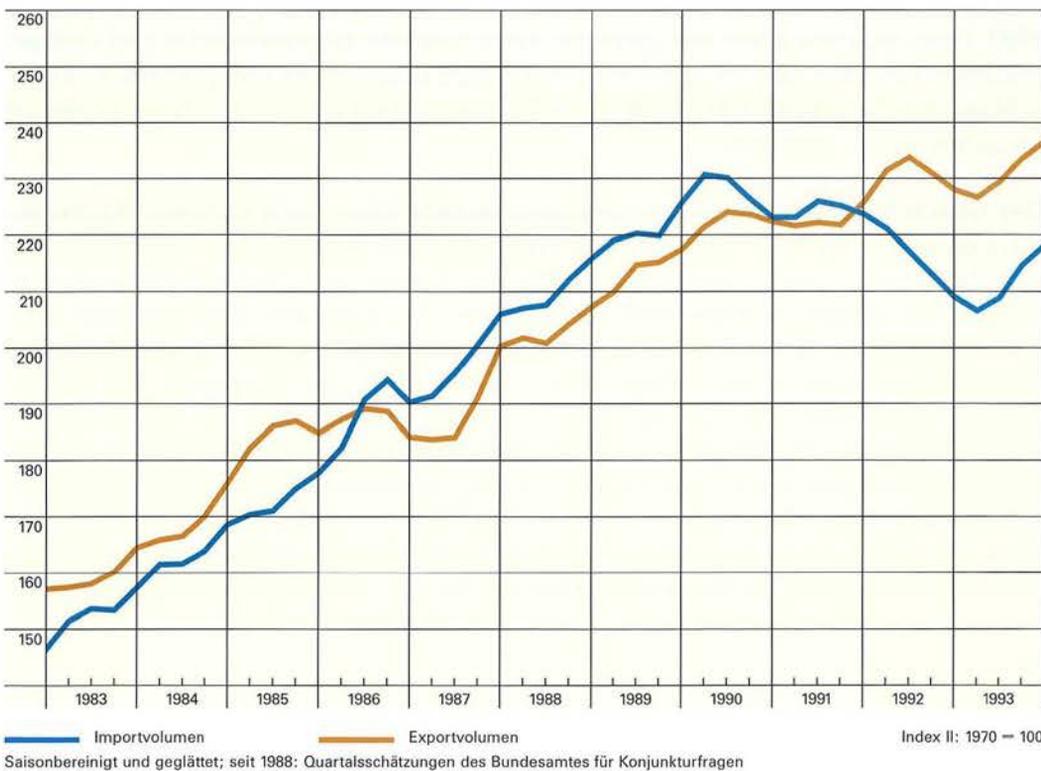
Der Export von Investitionsgütern sank infolge der schwachen Investitionstätigkeit in Europa leicht. Rückläufig entwickelten sich auch die Ausfuhren von Rohstoffen und Halbfabrikaten. Hingegen konnten die Lieferungen von Konsumgütern und Energieträgern ins Ausland gesteigert werden.

Steigende Konsumgüterexporte

Die Ausfuhren in die OECD-Länder schrumpften, was vor allem auf die geringeren Verkäufe in die Länder der EG zurückzuführen war. Auch der Absatz in die EFTA-Staaten und nach Japan sank, während die Lieferungen in die Vereinigten Staaten zunahm. Die Ausfuhren in die Staaten der früheren Sowjetunion und nach Osteuropa sowie in die südostasiatischen Schwellenländer und die Volksrepublik

Uneinheitliche regionale Entwicklung

### Aussenhandel



China wuchsen mit zweistelligen Zuwachsraten. Dadurch konnte der Rückgang des Exportes nach den europäischen Märkten kompensiert werden.

Stark sinkende Importe von Energieträgern und Investitionsgütern

Die schwache inländische Nachfrage widerspiegelte sich in einem weiteren Rückgang der Einfuhren. Überdurchschnittlich nahmen die Importe von Investitionsgütern sowie von Energieträgern wie Heizöl und Benzin ab. Die Einfuhr von Konsumgütern stieg insgesamt leicht an. Bei einzelnen Güterkategorien, namentlich bei Personenwagen, war jedoch ebenfalls ein starker Rückgang zu verzeichnen.

Aktivsaldo der Handelsbilanz

Die schweizerische Handelsbilanz, die traditionell einen hohen Fehlbetrag aufweist, schloss im Jahre 1993 mit einem Überschuss ab. Dazu trugen nicht nur der verhältnismässig starke Rückgang der realen Importe, sondern auch eine Verbesserung der Terms of trade bei. Die Importpreise sanken um 2,2%, während die Exportpreise stabil blieben.

## Zahlungsbilanz

### *Ertragsbilanz*

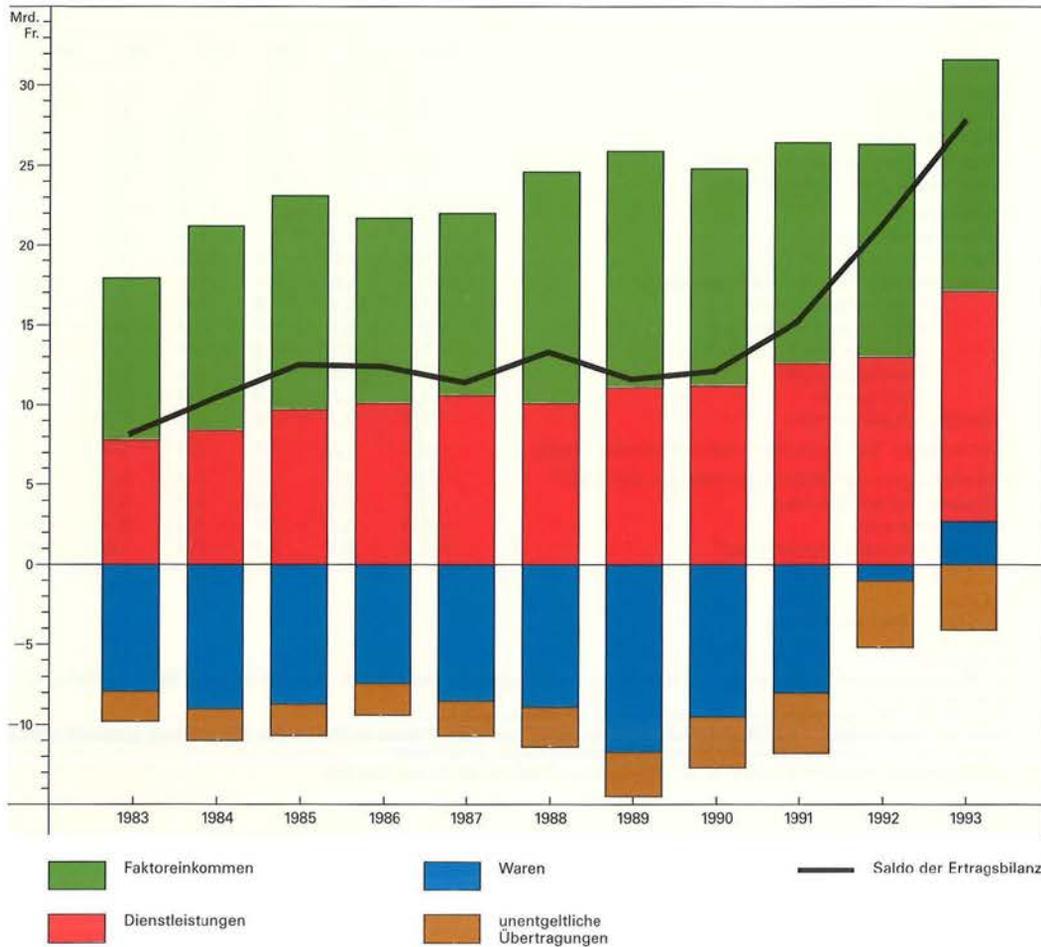
Höherer Ertragsbilanzüberschuss

Der Überschuss der Ertragsbilanz stieg im Jahre 1993 erneut kräftig und erreichte 27,6 Mrd. gegenüber 21,2 Mrd. Franken im Vorjahr. Gemessen am nominellen Bruttosozialprodukt wuchs der Aktivsaldo von 6% im Vorjahr auf 7,7% im Jahre 1993. Dazu trug vor allem der gesamte Warenverkehr (Spezialhandel und übriger Warenverkehr) bei, der im Jahre 1993 mit einem Überschuss von 2,7 Mrd. Franken schloss. Ein Aktivsaldo hatte sich in der Vergangenheit äusserst selten – letztmals im Jahre 1953 – ergeben.

Höherer Überschuss bei den Dienstleistungen und bei den Einkommen

Der Überschuss aus dem Dienstleistungsverkehr stieg dank höheren Bankkommissionen um 1,4 Mrd. auf 14,4 Mrd. Franken. Dazu trug die deutliche Belebung des Wertpapier- und Emissionsgeschäfts der Banken bei. Die Fremdenverkehrseinnahmen stiegen preisbedingt. Die Zahl der Touristen aus Übersee sank markant, während jene aus Europa den Vorjahresstand geringfügig unterschritt. Die Fremdenverkehrsausgaben stagnierten auf der Höhe des Vorjahres. Die an das Ausland bezahlten Arbeitseinkommen nahmen ab. Dies war vor allem auf die nochmals geringere Zahl der ausländischen Grenzgänger in der Schweiz zurückzuführen. Trotz des weiter gestiegenen Nettoauslandvermögens gingen die Zins-einnahmen gegenüber dem Vorjahr zurück. Da sich jedoch die Zinsausgaben noch stärker verringerten, fiel der Aktivsaldo der Kapitalertragsbilanz höher aus als vor Jahresfrist. Der Einnahmenüberschuss der Arbeits- und Kapitaleinkommen insgesamt erhöhte sich um 1,2 Mrd. auf 14,5 Mrd. Franken.

## Ertragsbilanz



## Kapitalverkehr

Bis zur Veröffentlichung des Geschäftsberichts sind jeweils nur Angaben zum Kapitalverkehr der Geschäftsbanken sowie der Notenbank verfügbar. Die Entwicklung der Direktinvestitionen und der Portfolioinvestitionen wird im Bericht über die schweizerische Zahlungsbilanz, der jeweils im Quartalsheft Nr. 3 der Nationalbank erscheint, kommentiert.

Die Banken (inländische Geschäftsstellen) verminderten die Nettokapitalexporte im Interbankgeschäft um 3,2 Mrd. auf 2,9 Mrd. Franken im Jahre 1993. Der Rück-

Nettokapitalexport im Interbankgeschäft

## Zahlungsbilanz 1988—1993

Saldi<sup>1</sup> in Mrd. Franken

	1988	1989	1990	1991	1992 <sup>r</sup>	1993 <sup>p</sup>
1. Ertragsbilanz	13,2	11,5	12,0	15,1	21,2	27,6
Warenverkehr	- 8,9	-11,7	- 9,5	- 8,0	- 1,0	2,7
Dienstleistungen	10,1	11,1	11,2	12,6	13,0	14,4
Arbeits- und Kapitaleinkommen	14,5	14,8	13,6	14,3	13,3	14,5
Unentgeltliche Übertragungen	- 2,5	- 2,8	- 3,2	- 3,8	- 4,2	- 4,1
2. Kapitalverkehr	-21,8	-10,8	-18,2	-17,1	-13,0	...
Direktinvestitionen	-12,7	- 9,2	- 2,7	- 5,6	- 6,2	...
Portfolioinvestitionen	-10,9	- 4,9	- 1,6	-17,2	- 4,1	...
Kapitalverkehr der Geschäftsbanken <sup>2</sup>	- 3,5	2,5	-10,4	8,0	- 8,7	14,4
Interbankgeschäfte	11,6	30,4	15,3	7,5	- 6,1	- 2,9
Kredite an Nichtbanken	- 2,9	- 5,1	- 5,7	- 0,9	- 1,4	- 0,8
Einlagen von Nichtbanken	- 1,7	0,1	- 0,8	- 0,7	0,3	6,4
Treuhandgelder	- 7,7	-23,9	-16,4	3,1	0,4	14,0
Edelmetalle	- 2,9	1,0	- 2,8	- 1,0	- 1,9	- 2,2
Übriger Kapitalverkehr	5,3	0,7	- 3,6	- 2,3	6,0	...
3. Nicht erfasste Transaktionen und statistische Fehler	5,1	1,8	7,9	3,3	- 0,8	...
4. Veränderungen der Währungsreserven der SNB <sup>3</sup>	- 3,5	2,4	1,7	1,4	6,2	0,6
Zinserträge auf Devisen	2,2	2,9	2,7	2,7	1,9	2,2
Devisenswaps <sup>4</sup>	- 5,5	4,2	- 3,1	- 0,5	2,7	2,3
Übrige Devisentransaktionen <sup>4</sup>	- 0,2	- 4,7	2,1	- 0,9	1,6	- 3,9

### Anmerkungen:

... noch keine Daten verfügbar

<sup>r</sup> revidiert

<sup>p</sup> provisorisch

<sup>1</sup> Ein Minuszeichen bedeutet bei der Ertragsbilanz einen Überschuss der Importe über die Exporte, beim Kapitalverkehr einen Kapitalexport

<sup>2</sup> Inklusive Treuhandgeschäfte und Ein- und Ausfuhr von Silber und Gold

<sup>3</sup> Ohne Berücksichtigung der Wechselkursveränderungen auf dem Devisenbestand. Ein Pluszeichen bedeutet einen Anstieg, ein Minuszeichen eine Abnahme der Währungsreserven der SNB

<sup>4</sup> Ein Pluszeichen bedeutet Nettokäufe, ein Minuszeichen Nettoverkäufe von Devisen

gang des Ausfuhrüberschusses ist darauf zurückzuführen, dass die Banken anstelle von Interbankguthaben vermehrt ausländische Wertpapiere erwarben.

Starke Zuflüsse von Nichtbanken

Das Kreditgeschäft mit ausländischen Nichtbanken ging konjunkturbedingt zurück. Die Kapitalausfuhren verminderten sich im Jahre 1993 auf 0,8 Mrd. Franken (1992: 1,4 Mrd. Franken). Die Kapitalimporte von ausländischen Nichtbanken in Form von Bankeinlagen stiegen 1993 kräftig um 6,1 Mrd. auf 6,4 Mrd. Franken (1992: 0,3 Mrd. Franken).

Massive Rückflüsse bei den Treuhandanlagen

Die inländischen Investoren verminderten ihre Treuhandanlagen im Jahre 1993 aufgrund der stark rückläufigen Zinssätze im kurzfristigen Bereich weiter. Sie zogen für 14,0 Mrd. Franken Gelder ab. Im Vorjahr hatten die Kapitalrückflüsse 0,4 Mrd. Franken betragen.

Die Währungsreserven der Nationalbank (ohne Berücksichtigung des Aufwertungsgewinnes auf dem Devisenbestand) erhöhten sich im Jahre 1993 um 0,6 Mrd. Franken (1992: 6,2 Mrd. Franken). Der Aufwertungsgewinn auf dem Devisenbestand betrug 0,8 Mrd. Franken (1992: 0,7 Mrd. Franken). Die Erträge auf den Devisenanlagen stiegen auf 2,2 Mrd. Franken (1992: 1,9 Mrd.). Aus Swapgeschäften resultierte ein Devisenzufluss von 2,3 Mrd. Franken (1992: 2,7 Mrd. Franken). Die übrigen Devisentransaktionen führten zu einem Abfluss von 3,9 Mrd. Franken (1992: Zufluss von 1,6 Mrd. Franken).

Zunahme der Währungsreserven der Nationalbank

### *Auslandvermögen*

Das schweizerische Nettoauslandvermögen stieg kräftig und betrug Ende 1992 339 Mrd. Franken. Es dürfte sich 1993 aufgrund des hohen Ertragsbilanzüberschusses wiederum erhöhen und am Ende des Jahres über 360 Mrd. Franken erreicht haben.

Anstieg des Nettoauslandvermögens

## **Öffentliche Finanzen**

Die Finanzrechnung des Bundes schloss mit einem Ausgabenüberschuss von 7,8 Mrd. Franken (1992: 2,9 Mrd. Franken). Der budgetierte Fehlbetrag wurde damit erneut deutlich überschritten. Auf der Einnahmenseite blieben die Erträge aus der Warenumsatzsteuer und der Verrechnungssteuer massiv hinter den Erwartungen zurück. Die Ausgaben des Bundes wuchsen mit 7,4% ähnlich stark wie im Vorjahr (1992: 6,5%). Für 1994 wird ein Ausgabenüberschuss von 8,2 Mrd. Franken budgetiert. Das veranschlagte Ausgabenwachstum liegt mit knapp 5% deutlich über dem erwarteten nominellen Wirtschaftswachstum.

Markant gestiegenes Defizit des Bundes

Die Kantons- und Gemeindefinanzen verschlechterten sich 1992 weiter, wenn auch abgeschwächt. Die Fehlbeträge der Kantone und Gemeinden betragen gemäss provisorischen Angaben 6,4 Mrd. Franken. Aufgrund der Voranschläge dürften die Defizite der Kantone und Gemeinden 1993 noch einmal leicht auf 6,6 Mrd. Franken gestiegen sein.

Weiter wachsende Defizite der Kantone und Gemeinden

Der Schweizer Souverän stimmte am 28. November 1993 der neuen Bundesfinanzordnung zu. Diese bringt unter anderem auf Anfang 1995 den Systemwechsel von der Warenumsatz- zur Mehrwertsteuer bei einem Satz von 6,5%.

Souverän entscheidet sich für den Übergang zur Mehrwertsteuer

## Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Markanter Rückgang  
der Beschäftigung

Der Beschäftigungsrückgang setzte sich fort; er schwächte sich im Verlauf des Jahres jedoch deutlich ab. Die Zahl der Beschäftigten ging im Jahre 1993 um 2,9% zurück, verglichen mit einer Abnahme von 2,6% im Vorjahr. Den stärksten Beschäftigungseinbruch verzeichnete das Baugewerbe. Aber auch in der verarbeitenden Industrie und im Dienstleistungssektor wurden erneut Stellen abgebaut.

Starke Zunahme der  
Arbeitslosigkeit

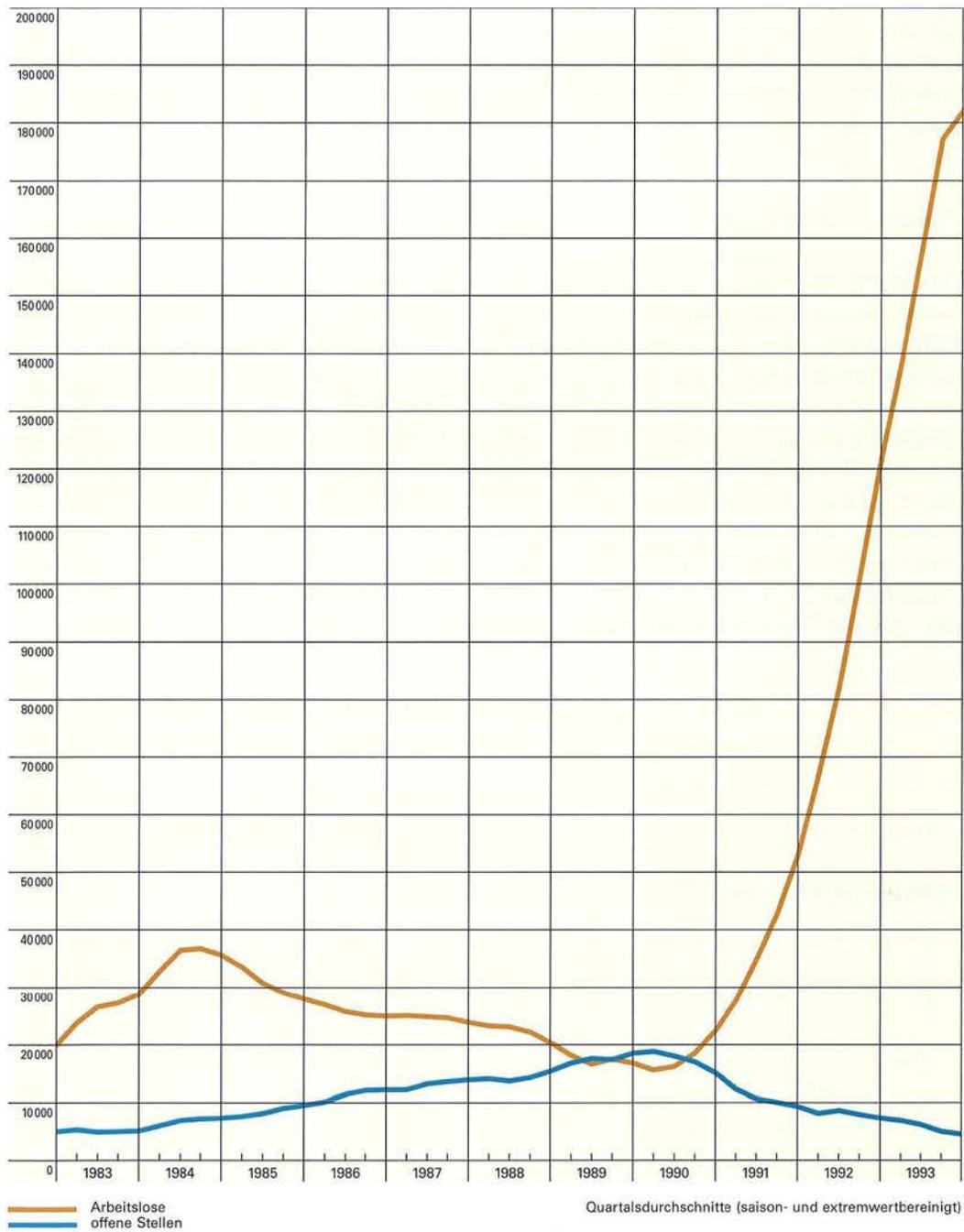
Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Jahresdurchschnitt auf 163 100. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich auf 4,5%, verglichen mit 2,6% im Vorjahr. Die Westschweiz und der Kanton Tessin wiesen erneut deutlich höhere Arbeitslosenquoten auf als die Deutschschweiz. Zu den von der Arbeitslosigkeit am stärksten betroffenen Wirtschaftszweigen zählten in der verarbeitenden Industrie die Textil- und Bekleidungsindustrie, das Druck- und Grafikgewerbe sowie die Metallindustrie. Auch das Baugewerbe wies eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote auf. Die ausgewiesene Quote unterschätzt jedoch den tatsächlichen Stellenabbau, da viele Saisonarbeitsverträge nicht erneuert wurden. Im Dienstleistungssektor verzeichnete das Gastgewerbe die mit Abstand höchste Arbeitslosenquote. Daneben wurden im Bereich Beratung, Planung und Informatik überdurchschnittlich viele Arbeitskräfte entlassen. Die im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Rezessionen lange Kontraktions- beziehungsweise Stagnationsphase führte zu einer stetigen Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit. Während Ende 1992 jeder zehnte Arbeitslose länger als ein Jahr ohne Beschäftigung gewesen war, blieb Ende 1993 bereits jeder fünfte Arbeitslose länger als ein Jahr ohne Stelle.

Schweizerische  
Arbeitskräfteerhebung

Gemäss der einmal jährlich durchgeführten Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) ist die Zahl der erwerbstätigen Personen (ohne Grenzgänger und Saisoniers) zwischen dem zweiten Quartal 1992 und dem zweiten Quartal 1993 um 13 000 auf 3 725 000 gesunken. Dieser nur leichte Rückgang muss allerdings in Beziehung zur Entwicklung der ständigen Wohnbevölkerung über 15 Jahre gesetzt werden. Diese nahm innert Jahresfrist um 41 000 Personen zu. Der Neuzuwachs an potentiellen Arbeitskräften konnte somit vom Arbeitsmarkt nicht absorbiert werden, dementsprechend ging die Erwerbstätigenquote der über 15jährigen von 66% auf 65,3% zurück. Die Zahl der Erwerbslosen stieg in der entsprechenden Periode um 35 000 auf 145 000. Zum gleichen Zeitpunkt wies das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) 158 000 registrierte Arbeitslose aus.

Die beiden Statistiken sind nur bedingt vergleichbar. Die Differenzen können zu einem grossen Teil mit der unterschiedlichen Definition von Arbeitslosigkeit erklärt werden. Die vom BIGA erstellte Statistik basiert auf einer Vollerhebung bei den kantonalen Arbeitsämtern. In die Statistik gehen all jene arbeitssuchenden Personen ein, die sich auf einem Arbeitsamt zur Vermittlung angemeldet haben. Die Ergebnisse der SAKE basieren dagegen auf einer Stichprobe. Hauptziel ist die Ermittlung einer jährlichen Erwerbstätigenzahl. Bei der Definition der Erwerbstä-

## Arbeitsmarkt



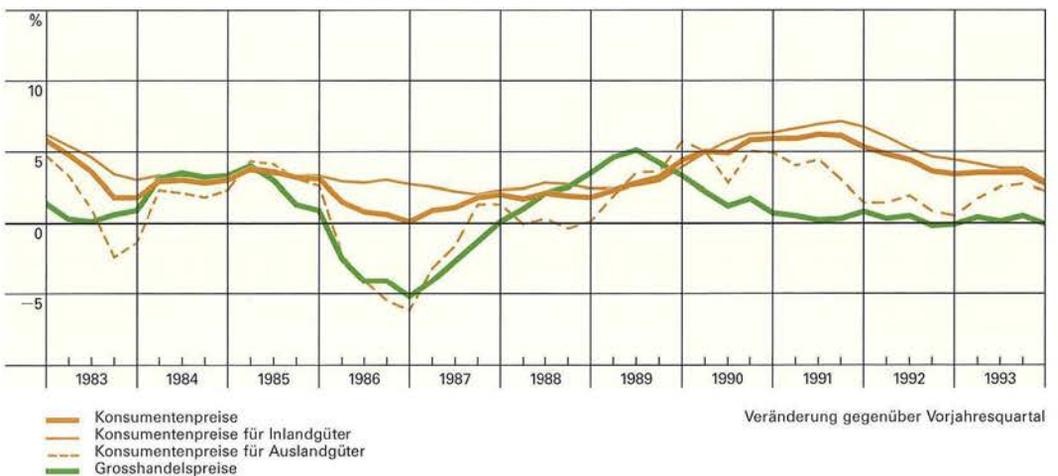
tigkeit und Erwerbslosigkeit orientiert sich diese Statistik an den Empfehlungen des internationalen Arbeitsamtes. So gelten diejenigen Personen als erwerbslos, die in der abgeschlossenen Woche vor der Befragung nicht erwerbstätig waren und in den vier vorangegangenen Wochen eine oder mehrere Suchaktionen unternommen haben. Sie müssen ferner, falls ihnen eine Stelle angeboten wird, diese in den nächsten vier Wochen antreten können.

## Preise und Löhne

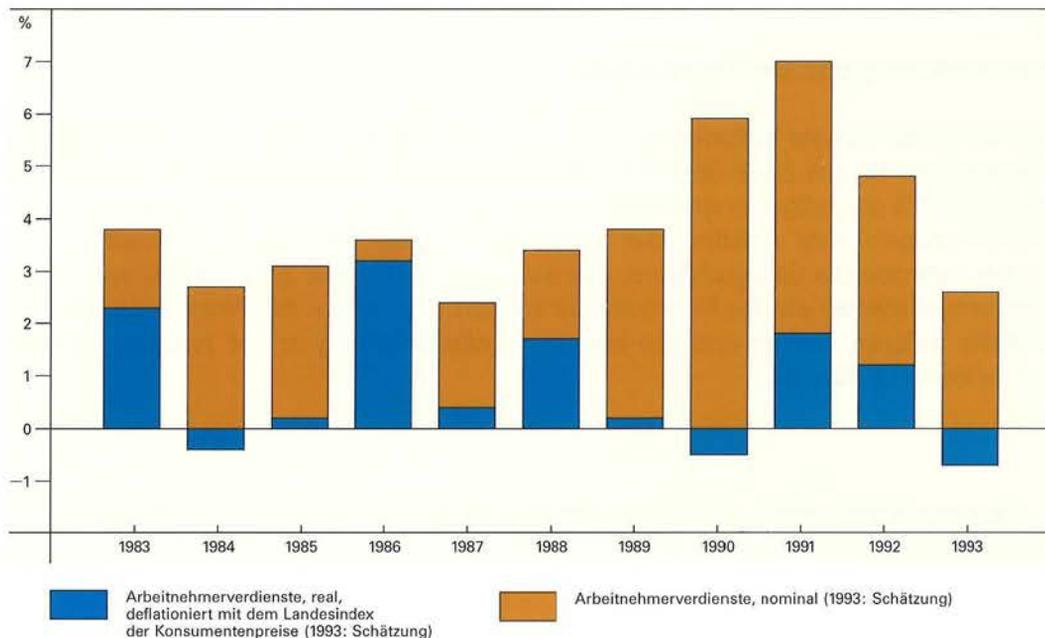
Teuerungsabbau

Die Teuerung schwächte sich gegen Ende 1993 deutlich ab. Die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene Jahresteuerung ging von 3,4% im Dezember 1992 auf 2,5% im Dezember 1993 zurück. Im Jahresdurchschnitt lag der Index um 3,3% über dem Niveau des Vorjahres (1992: 4,0%). Die Heraufsetzung verschiedener administrierter Preise, die Treibstoffzollerhöhung im Frühjahr sowie die nur langsame Anpassung der Mieten an die tieferen Hypothekarzinsen verhinderten bis zum Herbst 1993 einen weiteren Teuerungsabbau. Erst im November führten leicht rückläufige Wohnungsmieten zu einem markanten Teuerungsrückgang. Die Preise für im Inland produzierte Güter und Dienstleistungen stiegen 1993 um durchschnittlich 3,7% (1992: 5%), jene für Importwaren um 2,2% (1992: 1,1%). Die Preisentwicklung nach Herkunft der Produkte vermittelt insofern ein verzerrtes Bild, als die Treibstoffzollerhöhung der Auslandsteuerung zugerechnet wurde.

### Preisveränderungen



## Nominales und reales Wachstum der Löhne



Der Grosshandelspreisindex erhöhte sich im Jahresdurchschnitt lediglich um 0,2%. Bereits in den beiden vorangegangenen Jahren hatte er sich kaum verändert (1991: 0,4%, 1992: 0,1%).

Stabile Grosshandelspreise

Gemäss einer Schätzung des BIGA lagen die Nominallöhne 1993 im Durchschnitt um 2,6% über dem Niveau des Vorjahres. Die Schätzung beruht auf den Daten der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt (SUVA). Unter Berücksichtigung der Konsumentenpreisentwicklung ergab sich damit ein Reallohnrückgang von 0,7%.

Rückgang der Reallohne

## 2. Monetärer Bereich

### Entwicklung der Geldaggregate

Anstieg des Notenum-  
laufs und der Girogut-  
haben

Die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge erhöhte sich 1993 deutlich. Sie lag im vierten Quartal um 2,8% über dem Vorjahresniveau, nachdem sie im Jahre 1992 noch um 1% zurückgegangen war. Sowohl der Notenumlauf als auch die Giroguthaben trugen zum Anstieg der saisonbereinigten Notenbankgeldmenge bei. Dabei nahmen die Giroguthaben, die zum ersten Mal seit 1987 wieder wuchsen, prozentual stärker als der Notenumlauf zu. Das Wachstum des Notenumlaufs war auf die tieferen Zinsen und die konjunkturelle Erholung in der zweiten Jahreshälfte zurückzuführen.

### Entwicklung der bereinigten Notenbankgeldmenge und ihrer Komponenten Quartals- und Jahresdurchschnitte<sup>1</sup>

	Notenumlauf Mio. Fr.	Giroguthaben von Banken Mio. Fr.	NBGM <sup>2</sup> Mio. Fr.	SBNBGM <sup>3</sup> Mio. Fr.	Veränderung <sup>4</sup> in %
1988	25 819	5 667	31 486	31 521	-11,0
1989	26 438	3 487	29 925	29 910	- 2,4 <sup>5</sup>
1990	25 880	3 018	28 898	28 934	- 2,6
1991	26 442	2 832	29 274	29 247	1,4
1992	26 467	2 553	29 020	29 056	- 1,0
1993	26 871	2 654	29 525	29 498	2,8
1993 1. Quartal	26 969	2 593	29 563	29 300	0,7
2. Quartal	26 696	2 618	29 314	29 452	0,9
3. Quartal	26 514	2 668	29 182	29 517	1,7
4. Quartal	27 306	2 735	30 041	29 724	2,8

<sup>1</sup> Durchschnitt aus Monatswerten

<sup>2</sup> Notenbankgeldmenge = Notenumlauf + Giroguthaben

<sup>3</sup> Saisonbereinigte Notenbankgeldmenge = Notenbankgeldmenge dividiert durch die entsprechenden Saisonfaktoren

<sup>4</sup> Gegenüber entsprechender Vorjahresperiode; Jahresveränderungen beziehen sich auf das vierte Quartal

<sup>5</sup> Das Geldmengenziel bezog sich 1989 auf den Durchschnitt der zwölf auf Jahresbasis hochgerechneten monatlichen Veränderungsdaten gegenüber dem durchschnittlichen Stand der saisonbereinigten Notenbankgeldmenge des vierten Quartals des Vorjahres, zentriert auf November. Aufgrund dieser Berechnungsweise betrug die Veränderung -1,9%

Starkes Wachstum  
von M<sub>1</sub>

Die Geldmenge M<sub>1</sub> entwickelte sich ähnlich wie die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge. Nachdem sie in der ersten Hälfte 1992 noch zurückgegangen war, begann sie sich deutlich zu beschleunigen. Im Jahre 1993 stieg ihr Wachstum auf durchschnittlich 11,5% (Vorjahr: 0,1%). Während die Bargeldkomponente um 1,8% zunahm, erhöhten sich die Sichteinlagen um 16,4%. Der starke Zinsrückgang, der im Vorjahr eingesetzt hatte, führte zu einer Umlagerung von Termin- zu Sichteinlagen. Erfahrungsgemäss schwankt M<sub>1</sub> wesentlich stärker als die Notenbankgeldmenge.

## Notenbankgeldmenge und Geldmenge $M_1$



Die Umschichtung von den Termin- zu den Sicht- und Spareinlagen setzte sich als Folge des Zinsrückgangs im Jahre 1993 fort. Die Termineinlagen verminderten sich deshalb massiv um  $-17,1\%$  (Vorjahr:  $+0,9\%$ ). Parallel dazu verringerte sich das Wachstum  $M_2$  von  $0,6\%$  im Vorjahr auf  $-6,9\%$ . Dagegen beschleunigte sich die Zunahme der Spareinlagen von  $5,6\%$  im Vorjahr auf  $20,1\%$ . Diese Entwicklung kompensierte den Rückgang von  $M_2$  und liess das Wachstum der Geldmenge  $M_3$  von  $2,8\%$  im Vorjahr auf  $5,4\%$  ansteigen.

Umschichtungen prägen  $M_2$  und  $M_3$

## Entwicklung der Geldaggregate<sup>1</sup> Quartals- und Jahresdurchschnitte<sup>2</sup>

	Bargeldumlauf <sup>3</sup>		Sichteinlagen <sup>4</sup>		Geldmenge M <sub>1</sub> <sup>5</sup>	
	Mio. Fr.	Ver- änderung in %	Mio. Fr.	Ver- änderung in %	Mio. Fr.	Ver- änderung in %
1988	24 141	5,0	57 339	18,6	81 480	14,2
1989	24 686	2,3	52 346	- 8,7	77 032	- 5,5
1990	24 211	- 1,9	49 564	- 5,3	73 775	- 4,2
1991	24 852	2,6	49 835	0,5	74 687	1,2
1992	24 939	0,3	49 859	0,0	74 798	0,1
1993	25 383	1,8	58 018	16,4	83 401	11,5
1992 1. Quartal	24 959	0,9	49 323	0,5	74 283	0,6
2. Quartal	24 868	0,8	49 146	- 2,0	74 014	- 1,1
3. Quartal	24 485	- 0,5	47 718	- 2,4	72 203	- 1,8
4. Quartal	25 442	0,2	53 250	4,0	78 692	2,7
1993 1. Quartal	25 302	1,4	55 064	11,6	80 366	8,2
2. Quartal	25 211	1,4	57 809	17,6	83 020	12,2
3. Quartal	25 001	2,1	57 567	20,6	82 568	14,4
4. Quartal	26 017	2,3	61 634	15,7	87 651	11,4

	Quasi-Geld <sup>6</sup>		Geldmenge M <sub>2</sub> <sup>7</sup>		Spareinlagen <sup>8</sup>		Geldmenge M <sub>3</sub> <sup>9</sup>	
	Mio. Fr.	Ver- änderung in %	Mio. Fr.	Ver- änderung in %	Mio. Fr.	Ver- änderung in %	Mio. Fr.	Ver- änderung in %
1988	67 616	0,7	149 097	7,6	183 990	11,6	333 087	9,8
1989	102 004	50,9	179 036	20,1	174 683	- 5,1	353 719	6,2
1990	128 562	26,0	202 337	13,0	159 807	- 8,5	362 145	2,4
1991	134 195	4,4	208 882	3,2	164 787	3,1	373 669	3,2
1992	135 370	0,9	210 168	0,6	174 062	5,6	384 230	2,8
1993	112 273	-17,1	195 675	- 6,9	209 128	20,1	404 802	5,4
1992 1. Quartal	132 750	- 0,9	207 033	- 0,4	173 206	6,3	380 239	2,6
2. Quartal	138 552	3,1	212 566	1,6	172 946	5,3	385 512	3,2
3. Quartal	139 442	3,6	211 645	1,7	170 352	4,0	381 997	2,7
4. Quartal	130 734	- 2,4	209 426	- 0,5	179 744	6,9	389 170	2,8
1993 1. Quartal	120 211	- 9,4	200 577	- 3,1	197 198	13,9	397 775	4,6
2. Quartal	112 702	-18,7	195 722	- 7,9	207 045	19,7	402 767	4,5
3. Quartal	109 927	-21,2	192 495	- 9,0	210 904	23,8	403 399	5,6
4. Quartal	106 254	-18,7	193 904	- 7,4	221 364	23,2	415 268	6,7

<sup>1</sup> Vgl. Monatsbericht der SNB, Tabellen B2<sub>1</sub> und B2<sub>2</sub>, ab 1986 Fürstentum Liechtenstein = Inland

<sup>2</sup> Durchschnitt aus Monatswerten

<sup>3</sup> Bargeldumlauf = Noten und Münzen beim privaten Publikum

<sup>4</sup> Sichteinlagen = inländische Sichteinlagen des privaten Publikums bei Banken und beim Postcheck in Schweizer Franken

<sup>5</sup> Geldmenge M<sub>1</sub> = Bargeldumlauf plus Sichteinlagen (ohne Edelmetalle)

<sup>6</sup> Quasi-Geld = inländische Termineinlagen in Schweizer Franken

<sup>7</sup> Geldmenge M<sub>2</sub> = M<sub>1</sub> + Quasi-Geld

<sup>8</sup> Spareinlagen = inländische Spareinlagen sowie Depositen- und Einlagehefte des Publikums bei Banken

<sup>9</sup> Geldmenge M<sub>3</sub> = M<sub>2</sub> + Spareinlagen

## Geldmarkt

Die schweizerischen Geldmarktsätze gingen gegenüber dem Vorjahr deutlich zurück. Der Jahresdurchschnitt des Tagesgeldsatzes, der 1992 noch 7,5% betragen hatte, fiel auf 4,9%. Ende 1993 lag der Tagesgeldsatz leicht über 4%. Der flexible Lombardsatz der Nationalbank sank von 9,7% im Vorjahr auf durchschnittlich 7,1%. Die Eurofrankenzinsen für dreimonatige Einlagen gingen im Jahresdurchschnitt von 7,8% auf 4,8% zurück. Im Dezember betragen sie noch 4,1%. Die dreimonatigen Festgeldsätze der Grossbanken folgten dieser Entwicklung wie üblich auf einem um etwa einen halben Prozentpunkt tieferen Niveau. Der Verlauf der Renditen der neuemittierten Eidg. Geldmarkt-Buchforderungen mit dreimonatiger Laufzeit stimmte erfahrungsgemäss mit demjenigen der Eurofrankensätze überein. Die durchschnittliche Rendite sank von 7,8% im Jahre 1992 auf 4,8%.

Deutlich tiefere Geldmarktsätze

Die Nationalbank bestätigte 1993 den fallenden Zinstrend, indem sie den offiziellen Diskontsatz im Laufe des Jahres in fünf Schritten um insgesamt 2 Prozentpunkte auf 4% senkte.

Schrittweise Anpassung des Diskontsatzes

Nachdem die schweizerischen Geldmarktzinsen Mitte 1992 fast auf den Stand der deutschen Zinsen angestiegen waren, vergrösserte sich 1993 die durchschnittliche Zinsdifferenz zu Deutschland wieder. Anfang 1993 lagen die Zinsen in der Schweiz beinahe 3 Prozentpunkte tiefer als in Deutschland. Bis Ende des Jahres verringerte sich die Zinsdifferenz auf knapp zwei Prozentpunkte. Die schweizerischen Geldmarktsätze übertrafen dagegen wie schon im Vorjahr die Vergütungen auf entsprechenden Dollaranlagen. Die Zinsdifferenz zu den kurzfristigen Dollaranlagen verminderte sich indessen im Laufe des Jahres von mehr als zwei Prozentpunkten auf weniger als einen Prozentpunkt.

Negative Zinsdifferenz zur D-Mark – verringerter Zinsvorteil gegenüber Dollaranlagen

## Devisenmarkt und Wechselkurs

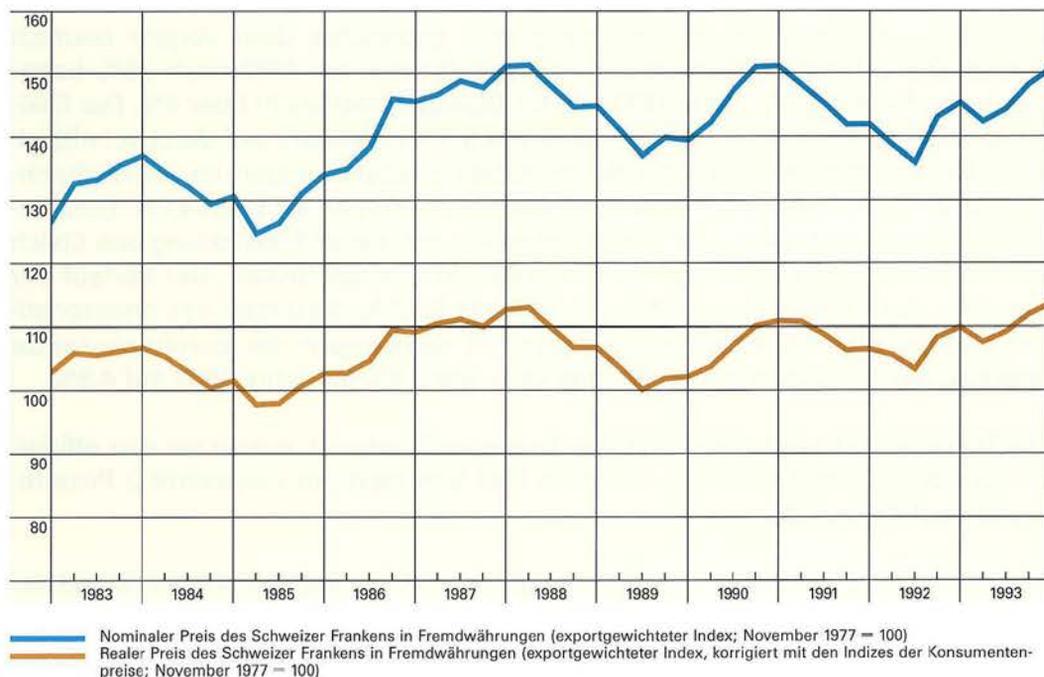
Der Aufwärtstrend des Schweizer Frankens, der im zweiten Quartal 1992 begonnen hatte, setzte sich 1993, nach einer kurzen Abschwächung um die Jahreswende, fort. Der exportgewichtete nominelle Wechselkursindex des Frankens lag im Jahresmittel um 4,1% über dem Niveau des Vorjahres. Die schweizerische Währung profitierte von den Turbulenzen im EWS und festigte sich im Laufe des Jahres gegenüber sämtlichen EWS-Währungen. Gegenüber der D-Mark legte der Franken seit Anfang Jahr nominell 5% und gegenüber dem französischen Franc rund 5,3% zu. Auch gegenüber den Währungen, die im Herbst 1992 aus dem Wechselkursmechanismus des EWS ausgeschieden waren, wertete sich der Franken im Laufe des Jahres nominell weiter auf – gegenüber der italienischen Lira um 16% und gegenüber dem britischen Pfund um 1%.

Höherbewertung des Frankens gegenüber den europäischen Währungen

Der Franken schwächte sich im Laufe des Jahres gegenüber der amerikanischen Währung leicht ab. Im Jahresdurchschnitt lag er um 5% tiefer als 1992. Einen

Wertverlust gegenüber dem Dollar und dem Yen

### Nominaler und realer Fremdwährungskurs des Schweizer Frankens



überaus starken nominellen Wertverlust von rund 17% im Jahresdurchschnitt musste der Franken gegenüber dem Yen hinnehmen.

Reale Höherbewertung des Frankens

Der reale, d. h. der um die unterschiedliche Teuerungsentwicklung im In- und Ausland bereinigte, exportgewichtete Wechselkursindex stieg – bis auf eine kurze Schwäche zu Jahresbeginn – im Verlauf des Jahres kontinuierlich an. Im Jahresmittel betrug die reale Höherbewertung des Frankens gegenüber 1992 gut 3%.

Keine Interventionen am Devisenmarkt

Im Jahre 1993 intervenierte die Schweizerische Nationalbank nicht am Devisenmarkt.

### Kapitalmarkt

Rückgang der Obligationenrenditen

Nachdem die Obligationenrendite Mitte 1992 einen Höhepunkt erreicht hatte und im zweiten Halbjahr 1992 um bis zu anderthalb Prozentpunkte zurückgegangen war, folgte 1993 ein weiterer Abbau von ähnlichem Ausmass. Die Durchschnittsrendite eidgenössischer Obligationen fiel von 7% Mitte 1992 auf 4% Ende 1993; im Mittel betrug sie 1993 4,6%, gegenüber 6,4% im Vorjahr.

Gemessen an der Differenz zwischen der Durchschnittsrendite eidgenössischer Obligationen und dem dreimonatigen Eurofrankensatz war die Fälligkeitsstruktur der Zinssätze Ende 1993 wieder flach, nachdem sie während fünf Jahren ein inverses Muster aufgewiesen hatte.

Normalisierung der Zinsstruktur

Angesichts der fallenden Zinsen am Geld- und Obligationenmarkt senkten die Banken ihre Vergütungen auf neuen Kassenobligationen. Ende 1993 lag der durchschnittliche Satz der Kassenobligationen der Kantonalbanken bei 4<sup>1</sup>/<sub>4</sub>%, nachdem er ein Jahr zuvor noch gut 6% betragen hatte. Die Verzinsung der Spareinlagen wurde im Laufe des Jahres um 1,3 Prozentpunkte auf 3,8% verringert.

Tiefere Sätze auf Kassenobligationen und Spargeldern

Die günstigere Refinanzierungslage erlaubte es den Banken, ihre Aktivzinssätze zurückzunehmen. So senkten die Kantonalbanken im Laufe des Jahres ihre Zinsen auf Neuhypotheken um insgesamt 2 Prozentpunkte auf 5,6%. Die entsprechenden Sätze für Althypotheken gerieten jedoch erst im Frühjahr in Bewegung; bis zum Jahresende nahmen sie um 1 Prozentpunkt auf 6% ab.

Senkung der Hypothekensätze

Am Aktienmarkt stieg der Swiss Performance Gesamtindex im Laufe des Jahres um rund 50%. Zu dieser kräftigen Steigerung trug vor allem der Rückgang der Zinssätze bei. Dabei profitierten hauptsächlich die stark zinsempfindlichen Aktien von Banken und Versicherungen sowie die Werte von Unternehmungen, für die eine überdurchschnittliche Gewinnentwicklung in den nächsten Jahren erwartet wurde.

Starker Anstieg der Aktienkurse

## Zinssätze am Jahresende (in Prozent)

	1991	1992	1993
Offizieller Diskontsatz	7	6	4
Lombardsatz	11,5	8,5	6,2
Eurofranken (3 Monate)	8	5,87	4
Festgelder <sup>1</sup> (3 Monate)	7,63	5,5	3,54
Geldmarkt-Buchforderungen gegenüber dem Bund (3 Monate) <sup>2</sup>	7,90	6,4	4,24
Spareinlagen bei Kantonalbanken <sup>3</sup>	5,06	5,13	3,84
Kassenobligationen bei Grossbanken			
3 und 4 Jahre <sup>4</sup>	7,16	5,68	3,66
5 und 6 Jahre <sup>4</sup>	6,88	5,91	3,91
7 und 8 Jahre <sup>4</sup>	6,72	6,05	4,06
Anleihen <sup>5</sup>			
Eidgenossenschaft	6,35	5,48	4,05
Kantone, Gemeinden	6,83	5,94	4,37
Banken	7,18	6,21	4,57
Übrige (Finanzgesellschaften, Kraftwerke, Industrie)	7,49	6,53	4,75

<sup>1</sup> Dreimonatsdepots bei Grossbanken ab 100 000 Franken

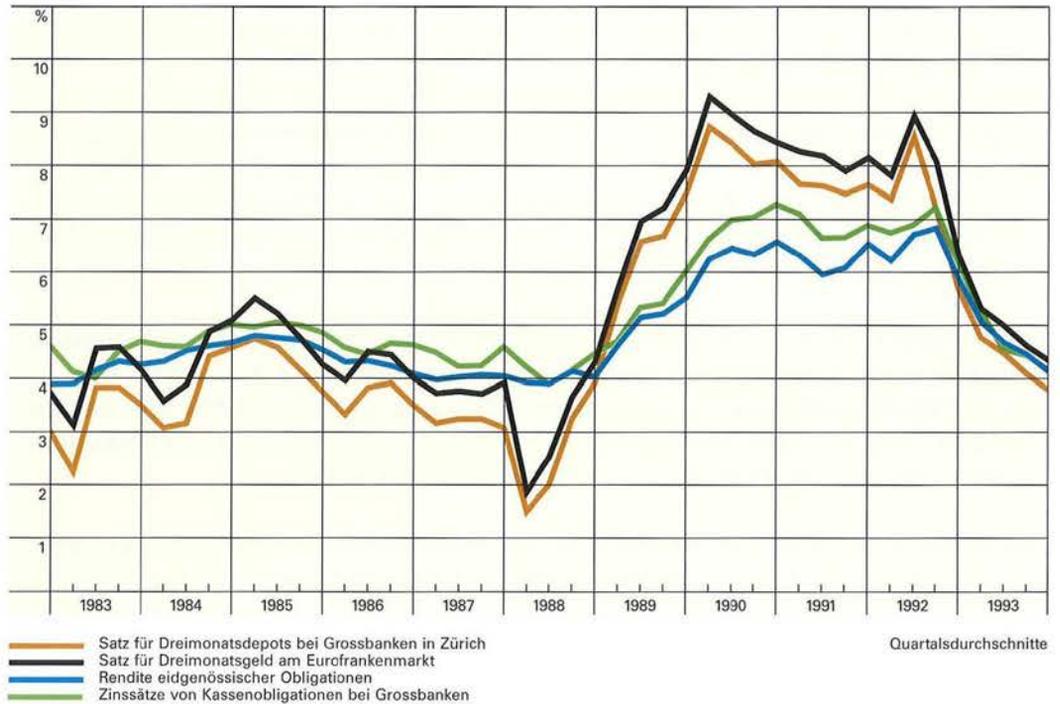
<sup>2</sup> Zinssätze bei Liberierung im Dezember

<sup>3</sup> Zinssätze Anfang Dezember

<sup>4</sup> Durchschnitt aus den entsprechenden zwei Laufzeiten

<sup>5</sup> Renditen am letzten Börsentag, berechnet unter Berücksichtigung der Kündbarkeit

## Geld- und Kapitalmarktsätze



Deutlich höheres Emissionstotal

Die Emissionen von Obligationen und Aktien am schweizerischen Kapitalmarkt betragen im Jahre 1993 insgesamt 81,2 Mrd. Franken. Damit wurde das entsprechende Ergebnis im Vorjahr um 55% übertroffen. Rund zwei Drittel des Anstiegs betrafen den Auslandsbereich. Im Inlandbereich erreichten die Neuemissionen 36,1 Mrd. Franken. Nach Abzug der Rückzahlungen von 16,5 Mrd. Franken ergab sich eine Nettobeanspruchung des Kapitalmarktes durch inländische Emittenten von 19,4 Mrd. Franken im Vergleich zu 17,2 Mrd. Franken vor Jahresfrist. Ein grosser Teil der Mittelaufnahme entfiel auf Anleihen der öffentlichen Hand.

Starker Anstieg des Kapitalexports

Nach zweijährigem Rückgang erhöhten sich die bewilligungspflichtigen Kapitalexporte 1993 gegenüber der Vorjahresperiode um 45% und erreichten mit 54,3 Mrd. Franken einen neuen Höchststand. Als Folge der schwachen internationalen Konjunktur verringerten sich die Kredite zwar noch um 15%. Dank des anhaltenden Zinsrückgangs in der Schweiz stieg indessen das Volumen der auf Franken lautenden Auslandsanleihen um 66%. Mit 46 Mrd. Franken wurde das bisher mit Abstand höchste Volumen erreicht. Damit erhöhte sich der Anteil der Anleihen am Total der Kapitalexporte auf 85%, gegenüber 74% im Vorjahr.

## Beanspruchung des Kapitalmarktes durch Emissionen<sup>1</sup> (in Mrd. Franken)<sup>2</sup>

	1990		1991		1992		1993	
	brutto	netto <sup>3</sup>						
Schweizer Anleihen <sup>4</sup>	17,1	11,2	16,2	9,9	24,6	15,1	32,8	16,8
Schweizer Aktien <sup>4</sup>	3,4	2,9	1,9	1,5	2,6	2,2	3,3	2,6
Total Schweizer Wertpapiere <sup>4</sup>	20,5	14,0	18,1	11,4	27,2	17,2	36,1	19,4
Ausländische Anleihen <sup>5</sup>	32,1	.	31,9	.	25,2	.	45,1	.
Total brutto	52,6	.	50,5	.	52,4	.	81,2	.

<sup>1</sup> Nach Liberierungsdatum

<sup>2</sup> Wegen Rundens der Zahlen addieren sich die einzelnen Komponenten nicht unbedingt zu den ausgewiesenen

Totalbeträgen

<sup>3</sup> Emissionswert – Rückzahlungen

<sup>4</sup> Nur öffentlich aufgelegte Wertpapiere

<sup>5</sup> Inkl. Notes, keine Nettozahlen verfügbar

Mit dieser kräftigen Expansion der Neuemissionen stieg zwar der schweizerische Anteil am internationalen Emissionsgeschäft. Der entsprechende Rückgang in den vorangegangenen Jahren wurde aber damit nur zu einem kleinen Teil wettgemacht, da 1993 auch die ausländischen Konkurrenzmärkte stark wuchsen.

Anteil am internationalen Geschäft nur leicht erhöht

Die gewöhnlichen Anleihen (Straights) betragen 28,1 Mrd. Franken, gegenüber rund 19,2 Mrd. Franken im Vorjahr. Dabei war eine starke Erhöhung von Grossanleihen sowie von Emissionen mit Aufstockungsmöglichkeiten zu verzeichnen. Die günstige Entwicklung der Börsenkurse beflügelte die Emissionstätigkeit im Bereich der eigenkapitalbezogenen Anleihen. Mit insgesamt 17,9 Mrd. Franken verdoppelte sie sich gegenüber dem Vorjahr. Damit stieg ihr Anteil am Emissionstotal von 31% im Vorjahr auf 39%. Die japanischen Schuldner dominierten den Bereich der eigenkapitalbezogenen Anleihen weiterhin. Sie emittierten jedoch nur noch 68% des Totals (Vorjahr: 81%).

Verdoppelung der eigenkapitalbezogenen Anleihen

Wie in den vorangegangenen Jahren absorbierten die Industrieländer neun Zehntel der Kapitalexporte. In der regionalen Aufteilung ergaben sich einige Verschiebungen. Der Anteil Westeuropas ging von 54% auf 52%, derjenige Nordamerikas von 13% auf 8% zurück, während der Anteil Japans von 22% auf 27% stieg. Die internationalen Entwicklungsorganisationen waren mit 4,5% am Total beteiligt, gegenüber 6,7% im Vorjahr.

Leichte Verschiebung der regionalen Aufteilung

Die Plazierung von Frankenobligationen ausländischer Schuldner wurde ab April durch die Revision der Kapitalexportvorschriften, welche die Zusammensetzung des Emissionssyndikats neu durch das Verankerungsprinzip regelt, erleichtert

Liberalisierung des Kapitalexports nach Aufhebung der Stempelsteuer

## Kapitalexportbewilligungen nach Finanzinstrumenten und Ländergruppen (in Prozent)<sup>1</sup>

Finanzinstrumente	1990	1991	1992	1993
Anleihen <sup>2</sup>	73,7	70,9	73,9	84,7
davon: gewöhnliche Straights <sup>3</sup>	48,0	43,2	51,2	51,7
Wandelanleihen	20,2	9,9	5,6	7,9
Optionsanleihen	5,5	17,8	17,1	25,0
Kredite	26,3	29,1	26,1	15,3
<b>Total</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Ländergruppen</b>				
Europäische Gemeinschaft	31,6	32,6	41,6	37,0
Europäische Freihandelszone	6,8	9,4	12,0	14,9
Übriges Westeuropa	1,1	0,5	0,7	0,3
Vereinigte Staaten, Kanada	17,6	15,2	13,3	8,1
Japan	29,7	30,4	22,3	26,8
Australien, Neuseeland	0,2	0,7	0,5	0,7
Mittel-, Osteuropa	2,1	1,1	0,2	0,8
Karibische Zone	6,4	4,6	3,0	5,9
Lateinamerika	1,2	0,3	1,0	0,8
Mittlerer Osten	0,6	1,7	0,9	0,5
Afrika <sup>4</sup>	1,2	1,2	1,1	1,6
Asien, Ozeanien	1,4	2,4	3,3	2,7
<b>Total</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
davon Entwicklungsorganisationen <sup>5</sup>	5,6	5,2	6,7	4,5
<b>Total in Mrd. Franken</b>	<b>43,6</b>	<b>42,5</b>	<b>37,5</b>	<b>54,3</b>

<sup>1</sup> Wegen Rundens der Zahlen addieren sich die einzelnen Anteile nicht unbedingt auf 100

<sup>2</sup> Inklusive Fremd- und Doppelwährungsanleihen

<sup>3</sup> Inklusive Aktienübernahme, Aktienplatzierungen, Liberierungen und Aktienkapitalerhöhungen

<sup>4</sup> Ohne Libyen und Ägypten (enthalten in Mittlerer Osten)

<sup>5</sup> Weltbank (IBRD), Interamerikanische Entwicklungsbank, Afrikanische Entwicklungsbank, Asiatische Entwicklungsbank

(vgl. nachstehend Abschnitt 3). Die Liberalisierung ermöglicht unter anderem den Einschluss von Schweizerfranken-Tranchen in die Emissionsprogramme von Euro Medium-Term Notes. Die Lockerung der Syndizierungsregel war möglich geworden, nachdem der Bundesrat entschieden hatte, die Umsatzabgabe auf Schweizerfranken-Emissionen ausländischer Schuldner per 1. April 1993 aufzuheben.

### Bankbilanzen

Talsole durchschritten

Die Entwicklung der Bankbilanzen entsprach im Jahre 1993 dem typischen Muster am Ende einer Rezession. Der Zufluss an Publikumsgeldern überstieg die Nettokreditvergabe. Zum Ausgleich erhöhten die Banken ihre Finanzanlagen. Die Bilanzsumme der Banken lag Ende 1993 um 6% über dem Wert von Dezember 1992.

Der Anteil der Finanzanlagen (liquide Mittel, Bankendebitoren, Wechsel und Geldmarktpapiere und Wertschriften) an der Bilanzsumme nahm von 26% auf 27% zu (vgl. Grafik Bilanzstruktur). Er lag damit allerdings noch immer weit unter dem langjährigen Durchschnitt. Vor allem die Wertschriftenbestände wurden massiv um 43% aufgestockt. Diese Zunahme widerspiegelt einerseits die höhere Marktbewertung, andererseits vermehrte Plazierungen auf Vorrat.

Ausbau der  
Finanzanlagen

Die liquiden Mittel der Banken (Kasse, Giro und Postcheck) lagen Ende 1993 um 1% über ihrem Vorjahreswert. Der Liquiditätsgrad I (vorhandene in Prozent der gesetzlich erforderlichen greifbaren Mittel, gemessen am Durchschnitt der vom jeweils 20. des Monats bis zum 19. des Folgemonats dauernden Periode) belief sich Ende 1993 auf 130%, gegenüber 125% ein Jahr zuvor.

Kassenliquiditätsgrad  
konstant

Die immer noch schwache Konjunktur zeigte sich deutlich in der Kreditentwicklung. 1993 erhöhte sich der Kreditbestand um lediglich 1%, nachdem der Zuwachs bereits im Vorjahr bei nur 2% gelegen hatte. Die Inlandkredite, die vier Fünftel des Totals ausmachen, nahmen im Jahresvergleich nur um 1% zu. Die Hypotheken lagen leicht über, die Debitoren leicht unter diesem Wert. Die Auslandskredite wuchsen mit 4% am stärksten. Die Entwicklung der Baukredite, die den Hypothekarkrediten zeitlich vorgelagert sind, ist Ausdruck der schlechten Baukonjunktur. Sowohl die eingeräumten Kreditlimiten als auch die tatsächlich beanspruchten Kredite lagen im Jahresvergleich deutlich tiefer (11% resp. 12%). Die offenen Limiten, d.h. die Differenz zwischen den eingeräumten Limiten und den beanspruchten Krediten, verengte sich um 8%. Die Kreditnachfrage der öffentlichen Hand übertraf den Durchschnitt deutlich: Die Beanspruchung und die Limiten lagen Ende 1993 um 10% bzw. 8% über dem Vorjahresstand.

Immer noch schwache  
Kreditentwicklung

Nachdem der Zufluss an Kundengeldern 1992 zeitweise fast versiegt war, erhöhte er sich 1993 auf 20 Mrd. Franken. Der Bestand an Kundengeldern stieg damit im Laufe des Jahres 1993 um 3%. Die Spar- und Depositenkonten wuchsen mit 21% am stärksten. Diese Entwicklung – sowie die starke Zunahme der Kreditoren auf Sicht (+20%) – widerspiegelt hauptsächlich den zinsbedingten Rückgang der Kreditoren auf Zeit. Diese lagen Ende 1993 um 9% unter ihrem Vorjahreswert. Während die Banken die Bestände an ausstehenden Kassenobligationen um 13% abbauten, emittierten sie vermehrt normale Obligationen (+5%).

Kundengelder  
fliessen wieder  
reichlicher

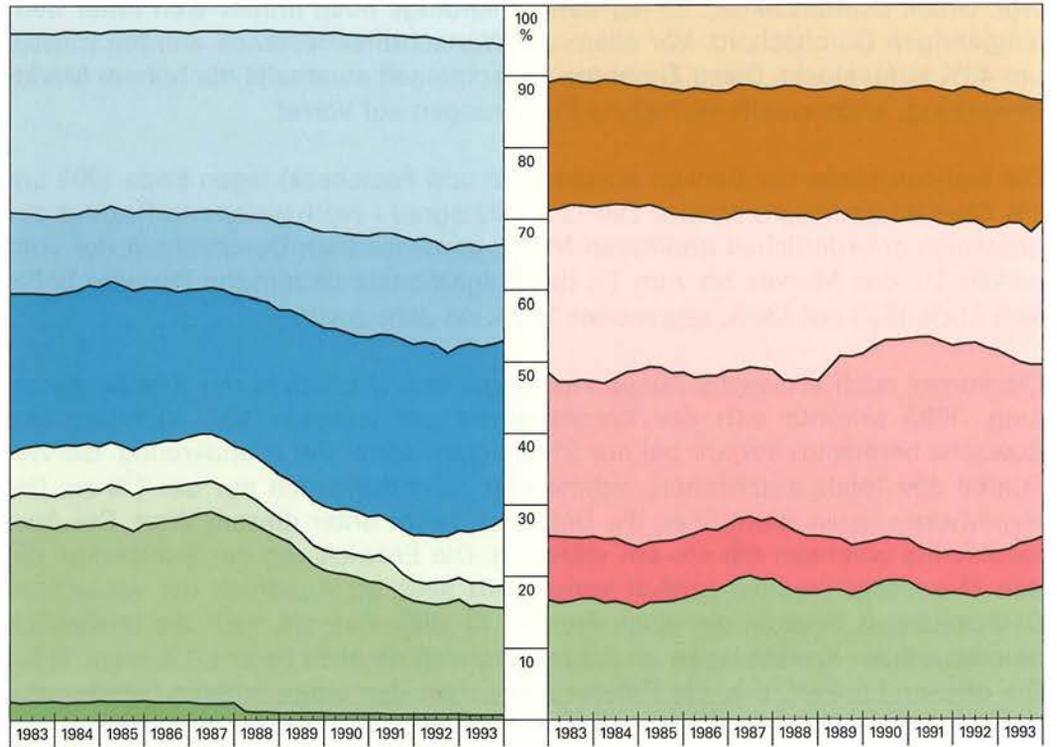
Ende 1993 standen bei den Banken 5% weniger Treuhandanlagen aus als ein Jahr zuvor. Diese Entwicklung erklärt sich ebenfalls aus dem Rückgang der kurzfristigen Zinssätze, bilden doch die Treuhandanlagen ein verrechnungssteuerfreies Substitut zu den Zeitdepositen. Rund ein Viertel der Treuhandpassiven stammte aus dem Inland; die Treuhandaktiven wurden fast ausschliesslich im Ausland plaziert.

Rückgang des  
Treuhandgeschäftes

## Bilanzstruktur der Banken

Aktiven

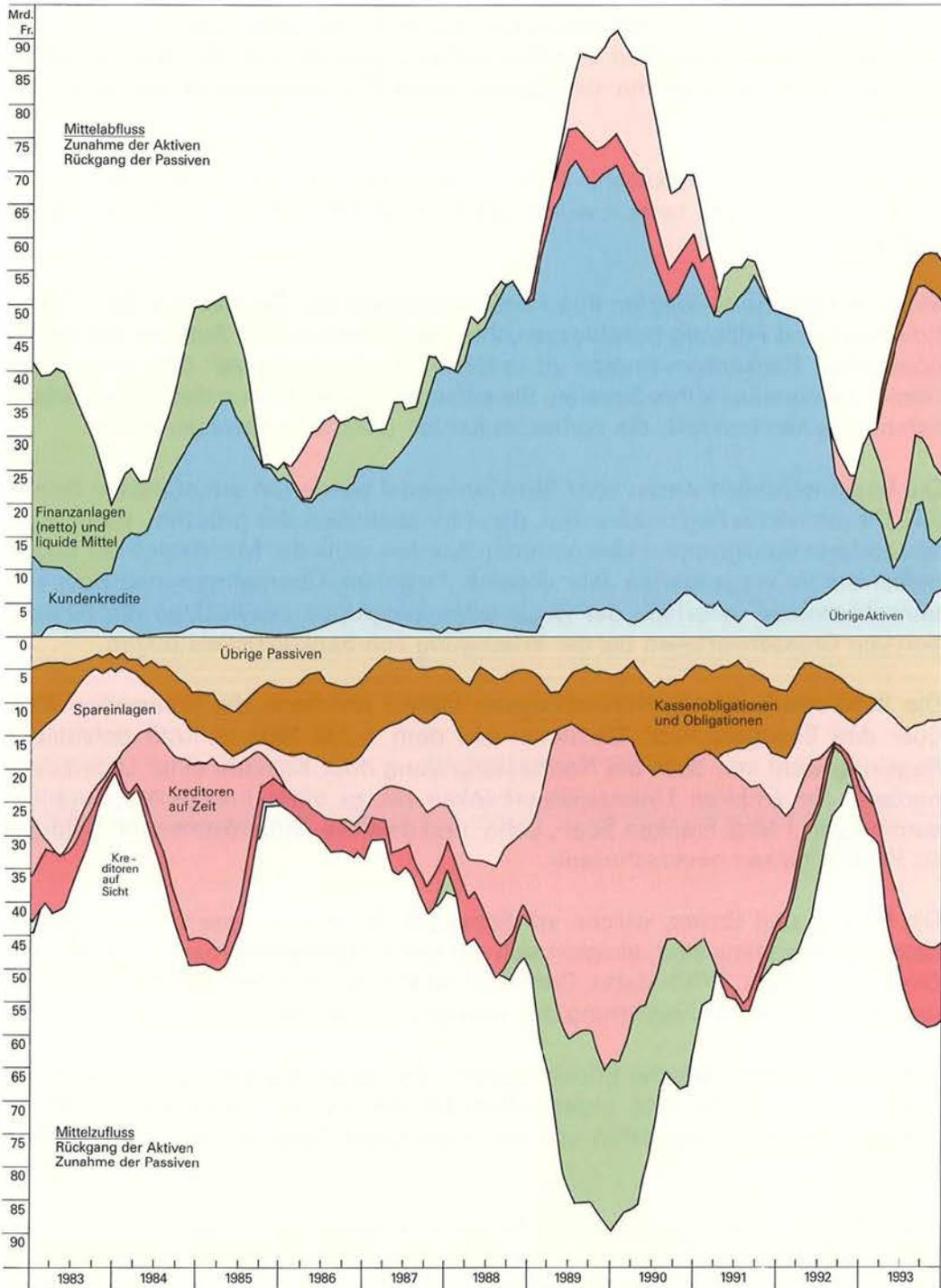
Passiven



- Finanzanlagen und liquide Mittel**
- Kassa, Giro- und Postcheckguthaben
  - Bankendebitoren
  - Wechsel und Goldmarktpapiere
  - Wertschriften
- Kundenkredite**
- Kontokorrent-Debitoren, feste Vorschüsse und Darlehen (alle ohne hypothekarische Deckung) sowie Kredite an öffentlich-rechtliche Körperschaften
  - Hypothekarisch gedeckte Kontokorrent-Debitoren, feste Vorschüsse und Darlehen
  - Hypothekaranlagen
- Übrige Aktiven**

- Bankenkreditoren**
- Kundengelder**
- Kreditoren auf Sicht
  - Kreditoren auf Zeit
  - Spareinlagen, Depositen- und Einlagehefte
  - Kassenobligationen, Obligationenanleihen und Pfandbriefdarlehen
- Übrige Passiven**
- Quartalsdurchschnitte

## Mittelfluss der Banken



Quartalsdurchschnitte: absolute Veränderung gegenüber Vorjahresquartal

## Strukturelle Entwicklungen und Finanzinnovationen

Fortsetzung des Strukturwandels im Schweizer Bankensektor

Der Strukturwandel im schweizerischen Bankensektor setzte sich im Jahre 1993 fort. Als Folge von Fusionen und Übernahmen ging die Zahl der Banken weiter zurück. Ferner verringerten die Banken ihren Personalbestand wie schon im Vorjahr.

Übernahme der Schweizerischen Volksbank

Die Schweizerische Volksbank (SVB) – die Ende 1992 die fünftgrösste Bilanzsumme ausgewiesen hatte – wurde per 17. April 1993 von der CS-Holding übernommen.

Institutionelle Veränderungen bei den Kantonalbanken

Mehrere Kantone revidierten ihre Kantonalbankgesetze. Die Kantone Bern, Genf, Solothurn und Fribourg beschlossen, ihre Staatsinstitute der Aufsicht der Eidgenössischen Bankenkommision zu unterstellen. Am 1. Januar 1994 öffnete die Genfer Kantonalbank ihre Schalter. Sie entstand aus der Fusion der beiden öffentlich-rechtlichen Institute, die vorher im Kanton Genf tätig gewesen waren.

Regionalbanken im Zentrum des Strukturwandels

Die Regionalbanken waren vom Strukturwandel wiederum am stärksten betroffen. Da zahlreiche Regionalbanken, darunter auch zwei der grössten, durch Banken anderer Bankgruppen übernommen wurden, sank der Marktanteil der Regionalbanken im vergangenen Jahr deutlich. Fusionen, Übernahmen und Kooperationsabkommen innerhalb der Regionalbankengruppe bezweckten die Realisation von Grössenvorteilen bei der Erbringung von Bankdienstleistungen.

Revision der Konvention XVIII

Die Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) revidierte die Konvention XVIII über den Einlegerschutz. Die neue, seit dem 1. Juli 1993 in Kraft befindliche Regelung sieht vor, dass bei Nachlassstundung oder Konkurs einer Unterzeichnerbank die anderen Unterzeichnerbanken bis zu einer maximalen Garantiesumme von 1 Mrd. Franken Spar-, Lohn- und gewisse Rentenkonten mit Saldi bis zu 30 000 Franken bevorschussen.

Selbstregulierung im OTC-Markt

Die Banken und Broker, welche am Schweizer Markt für ausserbörslich gehandelte Optionen tätig sind, einigten sich auf einen Standardrahmenvertrag für den Over the Counter (OTC)-Markt. Dieses Regelwerk kommt dem Bedarf nach einer weitgehenden Vereinheitlichung der vertraglichen Beziehungen nach.

Neue Trägerschaft der EBS

Der Verein Schweizerische Effektenbörse nahm seine Tätigkeit auf. Im Zentrum steht der technische und organisatorische Aufbau der Elektronischen Börse Schweiz (EBS), der bis dahin von der Association Tripartite Bourses betrieben wurde.

SOFFEX

Die SOFFEX (Swiss Options and Financial Futures Exchange) beschloss, im Januar 1994 den Handel mit Optionen auf Zinssatz-Futures auf langfristigen Anleihen der Eidgenossenschaft aufzunehmen. Daneben trat eine vereinfachte und die meisten Geschäfte verbilligende Gebührenstruktur in Kraft.

Die SEGA (Schweizerische Effektengiro AG) begann am 4. Oktober 1993 mit der Einführung des neuen elektronischen Systems SECOM (SEGA Communication), das der Verwaltung und buchmässigen Übertragung von Wertschriften im Echtzeitverfahren dient. 1994 ist vorgesehen, SECOM mit SIC zu verbinden und damit die Voraussetzungen für die Realisierung eines strikten «Lieferung-gegen-Zahlung»-Verfahrens zu schaffen. Risiken, die durch das zeitliche Auseinanderfallen von Wertschriften- und Geldübertragung entstehen, sollen dadurch beseitigt werden.

SECOM

### **3. Übrige Notenbankpolitik**

#### **Revision der Kapitalexpport-Bestimmungen der Nationalbank**

Am 1. April 1993 trat das revidierte Bundesgesetz über die Stempelabgaben in Kraft. Der Bundesrat beschloss, von seiner Kompetenz zur Aufhebung der Umsatzabgabe auf Schweizerfranken-Emissionen ausländischer Schuldner Gebrauch zu machen.

Inkrafttreten des revidierten Stempelsteuergesetzes

Um eine Abwanderung des Schweizerfranken-Emissionsgeschäfts auf ausländische Finanzplätze infolge der Belastung durch die Umsatzabgabe zu verhindern, hatte die Nationalbank bis anhin gestützt auf Art. 8 Bankengesetz vorgeschrieben, dass Schweizerfranken-Auslandanleihen nur von inländischen Banken begeben werden durften (Syndizierungsregel). Der Entscheid des Bundesrates ermöglichte es ihr, ähnlich wie andere europäische Länder das Verankerungsprinzip für Schweizerfranken-Emissionen ausländischer Schuldner einzuführen.

Liberalisierung des Schweizerfranken-Emissionsgeschäfts

Seit 1. April 1993 erteilt die Nationalbank deshalb die individuelle Bewilligung für Schweizerfranken-Emissionen ausländischer Schuldner auch dann, wenn nur das federführende Institut des Emissionssyndikats seinen Geschäftssitz im Inland (Schweiz und Liechtenstein) hat. Das federführende Institut muss die für einen Federführer typischen Tätigkeiten im Inland ausüben. Mit dem Verankerungsprinzip stellt die Nationalbank sicher, dass sie weiterhin die notwendigen Informationen über das Schweizerfranken-Emissionsgeschäft erhält.

Revision der Kapital-export-Bestimmungen

#### **Swisslex – Revision des Bankengesetzes**

Nach der Ablehnung des EWR-Beitritts durch die Schweiz am 6. Dezember 1992 beschloss der Bundesrat, einen Teil des mit dem EWR-Beitritt verknüpften Eurolex-Programms unter dem Stichwort «Swisslex» dem Parlament erneut vorzu-

Eurolex teilweise in Swisslex überführt

legen. Dazu gehört auch eine Teilrevision des Bankengesetzes, die der Bundesrat den eidgenössischen Räten mit einer Botschaft vom 24. Februar 1993 unterbreitete. Diese Revision enthält einige Reziprozitätsvorbehalte, welche gegenüber der Eurolex-Vorlage eingebaut wurden. Sie sollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich die Schweiz in den europäischen Binnenfinanzmarkt eingliedern kann.

Ergänzung der Bankengesetzrevision

Bei der Behandlung der Vorlage durch die zuständige ständerätliche Kommission legten die Eidgenössische Bankenkommission (EBK) und die Schweizerische Bankiervereinigung einen gemeinsamen Entwurf für zusätzliche Änderungen des Bankengesetzes in den Bereichen der Aufsicht über die Kantonalbanken sowie der Rechnungslegung der Banken vor. Die ständerätliche Kommission verlangte in der Folge die Durchführung eines Vernehmlassungsverfahrens zu diesen Vorschlägen.

Anliegen der Nationalbank

In ihrer Stellungnahme dazu sprach sich die Nationalbank für die Einführung einer obligatorischen Aufsicht der EBK über die Kantonalbanken aus. Sodann beantragte die Nationalbank Änderungen der notenbankpolitischen Bestimmungen des Bankengesetzes. Sie schlug eine Übertragung der Bestimmungen von Art. 7 ff. Bankengesetz (Bankenstatistische Erhebungen, Bewilligungspflicht für Kapitalexporte) in das Nationalbankgesetz vor; es handelt sich dabei um ein altes Postulat. Ausserdem beantragte sie die Streichung von zwei obsolet gewordenen Interventionsbefugnissen aus dem Bankengesetz, nämlich der Meldepflicht der Banken bei Zinsfusserhöhungen auf Kassenobligationen (Art. 10 Bankengesetz) und der sogenannten Wohlverhaltensklärung als Bewilligungsvoraussetzung für ausländisch beherrschte Banken (Art. 3<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. c Bankengesetz).

Änderungen im Zuständigkeitsbereich der Nationalbank

Die Eidg. Räte folgten dem Vorschlag der Nationalbank zur Übertragung der Art. 7 ff. Bankengesetz in das Nationalbankgesetz zwar nicht, waren aber bereit, die Meldepflicht der Banken bei Zinsfusserhöhungen auf Kassenobligationen sowie die Wohlverhaltensklärung für ausländisch beherrschte Banken aufzuheben. Unbestritten blieben die bereits im Eurolex-Programm eingefügten Änderungen im Zuständigkeitsbereich der Nationalbank. Art. 8 Bankengesetz wird von einer ständig verfügbaren Bewilligungspflicht für Kapitalexportgeschäfte der Banken zu einer Schutzklausel umgestaltet. Danach kann der Bundesrat eine Bewilligungspflicht einführen, wenn kurzfristige, aussergewöhnliche Kapitalabflüsse die schweizerische Geld- und Währungspolitik ernstlich gefährden. Um das Verankerungsprinzip für Schweizerfranken-Emissionsgeschäfte beibehalten zu können, wird in Art. 7 Abs. 5 Bankengesetz eine explizite Rechtsgrundlage geschaffen, damit die Nationalbank die Meldepflicht für solche Geschäfte im Inland verankern kann.

## Schaffung einer konkursrechtlichen Grundlage für das Netting

Die Eidg. Räte behandelten im Jahre 1993 die Vorlage zur Revision des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG). Nach geltendem Recht werden Forderungen an den Gemeinschuldner grundsätzlich in bloss dividendenmässig zu erfüllende Konkursforderungen umgewandelt. Der Art. 211 Abs. 2 des SchKG gibt der Konkursverwaltung indessen das Recht, vom Gemeinschuldner abgeschlossene zweiseitige Verträge, die im Zeitpunkt der Konkursöffnung noch nicht erfüllt sind, in natura zu erfüllen. Dieses «Eintrittsrecht» ermöglicht der Konkursverwaltung beispielsweise bei offenen Devisengeschäften, die Wechselkursentwicklung abzuwarten und nur die für sie gewinnbringenden Verträge zu erfüllen, die übrigen aber konkursmässig abzuwickeln (sog. Cherry Picking).

Problem des  
«Cherry Picking»

Die von den Banken geschlossenen Nettingvereinbarungen enthalten in der Regel eine Verrechnungserklärung auf den Konkursfall hin und schliessen damit das Wahlrecht der Konkursverwaltung aus (sog. Close Out). Ein von der Schweizerischen Bankiervereinigung in die vorberatende Kommission des Ständerates eingebrachter, von einer Expertengruppe unter der Leitung der Nationalbank im Juli 1993 überarbeiteter Vorschlag bezweckt, dafür eine eindeutige Rechtsgrundlage zu schaffen. Mit einer Änderung von Art. 211 SchKG soll eine Klärung und Beschränkung des Eintrittsrechts der Konkursverwaltung bewirkt werden. Für Fixgeschäfte, Finanztermin-, Swap- und Optionsgeschäfte, deren Gegenstand einen Marktpreis aufweist, wird das Eintrittsrecht ausgeschlossen. Die im Finanzsektor zunehmend Verbreitung findenden Abmachungen über die Liquidierung von Verträgen im Konkursfall erhalten so eine klare Rechtsgrundlage. Damit wird die Rechtssicherheit für Nettingvereinbarungen erhöht, was den Finanzplatz Schweiz attraktiver machen dürfte.

Ausschluss des  
Eintrittsrechts der  
Konkursverwaltung

Der Ständerat stimmte dem Gesetzesprojekt auf Antrag der vorberatenden Kommission zu. Die Vorlage muss im Differenzbereinigungsverfahren noch vom Nationalrat gebilligt werden. Die vorberatende Kommission des Nationalrates entschied, auf den Vorschlag des Ständerates einzutreten. Die Schlussabstimmung dürfte im Laufe des Jahres 1994 erfolgen.

Gute Aufnahme  
im Parlament

## Mitwirkung der Nationalbank an Internationalen Währungsmaßnahmen und technische Hilfe

Gestützt auf den Bundesbeschluss über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmaßnahmen hatte sich die Schweiz im Jahre 1991 im Rahmen einer multilateralen Aktion verpflichtet, Bulgarien einen mittelfristigen Zahlungsbilanzkredit in Höhe von 32 Mio. Dollar zu gewähren. Im April wurde dieser ausbezahlt, nachdem das bulgarische Parlament im Februar 1993 das entsprechende Abkommen ratifiziert hatte. Der Kredit hat eine Laufzeit von 7 Jahren, wird von der Nationalbank finanziert und ist mit einer Garantie des Bundes versehen.

Währungshilfekredit  
an Bulgarien

Gestützt auf den Bundesbeschluss über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen gewährte die Schweiz Rumänien im Oktober einen mittelfristigen Zahlungsbilanzkredit von 7,2 Mio. Dollar. Die Kreditgewährung erfolgte im Rahmen einer multilateralen Aktion. Der Kredit hat eine Laufzeit von 7 Jahren, wird von der Nationalbank finanziert und ist mit einer Garantie des Bundes versehen.

### Mitwirkung der Nationalbank an Kreditzusagen und deren Beanspruchung Ende 1993

	Ursprüngliche Zusagen	Ausstehende Kredite		Offene Zusagen
		Ende 1992	Ende 1993	Ende 1993
<b>1. Swap-Vereinbarungen</b>				
Federal Reserve Bank of New York	4 Mrd. \$	—	—	4 Mrd. \$
Bank of Japan	200 Mrd. Yen	—	—	200 Mrd. Yen
Bank von Finnland	200 Mio. SFr.	—	—	200 Mio. SFr.
BIZ	600 Mio. \$	—	—	600 Mio. \$
<b>2. Multilaterale Kredite</b>				
Allgemeine Kreditvereinbarungen (AKV)	1 020 Mio. SZR	—	—	1 020 Mio. SZR
<b>3. Bilaterale Kredite<sup>1</sup></b>				
Ungarn	30 Mio. \$	30 Mio. \$	30 Mio. \$	—
Tschechoslowakei	40 Mio. \$	40 Mio. \$	— <sup>2</sup>	—
Tschechien	—	—	27 Mio. \$	—
Slowakei	—	—	13 Mio. \$	—
Rumänien	40 Mio. \$	40 Mio. \$	40 Mio. \$	—
Rumänien	7 Mio. \$	—	7 Mio. \$	—
Bulgarien	32 Mio. \$	—	32 Mio. \$	—

<sup>1</sup> Mit Bundesgarantie

<sup>2</sup> Am 1. 1. 1993 wurde der Kredit auf Tschechien und die Slowakei aufgeteilt.

Im ersten Mitgliedschaftsjahr der Schweiz bei den Bretton Woods Institutionen setzte sich die Nationalbank mit verschiedenen geld- und währungspolitischen Geschäften des Internationalen Währungsfonds (IWF) auseinander. Sie beteiligte sich ferner aktiv an der technischen Hilfe der Bretton Woods Institutionen. Den Schwerpunkt legte sie auf die Unterstützung der Zentralbanken der schweizerischen IWF-Stimmrechtsgruppe. Insbesondere beriet sie die kirgisische Zentralbank beim Aufbau des Devisenbereichs und verstärkte die Kontakte zur polnischen Zentralbank. Sodann wirkte sie im Rahmen von Weltbankprojekten an der Verbesserung des Zahlungsverkehrs in der Volksrepublik China und an der Reorganisation der Notenbank von Madagaskar mit.

# D. Die Geschäftstätigkeit der Nationalbank

## 1. Devisen-, Geldmarkt- und Kapitalmarktgeschäfte

### Devisengeschäfte

Die Devisengeschäfte der Nationalbank dienen hauptsächlich der Umsetzung der Geldpolitik. Die Devisenswaps standen auch 1993 im Vordergrund. Devisenmarktinterventionen wurden dagegen keine getätigt. Die Transaktionen mit dem IWF beziehen sich auf das erste volle Mitgliedschaftsjahr der Schweiz bei den Bretton Woods Institutionen. Kommerzielle Devisengeschäfte wurden mit dem Bund und mit ausländischen Institutionen abgeschlossen. Die Devisenreserven wurden überwiegend in amerikanischen Staatspapieren angelegt.

Übersicht

#### Devisenhandel

Dollar/Franken-Swaps sind das Hauptinstrument zur Steuerung der Notenbankgeldmenge. Sie wurden zu Marktbedingungen abgeschlossen, d.h. der angewandte Terminkurs reflektierte die Zinsdifferenz von vergleichbaren Franken- und Dollardepots im Eurogeldmarkt. Die Laufzeit der Swaps lag zwischen wenigen Tagen und sechs Monaten. Der Swapbestand stieg um 3,2 Mrd. auf 15,8 Mrd. Franken im Jahresdurchschnitt. Dieser Anstieg ergab sich einerseits aus dem Wachstum der Notenbankgeldmenge und andererseits daraus, dass die Nationalbank darauf verzichtete, die höheren Festgeldanlagen des Bundes am schweizerischen Geldmarkt weiterzuplazieren.

Devisenswaps

#### Dollar/Franken-Swaps

in Mio. Franken, Jahresmittel	1992	1993	Veränderung
Mit Laufzeit von:			
bis 1 Woche	133,9	73,8	– 60,1
über 1 Woche bis 1 Monat	2 159,3	2 765,0	+ 605,7
über 1 Monat bis 2 Monate	3 628,9	3 097,6	– 531,3
über 2 Monate bis 3 Monate	5 120,0	7 865,1	+ 2 745,1
über 3 Monate bis 6 Monate	1 505,0	1 971,9	+ 466,9
über 6 Monate bis 12 Monate	—	—	—
Total	12 547,1	15 773,4	+ 3 226,3

Auf Grund einer bilateralen Vereinbarung mit dem IWF (two-way-arrangement) ist die Nationalbank verpflichtet, ihre Sonderziehungsrechte (SZR) zu verkaufen oder bis zu einem Bestand von 200 Mio. SZR zu kaufen, beides jeweils gegen Devisen. Die Geschäfte werden auf Anfrage und durch Vermittlung des IWF mit Notenbanken anderer Mitgliedsländer durchgeführt. Im Jahre 1993 kaufte die Nationalbank

Geschäfte unter dem «Two-way-arrangement» mit dem IWF

insgesamt 376 Mio. SZR und verkaufte gesamthaft 296 Mio. SZR, beides gegen US-Dollar. Der resultierende Dollarabfluss wurde durch entsprechende Käufe kompensiert.

Verwendung des Frankenguthabens des IWF bei der Nationalbank

Als Folge der starken Zahlungsbilanz- und Reserveposition der Schweiz zog der IWF auf seinem Frankensichtguthaben bei der Nationalbank, um Mitgliedländern, welche sich in Zahlungsbilanzschwierigkeiten befanden, Mittel zur Verfügung zu stellen. Umgekehrt flossen dem IWF aus Zahlungen dieser Länder Frankenguthaben zu. Im Berichtsjahr beanspruchte der IWF sein Frankenguthaben bei der Nationalbank netto um den Gegenwert von 23,9 Mio. SZR, wodurch sich die Reserveposition der Schweiz entsprechend erhöhte. Abflüssen im Gegenwert von 90,8 Mio. SZR standen Zuflüsse von 66,9 Mio. SZR gegenüber. Der überwiegende Teil der Zu- und Abflüsse erfolgte gegen Dollars. Der resultierende Dollarabfluss wurde zurückgedeckt.

Kommerzielle Geschäfte

Bei den kommerziellen Transaktionen dominierten die für Auslandzahlungen bestimmten Devisenverkäufe an den Bund. Geschäfte mit internationalen Organisationen und mit andern Notenbanken führten insgesamt zu einem leichten Devisenzufluss. Der Netto-Devisenabfluss aus kommerziellen Transaktionen wurde zurückgedeckt.

#### Veränderung des Devisenbestandes (ohne Swaps und Erträge)

in Mio. Franken, Näherungswerte	1992	1993
Interventionen	-1 577	—
IWF-Transaktionen	-1 193	- 315
Kommerzielle Transaktionen mit:		
Notenbanken	+ 167	+ 176
internationalen Organisationen	- 31	- 94
dem Bund	-3094	-3809
Rückdeckungen	+3614	+4358
Total	-2114	+ 316

## Devisenanlagen

Die Devisenreserven der Nationalbank werden nach den Kriterien Sicherheit, Liquidität und Ertrag angelegt. Sie wurden überwiegend in den USA investiert, und zwar hauptsächlich in amerikanischen Schatzwechseln. Am Jahresende betrug der Dollaranteil an den Devisenreserven 88%. Die Dollars stammten zu 43% aus Swapoperationen und waren somit kursgesichert. Die übrigen Devisenreserven bestanden vorwiegend aus D-Mark und Yen. Die Emission von handelbaren Schatzanweisungen der Bundesrepublik Deutschland (Bundesbank-Liquiditäts-U-Schätze) ermöglichte die Ausweitung des Bestandes an deutschen Staatstiteln.

Hauptwährungen

### Devisenanlagen

in Mio. Franken, Jahresende	1992	1993	Veränderung
<b>US-Dollars</b>			
— Staatspapiere	32 675,2	30 341,3	− 2 333,9
— Forderungen gegenüber Währungsinstitutionen	6 598,5	8 437,0	+ 1 838,5
— Übriger Geldmarkt	<u>1 913,6</u>	<u>2 763,1</u>	+ 849,5
	<u>41 187,3</u>	<u>41 541,4</u>	+ 354,1
davon kursgesichert	<u>19 653,0</u>	<u>17 988,3</u>	− 1 664,7
<b>D-Mark</b>			
— Staatspapiere	1 699,1	3 072,1	+ 1 373,0
— Forderungen gegenüber Währungsinstitutionen	1 231,6	85,3	− 1 146,3
— Übriger Geldmarkt	<u>1,0</u>	<u>254,3</u>	+ 253,3
	<u>2 931,7</u>	<u>3 411,7</u>	+ 480,0
<b>Yen</b>			
— Staatspapiere	1 466,2	1 909,9	+ 443,7
— Forderungen gegenüber Währungsinstitutionen	24,0	23,5	− 0,5
— Übriger Geldmarkt	<u>228,8</u>	<u>133,5</u>	− 95,3
	<u>1 719,0</u>	<u>2 066,9</u>	+ 347,9
<b>Diverse</b>	19,7	11,1	− 8,6
<b>Total</b>	<u>45 857,7</u>	<u>47 031,1</u>	+ 1 173,4

### Reserveposition beim IWF

Die Reserveposition beim IWF entspricht der Differenz zwischen der schweizerischen Quote von 2 470,4 Mio. SZR und dem auf Schweizerfranken lautenden

Sichtguthaben des IWF bei der Nationalbank. Die Nationalbank kann die Reserveposition jederzeit ohne Begründung zu Zahlungsbilanzzwecken beanspruchen. Am Jahresende setzte sich die Reserveposition von insgesamt 604,7 Mio. (Ende 1992: 580,8 Mio.) SZR wie folgt zusammen:

#### Reserveposition beim IWF

in Mio. Franken, Jahresende	1992	1993	Veränderung
Quote der Schweiz beim IWF	4 858,4	4 990,2	+ 131,8
./.. SFr.-Sichtguthaben des IWF bei der SNB	3 714,0	3 768,6	+ 54,6
Reserveposition beim IWF	1 144,4	1 221,6	+ 77,2

#### *Internationale Zahlungsmittel*

Zu den internationalen Zahlungsmitteln zählen das Sonderziehungsrecht (SZR) sowie der offizielle ECU. Der Anstieg des Bestands an SZR stammt zur Hauptsache vom Nettozufluss aus Geschäften unter dem «two-way-arrangement» mit dem IWF.

#### Internationale Zahlungsmittel

in Mio. Franken, Jahresende	1992	1993	Veränderung
SZR	23,1	227,9	+204,8
ECU	111,8	104,8	- 7,0
Total	134,9	332,7	+197,8

#### *Währungskredite*

Im April gelangte ein mittelfristiger Zahlungsbilanzkredit an Bulgarien von 32 Mio. Dollar zur Auszahlung. Der bestehende Währungskredit an Rumänien von 40 Mio. Dollar wurde im Herbst um einen weiteren Kredit von 7,2 Mio. Dollar ergänzt. An weiteren bilateralen Krediten waren per Ende 1993 je eine Tranche an Ungarn sowie an Tschechien und die Slowakei ausstehend.

#### Währungskredite

in Mio. Franken, Jahresende	1992	1993	Veränderung
Länderkredite	156,4	218,4	+62,0

## Bewertung

Die Positionen Devisenanlagen, Reserveposition beim IWF, internationale Zahlungsmittel und Währungskredite wurden zum Einstandspreis in fremder Währung bewertet. Die Umrechnung in Franken erfolgt für alle nicht kursgesicherten Auslandforderungen zum durchschnittlichen Wechselkurs des Monats Dezember. Dies ergab 1993 Mittelkurse von 1,4640 (1992: 1,4220) Franken für den US-Dollar, 85,6000 (1992: 89,8000) Franken für die D-Mark und 1,3300 (1992: 1,1400) Franken für den Yen. Forderungen aus Devisenswaps wurden, da sie kursgesichert sind, zum Kassakurs bilanziert. Die Nationalbank erzielte auf ihren Devisenreserven einen Buchgewinn von insgesamt 764 Mio. Franken, der vorwiegend auf den Kursanstieg des Dollars zurückzuführen war.

## Geldmarktgeschafte

Die Geldmarktgeschafte kommen vor allem bei der kurzfristigen Liquiditätssteuerung zum Zuge. Die Offenmarktgeschäfte mit Geldmarkt-Buchforderungen der Eidgenossenschaft gewannen an Bedeutung. Das Instrument der Weiterplazierung von Bundesgeldern wurde dagegen nur noch vereinzelt eingesetzt. Die Diskontgeschafte mit Pflichtlagerwechseln wurden eingestellt. Lombardkredite wurden im bisherigen Rahmen beansprucht.

Übersicht

Die Offenmarktgeschäfte mit Geldmarkt-Buchforderungen der Eidgenossenschaft, die die Nationalbank im September 1992 eingeführt hatte, entwickelten sich zu einem vielseitigen Instrument der kurzfristigen Liquiditätssteuerung. Sie ergänzen den Devisenswap als Hauptinstrument. Die Nationalbank führte dem Markt vorübergehend Liquidität zu, indem sie Buchforderungen kaufte und diese gleichzeitig auf einen späteren Termin wieder verkaufte (Liquiditatsswap). Vereinzelt entzog die Nationalbank dem Markt befristet Liquidität, indem sie Buchforderungen verkaufte und diese gleichzeitig auf einen späteren Termin wieder kaufte (Abschopfungsswaps). Daneben wurden Käufe getätigt, um den Eigenbestand an Buchforderungen zu ergänzen. Die Geschäftsabschlüsse erfolgten zu Marktbedingungen. Die Laufzeit der Swaps lag zwischen einem und sieben Tagen. Im Jahresdurchschnitt hielt die Nationalbank Buchforderungen von 1108,9 Mio. Franken, wovon 666,9 Mio. Franken aus Swaps und der Rest (442,0 Mio. Franken) aus Käufen stammten.

Offenmarktgeschäfte in Geldmarkt-Buchforderungen der Eidgenossenschaft

Die Nationalbank kann die Festgeldanlagen des Bundes nach geldpolitischen Kriterien am Markt weiterplazieren. Sie machte im Berichtsjahr, trotz deutlich höherer Festgeldanlagen, nur noch sporadisch von der Weiterplazierungsmoglichkeit Gebrauch, da sie mit den Offenmarktgeschäften in Geldmarkt-Buchforderungen über ein flexibleres Instrument verfügte. Im Jahresmittel wurden 241 Mio. (1992: 251 Mio.) Franken weiterplaziert. Die Gelder wurden für einen Tag bis zwei Monate auf Rechnung und Risiko des Bundes bei Banken im Inland angelegt.

Weiterplazierung von Bundesgeldern

Rückzug aus der Mitfinanzierung der Pflichtlagerwechsel

Die Nationalbank hatte schon ab April 1986 Diskontgeschäfte nur noch mit Pflichtlagerwechseln durchgeführt. Auf Anfang 1993 zog sie sich auch aus der Pflichtlagerfinanzierung, an der sie sich seit 1948 beteiligt hatte, zurück und rediskontierte keine Wechsel mehr. Der Wechselbestand sank daher bis Ende März 1993 auf Null, nachdem er am 31. Dezember 1992 noch 353,4 Mio. Franken betragen hatte. Damit verlor der Diskontkredit seine frühere Bedeutung. Die Pflichtlagerwechsel bleiben grundsätzlich rediskontierbar.

Rolle des Diskontkredits

Die Nationalbank ist nicht zur Gewährung von Diskontkrediten verpflichtet. Nach dem Rückzug aus der Pflichtlagerfinanzierung behält sie sich die Durchführung von Diskontgeschäften für Sondersituationen vor.

Änderung bei den Lombardlimiten

Im Jahre 1989 hatte die Nationalbank das System des flexiblen Lombardsatzes eingeführt; der Lombardsatz wird täglich zwei Prozentpunkte über dem Marktsatz für Tagesgeld fixiert. Seither beanspruchen die Banken den Lombardkredit, so wie es seinem Zweck entspricht, nur noch zur kurzfristigen Überbrückung unvorhergesehener Liquiditätsengpässe. Die Nationalbank beschloss daher, auf den 1. April 1993 die Praxis bei der Festlegung der Lombardkreditlimiten zu liberalisieren: Die Kreditlimiten werden grundsätzlich gemäss den Anträgen der Banken festgelegt. Gleichzeitig wurden die Bestimmungen über die Wertschriften, welche die Banken zur Deckung ihrer Kreditlimite hinterlegen müssen, marktgerecht und transparent ausgestaltet. Als Folge dieser Änderungen stiegen die Lombardlimiten der Banken bis Ende 1993 um 1,2 Mrd. Franken auf insgesamt 5,9 Mrd. Franken.

Benützung des Lombardkredits

Im Jahresdurchschnitt waren 28,4 Mio. (1992: 24,6 Mio.) Franken Lombardkredite ausstehend. Die durchschnittliche Ausnützung der Kreditlimiten lag bei 0,52%. Der Ausnützungsgrad sank ab April 1993 proportional zur Ausweitung der Kreditlimiten.

Bewertung

Die Festgeldanlagen des Bundes und die Lombardkredite sind zum Nominalwert, die Geldmarkt-Buchforderungen zum Einstandspreis bilanziert.

## **Kapitalmarktgeschäfte**

Wertschriftenkäufe

Die Nationalbank erwarb 1993 Wertschriften im Nominalwert von gesamthaft 737 Mio. (1992: 529 Mio.) Franken. Rund 74% der Käufe entfielen auf Obligationen der öffentlichen Hand (Bund, Kantone und Gemeinden), der Rest auf Obligationen von Banken und Pfandbriefanstalten. Rückzahlungen reduzierten den Wertschriftenbestand um nominal 734 Mio. (1992: 391 Mio.) Franken. Die Käufe wurden gleichmässig auf das Jahr verteilt. Die Nationalbank verkaufte keine Obligationen.

Die Bundestitel sind mit 80%, die übrigen mit 70% ihres Nominalwerts bilanziert. Liegt der Anschaffungspreis oder Kurswert im Einzelfall tiefer, wird zu diesem Wert bilanziert. Wertschriften mit einer Restlaufzeit bis zu zwei Jahren werden in die Deckung des Notenumlaufs einbezogen.

Bewertung

## Wertschriftenbestand

Nominalwert am Jahresende in Mio. Franken	Total 1992	wovon deckungsfähige	Total 1993	wovon deckungsfähige
Eidgenossenschaft	855,7	196,8	811,9	165,6
Kantone	910,1	346,6	1 091,2	257,2
Gemeinden	537,5	249,5	479,9	143,5
Banken	905,1	208,5	895,4	234,9
Pfandbriefinstitute	921,2	194,6	853,8	294,3
	<u>4 129,6</u>	<u>1 196,0</u>	<u>4 132,2</u>	<u>1 095,5</u>

## 2. Zahlungsverkehr

Im Rahmen ihres Auftrags, den Zahlungsverkehr zu erleichtern, gibt die Nationalbank Banknoten aus und besorgt für den Bund die Verteilung der Münzen. Zudem nimmt sie zentrale Aufgaben im bargeldlosen Zahlungsverkehr wahr (Nationalbankgiro und Interbank-Zahlungsverkehr).

Beitrag der  
Nationalbank

### Noten- und Münzumlauf

Die Notenausgabe und die Münzverteilung erfolgten über die Sitze Bern und Zürich, die acht Zweiganstalten und die zwanzig Agenturen der Nationalbank. Hinzu kamen 798 Geschäftsstellen von Banken, die als Korrespondenten der Nationalbank den lokalen Geldausgleichsverkehr mit den PTT- und SBB-Stellen besorgten.

Organisation der  
Bargeldversorgung

#### Noten

Der Notenumlauf stieg gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich 0,4 Mrd. Franken oder 1,5% auf 26,9 Mrd. Franken. Einem leichten Rückgang bei den 500-Franken-Abschnitten standen Zunahmen bei den übrigen Abschnitten gegenüber.

Entwicklung

Im Jahresdurchschnitt betrug die Deckung des Notenumlaufs unter Einrechnung sämtlicher deckungsfähiger Aktiven 217,7% (1992: 194,4%). Die Notendeckung

Deckung des  
Notenumlaufs

durch Gold allein sank infolge des höheren Notenumlaufs auf durchschnittlich 44,3% (1992: 45,0%). Das Gold wurde zum gesetzlich festgelegten Kurs von 4 595,74 Franken pro Kilogramm bewertet.

Notenherstellung und  
-vernichtung

Im Jahre 1993 nahm die Nationalbank rund 65,9 Mio. druckfrische Banknoten im Nominalwert von 31,9 Mrd. Franken in ihre Bestände auf. Andererseits wurden 84,8 Mio. beschädigte oder zurückgerufene Noten im Gegenwert von 6,8 Mrd. Franken vernichtet.

Zurückgerufene Noten

Von den im Jahre 1980 zurückgerufenen Noten früherer Emissionen – sie sind bis zum 30. April 2000 bei der Nationalbank einlösbar – waren per Ende Jahr noch Abschnitte im Werte von gesamthaft 325,6 Mio. (1992: 338,6 Mio.) Franken ausstehend.

### Notenumlauf nach Abschnitten

Jahresmittel der Ausweiswerte

Abschnitte zu Franken	1000	500	100	50	20	10	5	Total
in Mio. Franken								
1992	11 744,7	3 554,4	8 364,3	1 329,9	975,2	560,2	9,0	26 537,7
1993	12 068,3	3 523,1	8 390,2	1 361,7	1 000,6	572,5	9,0	26 925,4
in %								
1992	44,26	13,39	31,52	5,01	3,68	2,11	0,03	100
1993	44,82	13,08	31,16	5,06	3,72	2,13	0,03	100

### Deckung des Notenumlaufs

in Mio. Franken, Jahresmittel

Gold								11 903,9
Übrige deckungsfähige Aktiven								
Devisenanlagen					43 194,4			
Reserveposition beim IWF					1 154,3			
Internationale Zahlungsmittel					259,8			
Inlandportefeuille					1 148,2			
Lombardvorschüsse					28,4			
Deckungsfähige Wertschriften					818,9			46 604,0
Gesamte Notendeckung								58 507,9
Notenumlauf								26 879,3

## Münzen

Die Eidg. Münzstätte lieferte der Nationalbank 1993 143,4 Mio. Münzen im Nominalwert von 81,1 Mio. Franken. Neben den erforderlichen Scheidemünzen brachte die Nationalbank im Auftrag und für Rechnung des Bundes 289 990 Gedenkmünzen 1993 «Paracelsus» in Silber und im Nominalwert von Fr. 20.– sowie 27 750 Münzsätze 1992 in Verkehr. Der Münzumlauf blieb im Jahresdurchschnitt mit 2,0 Mrd. Franken gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Neue Münzen

## Bargeldloser Zahlungsverkehr

Der überwiegende Teil des bargeldlosen Zahlungsverkehrs wird über das Überweisungssystem der Nationalbank (Nationalbankgiro), das «Swiss Interbank Clearing» (SIC), die verschiedenen Interbank-Dienstleistungen und das Postchecksystem abgewickelt. Bank- und Postzahlungsverkehr sind über Nationalbankkonten miteinander verbunden.

Übersicht

Die Nationalbank führt Girorechnungen für Banken, für öffentliche Körperschaften, für ausländische Noten- und Geschäftsbanken sowie internationale Organisationen. Im Jahre 1993 machten verschiedene Banken – insbesondere die Grossbanken – von der Möglichkeit Gebrauch, ihre Kontobeziehungen mit der Nationalbank durch eine Reduktion der Zahl der Girokonten zu straffen. Diese Rationalisierung sowie der Strukturwandel im Bankensektor bewirkten, dass die Zahl der Girokonten bis Ende 1993 auf 776 (1992: 940) zurückging; davon waren 151 (1992: 147) ausländische Adressen.

Nationalbankgiro

Ende 1993 waren 163 Bankinstitute (1992: 162) an das elektronische Zahlungsverkehrssystem SIC angeschlossen. Im Berichtsjahr wurden über das SIC 67 Mio. (1992: 64 Mio.) Zahlungen im Gesamtbetrag von rund 34 Bio. (1992: 33 Bio.) Franken ausgeführt.

SIC

Interbank-Dienstleistungen wie der «Datenträgeraustausch», das «Check Clearing» und die Abrechnung der Wertschriftentransaktionen, die von verschiedenen Gemeinschaftsunternehmen der Banken angeboten werden, ergänzen das Nationalbankgiro und das SIC. Die Forderungen, die bei der Abwicklung dieser Interbank-Zahlungen entstehen, werden über die Girokonten der Teilnehmer bei der Nationalbank beglichen.

Dienstleistungen im  
Bankenclearing

## 3. Dienstleistungen für den Bund

Die Dienstleistungen der Nationalbank für den Bund umfassen im wesentlichen die Zahlungsabwicklung sowie die Mittelaufnahme und -anlage.

## **Bundeskonto und Bundesanlagen**

Zahlungsverkehr des Bundes

Die Nationalbank nimmt für Rechnung des Bundes Zahlungen entgegen und führt in dessen Auftrag und bis zur Höhe des Bundesguthabens Zahlungen an Dritte – darunter auch Auslandszahlungen – aus.

Anlage kurzfristiger Bundesmittel

Die Konten des Bundes bei der Nationalbank dienen in erster Linie dem Zahlungsverkehr. Sie kommen jedoch auch anlagepolitischen Bedürfnissen entgegen. Die Sichtguthaben des Bundes werden bis zum Betrag von 500 Mio. Franken zum Tagesgeldsatz verzinst. Daneben kann der Bund seine liquiden Mittel bei der Nationalbank als Festgelder bis zu zwei Jahren Laufzeit zu marktüblichen Zinsen plazieren. Die Nationalbank ihrerseits ist frei, diese Mittel auf Risiko des Bundes im Markt weiterzuplazieren. Im Jahresdurchschnitt hielt der Bund bei der Nationalbank Sichtguthaben von 224 Mio. (1992: 201 Mio.) Franken und Festgeldanlagen von 5 509 Mio. (1992: 1 026 Mio.) Franken.

## **Mitwirkung der Nationalbank bei der Mittelaufnahme des Bundes**

Übersicht

Die Nationalbank ist dem Bund bei der Mittelbeschaffung im Geld- und Kapitalmarkt behilflich. Im Auftrag und für Rechnung des Bundes emittierte sie öffentliche Anleihen und Geldmarkt-Buchforderungen, plazierte Schatzanweisungen und nahm Geldmarktkredite auf. Infolge des anhaltend hohen Mittelbedarfs des Bundes stiegen die Emissionsbeträge der Anleihen und Geldmarkt-Buchforderungen wiederum erheblich an.

Bundesanleihen

Der Bund legte 1993 erstmals für das ganze Jahr im voraus einen Emissionskalender fest. An elf Emissionsterminen in den Monaten Januar bis November führte er – wiederum im Preistender-Verfahren – 16 Emissionen im Gesamtbetrag von 9 443 Mio. (1992: 10 Emissionen und 6 209 Mio.) Franken durch. Davon waren 7 neue Anleihen über gesamthaft 5 167 Mio. Franken und 9 Aufstockungen bestehender Anleihen im Betrag von insgesamt 4 276 Mio. Franken. Zudem reservierte sich der Bund erstmals Eigenanleihen. Bei 4 Emissionen übernahm er zum jeweiligen Tenderpreis je eine Tranche von 200 Mio. Franken, von denen er eine bis Ende Jahr vollständig am Markt plazierte. Zur Rückzahlung gelangten 6 Anleihen im Betrag von insgesamt 1 604 Mio. (1992: 3 Anleihen und 951 Mio.) Franken.

Geldmarkt-Buchforderungen

Wie im Vorjahr wurden in regelmässigen Abständen insgesamt 24 Serien von Geldmarkt-Buchforderungen, wiederum im Preistender-Verfahren, emittiert. Bei den 20 Serien dreimonatiger Buchforderungen wurden zwischen 631 Mio. und 1 885 Mio. Franken, im Durchschnitt 1 466 Mio. Franken, zugeteilt. Bei den vier Ausgaben sechsmonatiger Buchforderungen betrug die Zuteilung zwischen 1 068 Mio. und 1 618 Mio. Franken, im Durchschnitt 1 304 Mio. Franken. Im Jahresdurchschnitt waren Buchforderungen in der Höhe von 9 380 Mio. (1992: 3 811 Mio.) Franken ausstehend. Ab Januar 1993 nahm die Nationalbank nur noch die An-

gebote von Zeichnern, die Inhaber eines Nationalbank-Kontos sind, direkt entgegen. Anfang 1994 wurde der Emissionsrhythmus von vierzehn Tagen auf eine Woche umgestellt. Zudem wurde das bisherige Laufzeitenspektrum um einjährige Buchforderungen ergänzt.

15 Emissionen von Schatzanweisungen mit Laufzeiten von 3, 6, 12 und 24 Monaten wurden bei Banken plaziert. Überdies erfolgten 3 Spezialemissionen für liechtensteinische Banken mit Laufzeiten von 3, 4, 5 und 7 Jahren. Im Jahresdurchschnitt belief sich der Betrag an ausstehenden Schatzanweisungen auf 407 Mio. (1992: 256 Mio.) Franken.

Schatzanweisungen

Der Bund deckte seinen kurzfristigen Liquiditätsbedarf mit tageweisen Geldmarktkrediten von Geschäftsbanken. Sie lagen mit 0,1 Mrd. Franken im Jahresdurchschnitt deutlich unter dem Vorjahreswert (2,4 Mrd. Franken), da sich der Bund vermehrt über Geldmarkt-Buchforderungen refinanzierte. Den Lombardkredit der Nationalbank beanspruchte der Bund einmal mit 27 Mio. Franken.

Tageweise  
Verschuldung

## Übrige Dienstleistungen für den Bund

Die Nationalbank besorgte unentgeltlich die Aufbewahrung und Verwaltung der ihr vom Bund und seinen Betrieben übergebenen Wertschriften und Wertgegenstände.

Wertschriften-  
verwaltung

Die Nationalbank führte ausserdem das Eidgenössische Schuldbuch, in das Forderungen aus der Geldaufnahme oder der Schuldübernahme für Rechnung des Bundes eingetragen werden können. Im Berichtsjahr ergaben sich folgende Bewegungen:

Eidgenössisches  
Schuldbuch

### Eintragungen im Eidgenössischen Schuldbuch

in Mio. Franken

Bestand Ende 1992	1 254,0
Zunahme im Jahre 1993:	
Zeichnungen aus Neuemissionen	+ 50,5
Umwandlungen von Schuldverschreibungen in Schuldbuchforderungen	+ 7,5
Abgänge im Jahre 1993:	
Rückzahlungen	- 120,9
Bestand Ende 1993	1 191,1

Akkreditive

Als weitere Dienstleistung für den Bund übernahm die Nationalbank wie bisher die Abwicklung der Dokumentarakkreditive. Hauptsächlich wickelte die Nationalbank Exportakkreditive ab, die im Zusammenhang mit Entwicklungshilfeleistungen des Bundes an Drittweltländer stehen.

#### 4. Ermittlung und Ausschüttung des Gewinns der Nationalbank

Gewinnverteilung in Verfassung und Gesetz geregelt

Die Verteilung der Gewinne der Nationalbank ist in Bundesverfassung und Nationalbankgesetz umfassend geregelt. Der Gewinn, der nach Dotierung des Reservefonds und Auszahlung der Dividende an die Aktionäre übrig bleibt, wird zweistufig verteilt.

Zunächst erhalten die Kantone eine Entschädigung von 80 Rappen je Kopf der Bevölkerung. Ein alsdann verbleibender Überschuss fällt zu einem Drittel dem Bund und zu zwei Dritteln den Kantonen zu. Der für die Kantone bestimmte Überschuss wird zu  $\frac{5}{8}$  unter Berücksichtigung ihrer Wohnbevölkerung und zu  $\frac{3}{8}$  ihrer Finanzkraft verteilt.

Bildung adäquater Rückstellungen

Hingegen gibt es keine Bestimmungen darüber, wie der Nationalbankgewinn ermittelt werden soll. Unbestritten ist, dass die Nationalbank fähig sein muss, ihre verfassungsmässige Aufgabe ohne Ertragszwang zu erfüllen und jene Rückstellungen, die betriebs- und volkswirtschaftlich erforderlich sind, zu bilden. Sie muss insbesondere in der Lage sein, ungesicherte Devisenreserven, d.h. Reserven, die nicht durch Terminverkäufe am Devisenmarkt gegen das Wechselkursrisiko abgesichert sind, aufzubauen.

Funktionen der ungesicherten Devisenreserven

Die ungesicherten Devisenreserven erfüllen verschiedene Funktionen. Sie ermöglichen der Nationalbank, im Falle einer Frankenschwäche am Devisenmarkt zu intervenieren. Diese Funktion käme vor allem dann zum Tragen, wenn die Schweiz zu einem fixen Frankenkurs zurückkehren sollte. Ferner stärken die ungesicherten Devisenreserven die Krisenresistenz des Finanzplatzes Schweiz, und sie stellen eine lebenswichtige Reserve des Landes für ausserordentliche Lagen dar.

Wachstum der ungesicherten Devisenrückstellungen im Gleichschritt mit nominalem BSP

Auch wenn sich der Bedarf an Devisenreserven nicht genau errechnen lässt, hängt er doch mit der Grösse der Wirtschaft und deren Auslandverflechtung zusammen. Die ungesicherten Devisenreserven sollten deshalb mindestens im Gleichschritt mit dem nominalen Bruttosozialprodukt wachsen. Die Nationalbank finanziert das von ihr angestrebte Wachstum der ungesicherten Devisenreserven über den Aufbau von Rückstellungen. Als Regel wurde daher festgelegt, dass die Devisenreserven bzw. die Rückstellungen im Gleichschritt mit dem nominalen BSP ausgeweitet werden (vgl. 84. Geschäftsbericht 1991, S. 64–67).

Für die Berechnung der Ausschüttung geht die Nationalbank davon aus, dass zwischen den beiden Bilanzpositionen Rückstellungen und Bewertungskorrektur auf Devisen volkswirtschaftlich kein Unterschied besteht. Beide Bilanzpositionen wurden aus Überschüssen, die die Nationalbank in der Vergangenheit zurückbehielt, aufgebaut. Die erste Bilanzposition beruht vorwiegend auf realisierten, die zweite auf nicht realisierten Überschüssen. Der von der Nationalbank angestrebte Zuwachs der Rückstellungen schliesst somit die Bewertungskorrektur auf Devisen mit ein. Die Summe der beiden Bilanzpositionen Rückstellungen (für Währungsrisiken und andere) und Bewertungskorrektur auf Devisen wird im folgenden kurz «Rückstellungen» genannt.

Definition der  
«Rückstellungen»

Der angestrebte Bestand der «Rückstellungen» hängt von der Entwicklung des nominalen schweizerischen BSP ab. Die angestrebte prozentuale Zunahme der «Rückstellungen» entspricht dem jährlichen Zuwachs des nominalen BSP der letzten fünf Jahre, für die definitive Statistiken vorliegen. Mit der Durchschnittsbildung wird verhindert, dass die Wachstumsraten von Jahr zu Jahr stark schwanken. Der effektive Bestand der «Rückstellungen» von Ende 1990, der Fr. 17 743,1 Mio. Franken betrug, stellt den Ausgangspunkt für die Berechnungen dar.

Angestrebtes Niveau  
der «Rückstellungen»

#### Angestrebter Bestand der «Rückstellungen»

	Wachstum des nom. BSP in % (Durchschnittsperiode)	Angestrebter Bestand der «Rückstellungen» am Jahresende in Mio. Franken
1991	6,2 (1985–89)	18 843,2
1992	6,3 (1986–90)	20 030,3
1993	6,3 (1987–91)	21 292,2
1994	5,8 (1988–92)	22 527,1

Das nominale BSP wuchs im Durchschnitt der Periode 1985–89 um 6,2%. Daraus ergibt sich für 1991 eine angestrebte Zunahme der «Rückstellungen» auf 18 843,2 Mio Franken. Die angestrebte Steigerung für die folgenden Jahre wird analog berechnet.

Die Nationalbank erzielt einen Überschuss, wenn der Nettoertrag (Betriebsertrag + Wertertrag + Aufwertung auf Devisen – Betriebsaufwand – Wertaufwand – Abschreibungen auf Devisen – Steuern – Zuwendungen an Vorsorgeeinrichtungen) die Summe der Einlage in den Reservefonds, der Dividende an die Aktionäre und der Pro-Kopf-Entschädigung an die Kantone übersteigt. Überschüsse, die nicht ausgeschüttet werden, führen zu einer Zunahme der «Rückstellungen» im selben Ausmass. Sind die effektiven «Rückstellungen» höher als der angestrebte Bestand, liegt ein ausschüttbarer Überschuss vor. Der ausschüttbare Überschuss per Ende 1993 ist aus der Tabelle ersichtlich:

Berechnung des ausschüttbaren Überschusses

#### Berechnung des ausschüttbaren Überschusses und der Ausschüttung (Mio. Franken)

	«Rückstellungen»					
	«Rückstellungen» am Jahresanfang gemäss Bilanz (1)	Überschuss (2)	Effektiver Bestand am Jahresende vor Ausschüttung (3) = (1)+(2)	Angestrebter Bestand am Jahresende (4)	Ausschütt- barer Überschuss (5) = (3)-(4)	Ausschüttung (6)
1992	21 860,8	3 149,5	25 010,3	20 030,3	4 980,0*	600
1993	24 410,3	3 017,3	27 427,6	21 292,2	6 135,4*	600
1994	26 827,6					

\* Dieser Betrag schliesst den nicht realisierten Überschuss (vor allem Bewertungskorrektur auf Devisen von 2 389,7 Mio. und 3 153,8 Mio. Franken Ende 1992 bzw. 1993) ein.

Anfang 1993 betragen die «Rückstellungen» gemäss Jahresendbilanz 1992 24 410,3 Mio. Franken (Rückstellungen und Bewertungskorrektur auf Devisen: 22 020,6 bzw. 2 389,7 Mio. Franken). Da die Nationalbank 1993 einen Überschuss von 3 017,3 Mio. Franken erzielte, betragen die «Rückstellungen» am Jahresende vor der Ausschüttung 27 427,6 Mio. Franken. Der von der Nationalbank angestrebte Bestand der «Rückstellungen» belief sich auf 21 292,2 Mio. Franken, so dass ein ausschüttbarer Überschuss von 6 135,4 Mio. Franken verblieb.

Allerdings wird die Nationalbank nicht den gesamten ausschüttbaren Überschuss 1993 an Bund und Kantone überweisen. Die Ausschüttung ist vielmehr gemäss dem von Bundesrat und Nationalbank festgelegten Modus (vgl. 84. Geschäftsbericht 1991, S. 65) für die nächsten Jahre auf 600 Mio. Franken pro Jahr begrenzt, um starke Schwankungen der Überweisungen an Bund und Kantone zu vermeiden. Es ist damit zu rechnen, dass wechselkursbedingte Kapitalverluste auf den ungesicherten Devisenreserven den ausschüttbaren Überschuss in Zukunft wieder verringern werden. Ferner ist zu beachten, dass das Ergebnis für das Geschäftsjahr 1993 durch einen ausserordentlichen Ertrag von 334,3 Mio. Franken verbessert wurde. Dieser entsprang der Anpassung der Erfolgsrechnung an die neuen aktienrechtlichen Bilanzierungsvorschriften. Der für 1993 ausgewiesene Überschuss enthält neu die bis zum Jahresende aufgelaufenen, aber noch nicht vereinnahmten Erträge.

Ausschüttung von  
600 Mio. Franken

Wie schon in den beiden Vorjahren wird die Summe von 600 Mio. Franken ausgeschüttet. Der Betrag, welcher aus dem Jahresergebnis 1993 stammt, wird rund ein Jahr nach Rechnungsabschluss, Anfang 1995, zur Verteilung an Bund und Kantone an die Eidg. Finanzverwaltung überwiesen.

Überweisung an Eidg.  
Finanzverwaltung  
Anfang 1995

## 5. Geschäftsergebnis

### Eigene Mittel

Aktienkapital

Das Aktienkapital der Nationalbank beträgt unverändert 50 Mio. Franken, eingeteilt in 100 000 Aktien von je 500 Franken, wovon 50% (250 Franken) einbezahlt sind.

Verteilung des Aktienbesitzes

Im Berichtsjahr genehmigte der Bankausschuss die Übertragung von 6 574 Aktien auf neue Eigentümer. Am 31. Dezember 1993 waren die Eintragungsgesuche für 1 208 Aktien hängig oder ausstehend. Die übrigen Aktien waren wie folgt verteilt:

1 474	Privataktionäre mit je	1 Aktie
1 744	Privataktionäre mit je	2— 10 Aktien
330	Privataktionäre mit je	11—100 Aktien
25	Privataktionäre mit je	101—200 Aktien
20	Privataktionäre mit je	über 200 Aktien
3 593	Privataktionäre mit zusammen	35 779 Aktien
26	Kantone mit zusammen	38 981 Aktien
28	Kantonalbanken mit zusammen	18 027 Aktien
47	Andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten mit zusammen	6 005 Aktien
<u>3 694</u>	Aktionäre mit zusammen	<u>98 792</u> Aktien
	pro memoria: Eintragungsgesuche hängig oder ausstehend für	1 208 Aktien
	insgesamt	<u>100 000</u> Aktien

Somit waren 63% der Aktien auf Kantone, Kantonalbanken sowie andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten und 36% auf Privataktionäre eingetragen; 23% wurden von natürlichen Personen und 13% von juristischen Personen gehalten.

Aktionäre, deren Beteiligung 5% aller Stimmrechte bzw. 5 000 Namenaktien übersteigt (Art. 663c OR), sind die Kantone Bern (6 630 Aktien) und Zürich (5 200 Aktien).

Reservefonds

Im Jahre 1993 wurde der Reservefonds um 1 Mio. Franken auf 58 Mio. Franken aufgestockt. Die ausgewiesenen Eigenmittel der Nationalbank betragen somit 83 Mio. Franken.

## Rückstellungen

Die Rückstellungen erhöhten sich Ende 1993 um 1 653,1 Mio. Franken.

### Rückstellungen

in Mio. Franken, Jahresende	Bestand 1992	Bestand 1993	Veränderung
Währungsrisiken	<u>21 380,6</u>	<u>23 033,7</u>	<u>+1 653,1</u>
Andere:			
Bankgebäude	100,0	100,0	
Banknotenherstellung	100,0	100,0	
Offenmarktoperationen	100,0	100,0	
Nicht versicherte Schadenfälle	100,0	100,0	
Dividendenausgleich und Kantonsanteile	100,0	100,0	
Diverse	<u>140,0</u>	<u>140,0</u>	
	<u>640,0</u>	<u>640,0</u>	
Total	<u>22 020,6</u>	<u>23 673,7</u>	<u>+1 653,1</u>

# Erfolgsrechnung für das Jahr 1993

<b>Aufwand</b>	1992 Fr.	1993 Fr.
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>157 404 271.61</b>	<b>187 963 681.52</b>
Bankbehörden	799 004.35	806 946.05
Personal	75 978 418.55	77 561 953.41
Raumaufwand	17 202 570.59	22 547 752.76
Betriebsausstattungsaufwand	12 289 347.60	13 453 292.60
Geschäfts- und Büroaufwand	3 955 352.37	4 565 517.13
Information und Kommunikation	8 607 914.59	3 440 403.23
Druckaufwand, Publikationen	1 232 298.35	1 141 536.05
Aufwand aus Notenumlauf	26 391 422.40	54 550 198.88
Übriger Sachaufwand	10 947 942.81	9 896 081.41
<b>Wertaufwand</b>	<b>133 950 200.65</b>	<b>364 017 742.90</b>
Passivzinsen Deponenten	6 860 890.50	5 313 577.15
Passivzinsen Bundesverwaltung	91 965 643.75	290 992 533.85
Abschreibungen auf Wertschriften	35 123 666.40	67 711 631.90
<b>Übertrag auf Konto Bewertungskorrektur auf Devisen</b>	<b>692 639 748.92</b>	<b>764 100 001.58</b>
<b>Steuern</b>	<b>8 725 839.50</b>	<b>—.—</b>
<b>Zuwendung an die Vorsorgeeinrichtungen</b>	<b>3 000 000.—</b>	<b>1 000 000.—</b>
<b>Erhöhung der Rückstellung für Dividenden und Kantonsanteile</b>	<b>10 000 000.—</b>	<b>—.—</b>
<b>Einlage in die Rückstellung für Währungsrisiken</b>	<b>1 846 842 186.05</b>	<b>1 653 172 045.74</b>
<b>Jahresgewinn</b>	<b>608 405 076.—</b>	<b>607 998 949.60</b>
	<b><u>3 460 967 322.73</u></b>	<b><u>3 578 252 421.34</u></b>

<b>Ertrag</b>	1992 Fr.	1993 Fr.
<b>Betriebsertrag</b>	<b>14 147 681.81</b>	<b>17 824 197.25</b>
Kommissionen	1 906 502.62	1 919 705.25
Ertrag aus Bankgebäuden	11 949 373.45	4 714 867.65
Diverse Einnahmen	291 805.74	11 189 624.35
<b>Wertertrag</b>	<b>2 754 179 892.—</b>	<b>2 796 328 222.51</b>
Devisenertrag	2 512 480 780.81	2 408 723 649.91
Diskontertrag	31 617 805.99	3 996 274.60
Ertrag aus Geldmarktpapieren	11 161 915.—	59 011 443.75
Lombardertrag	2 466 256.30	1 794 988.90
Wertschriftenertrag	184 289 823.95	315 940 323.50
Ertrag von Inlandkorrespondenten	12 163 309.95	6 861 541.85
<b>Aufwertung auf Devisen</b>	<b>692 639 748.92</b>	<b>764 100 001.58</b>
	<b><u>3 460 967 322.73</u></b>	<b><u>3 578 252 421.34</u></b>

## Bilanz per 31. Dezember 1993

<b>Aktiven</b>	1992 Fr.	1993 Fr.
<b>Kassa</b>	<b>12 119 705 792.11</b>	<b>12 160 923 794.44</b>
Gold	11 903 906 919.85	11 903 906 919.85
Münzen	215 798 872.26	257 016 874.59
<b>Devisenanlagen</b>	<b>45 857 768 164.49</b>	<b>47 031 103 828.92</b>
<b>Reserveposition beim IWF</b>	<b>1 144 353 709.76</b>	<b>1 221 560 322.66</b>
<b>Internationale Zahlungsmittel</b>	<b>134 877 922.42</b>	<b>332 679 811.28</b>
<b>Währungskredite</b>	<b>156 420 000.—</b>	<b>218 428 800.—</b>
<b>Inlandportefeuille</b>	<b>821 062 118.85</b>	<b>752 516 255.—</b>
Pflichtlagerwechsel	353 382 898.85	—.—
Geldmarktpapiere	467 679 220.—	752 516 255.—
<b>Lombardvorschüsse</b>	<b>26 890 469.65</b>	<b>13 543 794.15</b>
<b>Wertschriften</b>	<b>2 975 686 900.—</b>	<b>2 973 225 800.—</b>
deckungsfähige	856 902 900.—	783 460 300.—
andere	2 118 784 000.—	2 189 765 500.—
<b>Beteiligungen</b>	<b>1.—</b>	<b>1.—</b>
<b>Korrespondenten im Inland</b>	<b>493 009 806.85</b>	<b>595 760 134.20</b>
<b>Inkassowechsel</b>	<b>10 776 558.53</b>	<b>20 551 774.97</b>
<b>Postcheckguthaben</b>	<b>478 621.99</b>	<b>426 241.62</b>
<b>Coupons</b>	<b>496 547.60</b>	<b>319 697.55</b>
<b>Bankgebäude</b>	<b>1.—</b>	<b>1.—</b>
<b>Mobiliar</b>	<b>1.—</b>	<b>1.—</b>
<b>Sonstige Aktiven</b>	<b>33 615 272.22</b>	<b>38 042 782.24</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>—.—</b>	<b>390 571 393.95</b>
<b>Nicht einbezahltes Aktienkapital</b>	<b>25 000 000.—</b>	<b>25 000 000.—</b>
	<b><u>63 800 141 887.47</u></b>	<b><u>65 774 654 433.98</u></b>

<b>Passiven</b>	1992 Fr.	1993 Fr.
<b>Notenumlauf</b>	<b>29 353 501 880.—</b>	<b>29 335 627 700.—</b>
<b>Girorechnungen inländischer Banken und Finanzgesellschaften</b>	<b>4 785 499 110.65</b>	<b>4 776 661 108.33</b>
<b>Girorechnungen ausländischer Banken</b>	<b>54 655 282.16</b>	<b>188 768 853.27</b>
<b>Bundesverwaltung</b>	<b>245 081 491.92</b>	<b>192 311 217.54</b>
<b>Deponenten</b>	<b>102 733 297.60</b>	<b>103 362 099.80</b>
<b>Ausstehende Checks</b>	<b>12 430 467.19</b>	<b>2 534 968.45</b>
<b>Verbindlichkeiten auf Zeit</b>	<b>3 450 000 000.—</b>	<b>2 940 000 000.—</b>
<b>Sonstige Passiven</b>	<b>670 570 860.39</b>	<b>635 587 009.06</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>—.—</b>	<b>56 266 059.05</b>
<b>Rückstellung für Währungsrisiken</b>	<b>21 380 551 725.98</b>	<b>23 033 723 771.72</b>
<b>Andere Rückstellungen</b>	<b>640 000 000.—</b>	<b>640 000 000.—</b>
<b>Bewertungskorrektur auf Devisen</b>	<b>2 389 712 695.58</b>	<b>3 153 812 697.16</b>
<b>Aktienkapital</b>	<b>50 000 000.—</b>	<b>50 000 000.—</b>
<b>Reservefonds</b>	<b>57 000 000.—</b>	<b>58 000 000.—</b>
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>608 405 076.—</b>	<b>607 998 949.60</b>
Jahresgewinn	608 405 076.—	607 998 949.60
	<hr/>	<hr/>
	<b>63 800 141 887.47</b>	<b>65 774 654 433.98</b>

## Anhang per 31. Dezember 1993

	1992 Fr.	1993 Fr.
<b>Eventualverbindlichkeiten</b>		
– Nachschusspflicht auf Namenaktien der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)	67 404 218.—	69 395 060.—
– Akkreditive gedeckt durch ausgesonderte Guthaben	9 365 876.—	6 474 922.—
– Nichtbeanspruchtes Guthaben des IWF	3 714 031 461.—	3 768 647 677.34
– Offene Limite unter Allg. Kreditvereinbarungen (AKV)	2 009 400 000.—	2 060 400 000.—
<b>Brandversicherungswerte der Sachanlagen</b>	445 146 780.—	450 666 000.—
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Vorsorgeeinrichtungen</b>	4 263 072.31	5 485 739.24
<b>Wichtige Beteiligungen</b> (nicht konsolidiert)		
– Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel Aktienkapital (zu 25% einbezahlt; in Goldfranken) Beteiligungsquote	1 182 812 500.— 2.75%	1 182 812 500.— 2.75%
– Orell Füssli Graphische Betriebe AG, Zürich Aktienkapital Beteiligungsquote	9 800 000.— 64.54%	9 800 000.— 64.54%
<b>Bedeutende Aktionäre</b>		
– Kanton Bern Anzahl Aktien Beteiligungsquote	6 630 6.63%	6 630 6.63%
– Kanton Zürich Anzahl Aktien Beteiligungsquote	5 200 5.20%	5 200 5.20%

## **Erläuterungen zur Erfolgsrechnung**

Die Erfolgsrechnung wird durch die Devisenposition geprägt. Die Bewertung der US-Dollaranlagen erfolgte wie üblich zum durchschnittlichen Kurs des Monats Dezember, der bei 1,4640 Franken gegenüber 1,4220 Franken im Vorjahr lag. Der per Saldo entstandene Buchgewinn von 764,1 Mio. Franken auf dem nicht kursgesicherten Devisenbestand wurde über die Erfolgsrechnung dem Konto «Bewertungskorrektur auf Devisen» gutgeschrieben.

Die erstmalige Berücksichtigung von Rechnungsabgrenzungsposten beeinflusste die Positionen Devisenertrag, Ertrag aus Geldmarktpapieren, Wertschriftenertrag und Passivzinsen Bundesverwaltung. Aus der Rechnungsabgrenzung resultierte ein Mehrertrag von netto 334,3 Mio. Franken. Der Ertragsüberschuss von 2 261,2 Mio. Franken wurde für den Jahresgewinn von 608 Mio. Franken sowie für die Einlage in die Rückstellung für Währungsrisiken von 1 653,2 Mio. Franken verwendet.

Der Ertrag aus den Devisenanlagen und dem Devisenhandel sank infolge tieferer Zinssätze in allen relevanten Währungen ausser dem USD um 103,8 Mio. Franken auf 2 408,7 Mio. (1992: 2 512,5 Mio.) Franken. Davon entfielen 267,4 Mio. Franken auf die erstmalige Rechnungsabgrenzung.

Nach dem Rückzug der Nationalbank aus der Pflichtlagerfinanzierung wurden ab Januar 1993 keine Pflichtlagerwechsel mehr rediskontiert. Aus den bis Ende März 1993 fälligen Pflichtlagerwechseln resultierte ein Diskontertrag von 4 Mio. Franken (1992: 31,6 Mio.). Das im September des Vorjahres eingeführte Offenmarktgeschäft mit Geldmarkt-Buchforderungen des Bundes trug 59 Mio. Franken ein.

Die gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig höhere Lombardkreditbeanspruchung brachte infolge des deutlichen Zinsrückgangs einen um 0,7 Mio. Franken auf 1,8 Mio. Franken reduzierten Ertrag.

Der Wertschriftenertrag stieg von 184,3 Mio. auf 315,9 Mio. Franken; davon entfielen 113 Mio. Franken auf die erstmals berücksichtigten Marchzinsen.

Die Kreditbeanspruchung der Inlandkorrespondenten ist zum Diskontsatz, der im Verlauf des Jahres von 6% auf 4% reduziert wurde, zu verzinsen. Der Ertrag fiel mit 6,9 Mio. (1992: 12,2 Mio.) Franken deutlich geringer aus.

Der Personalaufwand stieg infolge Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen an die Pensionierten um 1,6 Mio. auf 77,6 Mio. Franken (vgl. S. 81).

Für den ordentlichen Unterhalt der Gebäude, für Umbauten in verschiedenen Bankstellen sowie für Zinsen von gemieteten Büroräumen wurden 22,5 Mio. Franken aufgewendet.

Der auf 13,5 Mio. Franken gestiegene Betriebsausstattungsbedarf enthält, neben Mobiliar- und Fahrzeuganschaffungen, vor allem Kosten für den Ausbau der EDV-Hard- und Software.

Der starke Anstieg der Banknoten-Herstellungs- und Verteilungskosten (von 26,4 Mio. auf 54,6 Mio. Franken) entfällt weitgehend auf die Vorarbeiten für die neue Banknotenserie.

Die Passivzinsen zugunsten der Bundesverwaltung nahmen, trotz tieferer Zinssätze, infolge von massiv höheren Festgeldanlagen des Bundes und weniger Weiterplazierungen am Markt, von 92,0 Mio. Franken auf 291,0 Mio. Franken zu. Zinsaufwendungen auf Bundesguthaben von 302,8 Mio. Franken (davon 56,3 Mio. Franken erstmals berücksichtigte Marchzinsen) standen Zinseinnahmen aus Weiterplazierungen von 11,8 Mio. (davon 8,3 Mio. Marchzinsen) Franken gegenüber.

Der Abschreibungsaufwand auf neu erworbenen Wertschriften von 275,3 Mio. Franken wurde mit den Buchgewinnen aus Rückzahlungen und fälligen Wertschriftenswaps von früher abgeschrieben Titeln von 207,6 Mio. Franken verrechnet. Daraus ergab sich ein Abschreibungssaldo von 67,7 Mio. Franken.

#### Verwendung des Bilanzgewinns

Gemäss Artikel 27 des Nationalbankgesetzes (NBG) ist zunächst dem Reservefonds ein Betrag von maximal 2% des Aktienkapitals zuzuweisen. Sodann wird eine Dividende von höchstens 6% ausgerichtet. Der Rest wird der Eidg. Finanzverwaltung zugunsten von Bund und Kantonen gemäss untenstehender Zusammenstellung überwiesen (siehe auch Teil D. 4).

Die Pro-Kopfentschädigung von 80 Rappen an die Kantone beträgt wie im Vorjahr 5,5 Mio. Franken.

Aufgrund dieser Bestimmungen ist der Bilanzgewinn von 608,0 Mio. Franken wie folgt zu verwenden:

– Einlage in den Reservefonds (Art. 27 Abs. 1 NBG)	Fr.	1 000 000.—
– Ausrichtung einer Dividende von 6% (Art. 27 Abs. 2 NBG)	Fr.	1 500 000.—
– Ablieferung an die Eidg. Finanzverwaltung		
– zugunsten der Kantone (Art. 27 Abs. 3 lit. a NBG)	Fr.	5 498 949.60
– zugunsten von Bund und Kantonen (Art. 27 Abs. 3 lit. b NBG)		
	Fr.	<u>600 000 000.—</u>
	Fr.	<u>607 998 949.60</u>

# E. Bankbehörden und Personal

---

## 1. Mutationen in den Bankbehörden

### Bankrat

Die Generalversammlung der Aktionäre vom 16. April 1993 wählte

Herrn Walter G. Frehner, Präsident des Verwaltungsrats des Schweizerischen Bankvereins, Riehen, und

Herrn Dr. Peter Spälti, Präsident des Verwaltungsrats und Vorsitzender der Geschäftsleitung der Winterthur Schweizerische Versicherungs-Gesellschaft, Hettlingen,

zu neuen Mitgliedern des Bankrats.

Der Bundesrat ergänzte das Gremium nach der Generalversammlung durch die Wahl von

Frau Nationalrätin Dr. Judith Stamm, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Erziehungsdepartements des Kantons Luzern, Luzern,

Herrn Heinz Pletscher, Bauunternehmer, Zentralpräsident des Schweizerischen Baumeisterverbands, Schleitheim,

Herrn Nationalrat Paul Rutishauser, Landwirt, Mitglied des leitenden Ausschusses des Schweizerischen Bauernverbands, Götighofen, und

Herrn Ständerat Prof. Dr. Ulrich Zimmerli, Professor für eidgenössisches und kantonales Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Bern, Gümligen.

Auf den Tag der ordentlichen Generalversammlung der Aktionäre vom 29. April 1994 treten zurück:

Frau Dr. Lilian Uchtenhagen, Zürich, Mitglied des Bankrats seit 1978 und des Bankausschusses seit 1986,

Herr Regierungsrat Dr. Ueli Augsburger, Bern, Mitglied des Bankrats seit 1987,

Herr Pierre Borgeaud, Winterthur, Mitglied des Bankrats und des Bankausschusses seit 1987, und

Herr Dr. Alex Krauer, Riehen, Mitglied des Bankrats seit 1987.

Die Nationalbank dankt ihnen verbindlich für die wertvollen Dienste, die sie dem Noteninstitut geleistet haben.

Von den vier Vakanzen sind eine durch die Generalversammlung und drei durch den Bundesrat zu besetzen.

Der Bankrat schlägt der Generalversammlung

Frau Nationalrätin Elisabeth Zölch, Fürsprecherin, Bern,

zur Wahl vor.

### **Bankausschuss**

Der Bankrat delegierte im Frühjahr 1993

Herrn Melchior Ehrler, Direktor des Schweizerischen Bauernverbands, Riniken, als Nachfolger von Herrn Peter Gerber, Präsident des Bankrats bis 1993, und

Herrn Nationalrat Dr. Philippe Pidoux, Regierungsrat, Vorsteher des Departements des Innern und des Gesundheitswesens des Kantons Waadt, Lausanne, als Nachfolger von Herrn Dr. h. c. Carlo de Mercurio

in den Bankausschuss.

### **Lokalkomitees**

Auf das Datum der Generalversammlung vom 16. April 1993 traten die folgenden Herren zurück:

Werner Jauslin, MuttENZ, Vorsitzender des Lokalkomitees Basel seit 1990 (Mitglied seit 1981),

Georges-Adrien Matthey, Cormondrèche, Stellvertreter des Vorsitzenden des Lokalkomitees Neuenburg seit 1987 (Mitglied ebenfalls seit 1987), und

Jürg Nef, St. Gallen, Vorsitzender des Lokalkomitees St. Gallen seit 1986 (Mitglied seit 1981).

Die Nationalbank dankt den drei Herren bestens für ihren Einsatz zugunsten der Bank.

Bankausschuss bzw. Bankrat ernannten:

*Lokalkomitee Basel:*

Alexander Peter Füglistaller zum Vorsitzenden,

Peter Wagner zum Stellvertreter des Vorsitzenden,

Peter Grogg, Präsident des Verwaltungsrats der Bachem Feinchemikalien AG, Bubendorf, zum Mitglied.

#### *Lokalkomitee Neuenburg:*

Dr. ing. Michel Soldini zum Stellvertreter des Vorsitzenden,  
Jean Lauener, Präsident des Verwaltungsrats der Lauener & Cie SA, Saint-Aubin,  
zum Mitglied.

#### *Lokalkomitee St. Gallen:*

Urs Bühler zum Vorsitzenden,  
Dr. Roland Bertsch zum Stellvertreter des Vorsitzenden,  
Peter G. Anderegg, Delegierter des Verwaltungsrats der Filtex AG, Egnach, zum  
Mitglied.

## **2. Mutationen in der Direktion**

Die Herren Dr. Max Baltensperger, Direktor, Max Isenschmid und Hans-Peter Dosch, stellvertretende Direktoren, die im II. Departement tätig gewesen waren, traten in den Ruhestand. Herr Dr. Jean-Pierre Béguelin, Direktor im I. Departement, verliess infolge Stellenwechsels die Bank. Die Nationalbank dankt den vier Herren für ihre wertvollen Dienste.

Der Bankausschuss beförderte per 1. Mai 1993 Herrn Dr. Erich Spörndli zum stellvertretenden Direktor und per 1. Januar 1994 Herrn Dr. Peter Merz zum Direktor sowie die Herren Dr. Michel Peytrignet und Peter Bechtiger zu Vizedirektoren.

## **3. Personal**

Der Mitarbeiterbestand umfasste am 31. Dezember 1993 566 Personen. Er nahm gegenüber dem Vorjahr um 10 Personen ab. Der Anteil der unterschriftsberechtigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am gesamten Personal betrug 42%. Im Totalbestand nicht eingeschlossen sind 34 Teilzeitangestellte. Die Personalfluktuation belief sich unverändert auf 3,8%.

Die Personalaufwendungen stiegen um 5% auf 73,0 Mio. Franken. Davon entfielen 59,5 Mio. Franken auf Gehälter und Kinderzulagen sowie 13,5 Mio. Franken auf Sozialleistungen, Ausbildung und Personalverpflegung. An der Finanzierung der generellen Zulagen für die Rentenbezüger beteiligte sich die Nationalbank mit 4,6 Mio. Franken.

Im Rahmen der Personalschulung wurden 1993 interne Weiterbildungskurse (Führungs- und Fachkurse, Informatik-Benutzerkurse, Sicherheitsschulung) mit insgesamt 490 Teilnehmern durchgeführt. 70 Personen absolvierten eine externe Weiterbildung.

Bankrat und Direktorium danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Einsatz, den sie im vergangenen Jahr für die Bank geleistet haben.

# **F. Bericht der Revisionskommission und Anträge an die Generalversammlung**

---

## **1. Bericht der Revisionskommission an die Generalversammlung der Aktionäre**

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die von Ihnen gestützt auf das Nationalbankgesetz bestellte, unabhängige Revisionskommission hat die Buchführung und die vom Bankrat vorgelegte Jahresrechnung, bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang, für das am 31. Dezember 1993 abgeschlossene Geschäftsjahr im Sinne der Vorschriften des Nationalbankgesetzes und des Obligationenrechts geprüft.

Aufgrund unserer eigenen Prüfungen bei den Sitzen und Zweiganstalten sowie gestützt auf die Prüfungsberichte der ATAG Ernst & Young AG stellt die Revisionskommission fest, dass die Buchführung und die Jahresrechnung sowie der Antrag des Bankrats über die Verwendung des Bilanzgewinnes den gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

Die Revisionskommission empfiehlt, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Bern, den 4. März 1994

Die Revisionskommission:  
*Blaser*  
*Jobin*  
*Casanova*

## 2. Anträge des Bankrats an die Generalversammlung der Aktionäre

Der Bankrat hat in seiner Sitzung vom 4. März 1994 auf Antrag des Bankausschusses den vom Direktorium vorgelegten 86. Geschäftsbericht über das Jahr 1993 zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.

Der Bundesrat hat seine in Artikel 63 Absatz 2 lit. i des Nationalbankgesetzes vorgesehene Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung am 14. März 1994 erteilt. Ferner hat die Revisionskommission ihren in Artikel 51 Absatz 2 des Nationalbankgesetzes vorgesehenen Bericht am 4. März 1994 erstellt.

Der Bankrat stellt der Generalversammlung folgende Anträge\*:

1. Der vorliegende Geschäftsbericht samt Jahresrechnung wird genehmigt.
2. Den mit der Verwaltung beauftragten Gesellschaftsorganen wird Entlastung erteilt.
3. Der Bilanzgewinn von Fr. 607 998 949.60 ist wie folgt zu verwenden:

— Einlage in den Reservefonds (Art. 27 Abs. 1 NBG)	Fr.	1 000 000.—
— Ausrichtung einer Dividende von 6% (Art. 27 Abs. 2 NBG)	Fr.	1 500 000.—
— Ablieferung an die Eidg. Finanzverwaltung		
— zugunsten der Kantone (Art. 27 Abs. 3 lit. a NBG)	Fr.	5 498 949.60
— zugunsten von Bund und Kantonen (Art. 27 Abs. 3 lit. b NBG)		
	Fr.	<u>600 000 000.—</u>
	Fr.	<u>607 998 949.60</u>

Bern, den 15. März 1994

Im Namen des Bankrats  
der Präsident des Bankrats  
*Schönenberger*

Ein Mitglied des Direktoriums  
*Lusser*

\* Der Antrag betreffend die Wahl in den Bankrat ist auf Seite 80 zu finden.



## G. Anhang

---

1. Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise im Jahre 1993
2. Hauptposten der Bilanz seit 1961 (Jahresendwerte)
3. Hauptposten der Bilanz seit 1961  
(Durchschnitte aus den Werten der veröffentlichten Ausweise)
4. Geschäftsergebnisse seit 1986
5. Diskont- und Lombardsätze seit 1936
6. Geld- und währungspolitische Chronik 1993
7. Verzeichnis der Mitglieder der Aufsichts- und Leitungsorgane

# 1. Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise im Jahre 1993

## Aktiven

		Gold	Devisen- anlagen	Reserve- position beim IWF	Inter- nationale Zahlungs- mittel	Währungs- kredite	Inland- portefeuille	Lombard- vor- schüsse	Wert- schriften  <i>deckungs- fähige</i>	<i>andere</i>	Korrespon- denten im Inland	Sonstige Aktiven
		<i>in 1000 Franken</i>										
Januar	8.	11 903 907	41 903 630	1 144 454	134 878	156 420	1 891 624	29 570	857 138	2 118 549	50 473	299 540
	20.	11 903 907	39 689 686	1 144 454	167 612	156 420	1 006 938	2 787	849 596	2 128 626	44 999	338 231
	29.	11 903 907	41 840 535	1 135 459	170 366	156 420	1 440 041	158 394	873 760	2 118 404	183 647	347 047
Februar	10.	11 903 907	44 345 302	1 132 232	170 357	156 420	1 661 274	7 725	876 460	2 115 354	78 902	346 276
	19.	11 903 907	43 628 384	1 132 232	284 103	156 420	1 689 245	6 770	874 257	2 126 486	140 064	341 964
	26.	11 903 907	44 359 471	1 132 331	282 791	156 420	1 743 315	16 844	869 105	2 131 269	100 605	346 953
März	10.	11 903 907	42 896 301	1 132 331	282 791	156 420	1 426 828	12 000	849 862	2 127 728	79 692	385 636
	19.	11 903 907	42 951 662	1 132 331	284 008	156 420	582 186	2 100	853 707	2 134 404	106 837	386 988
	31.	11 903 907	43 701 860	1 132 516	389 880	156 420	620 338	58 396	839 625	2 137 416	400 775	392 184
April	8.	11 903 907	43 255 595	1 132 559	494 471	156 420	99 700	8 059	841 538	2 142 136	73 822	394 818
	20.	11 903 907	40 829 009	1 132 634	494 471	156 420	248 814	7 250	840 616	2 126 867	132 237	426 565
	30.	11 903 907	42 684 876	1 132 734	341 405	202 580	1 088 053	6 490	834 240	2 146 762	357 900	434 661
Mai	10.	11 903 907	43 706 142	1 100 124	283 178	202 580	565 736	7 472	823 746	2 158 806	101 401	464 195
	19.	11 903 907	42 418 671	1 116 969	251 157	202 580	1 921 505	53 206	807 163	2 159 834	135 948	461 811
	28.	11 903 907	45 637 427	1 116 977	261 652	202 580	1 022 760	4 612	810 957	2 169 907	226 651	463 049
Juni	10.	11 903 907	43 908 724	1 116 977	261 652	202 580	1 620 923	22 085	788 298	2 181 289	141 459	500 462
	18.	11 903 907	42 970 722	1 117 077	261 652	202 580	925 835	5 665	813 322	2 155 887	143 592	494 722
	30.	11 903 907	44 894 582	1 157 887	223 129	202 580	627 529	149 915	797 638	2 163 026	407 984	508 194
Juli	9.	11 903 907	44 679 789	1 199 981	223 129	202 580	83 931	2 619	797 421	2 178 370	90 793	510 109
	20.	11 903 907	42 175 334	1 200 081	223 129	202 580	829 267	100	785 369	2 174 190	158 387	551 299
	30.	11 903 907	42 895 848	1 214 967	384 000	202 580	1 234 866	10 329	788 529	2 181 576	269 638	546 193
August	10.	11 903 907	44 510 717	1 179 401	343 961	202 580	889 334	10 162	788 697	2 200 323	79 624	586 709
	20.	11 903 907	43 146 053	1 179 401	354 733	202 580	887 673	12 247	790 015	2 216 193	124 903	583 729
	31.	11 903 907	44 072 931	1 179 501	343 156	202 580	1 200 068	19 190	793 393	2 217 928	325 997	563 784
Sept.	10.	11 903 907	44 419 112	1 179 501	301 857	202 580	440 824	8 021	815 259	2 202 750	139 518	581 253
	20.	11 903 907	43 380 795	1 179 501	301 857	202 580	406 241	24 436	800 143	2 195 113	181 233	617 838
	30.	11 903 907	44 645 172	1 179 354	288 484	202 580	635 805	26 096	815 728	2 190 357	377 933	591 566
Okt.	8.	11 903 907	42 599 270	1 179 354	288 485	212 782	854 323	45 024	820 611	2 196 191	119 826	587 632
	20.	11 903 907	41 183 152	1 179 454	276 495	212 782	447 113	11 700	803 116	2 192 997	46 833	587 142
	29.	11 903 907	42 964 373	1 179 454	147 874	212 782	1 299 082	40 830	815 978	2 186 004	318 357	586 838
Nov.	10.	11 903 907	43 159 378	1 146 981	133 038	212 782	704 288	34 554	803 568	2 177 463	114 902	585 201
	19.	11 903 907	43 045 775	1 147 081	125 428	212 782	650 180	8 570	807 694	2 186 448	160 938	602 908
	30.	11 903 907	44 807 590	1 147 081	125 198	212 782	751 681	37 830	783 759	2 201 381	324 508	615 864
Dez.	10.	11 903 907	43 565 998	1 147 081	125 198	212 782	554 598	35 666	782 037	2 204 085	76 361	619 046
	20.	11 903 907	44 388 010	1 147 181	115 058	212 782	911 291	51 533	787 798	2 189 765	112 968	644 319
	31.	11 903 907	47 031 104	1 221 560	332 680	218 429	752 516	13 544	783 460	2 189 765	595 760	731 929

## Passiven

Notenumlauf	Täglich fällige Verbindlichkeiten		Verbindlichkeiten auf Zeit	Sonstige Passiven	Aktienkapital und Reservefonds	Bilanz- summe
	<i>Girorechnungen von inländischen Banken und Finanzgesellschaften</i>	<i>übrige täglich fällige Ver- bindlichkeiten</i>				
<i>in 1000 Franken</i>						
27 992 962	2 559 319	371 545	4 300 000	25 159 357	107 000	60 490 183
26 671 238	2 695 798	334 240	2 400 000	25 224 980	107 000	57 433 256
27 506 959	2 361 535	644 393	4 450 000	25 258 093	107 000	60 327 980
26 612 845	2 546 747	575 270	7 650 000	25 302 347	107 000	62 794 209
26 303 452	2 814 210	555 253	7 100 000	25 403 917	107 000	62 283 832
27 141 620	2 410 440	424 750	7 500 000	25 459 201	107 000	63 043 011
26 722 126	2 601 929	334 412	5 900 000	25 588 029	107 000	61 253 496
26 388 930	2 641 484	258 765	5 450 000	25 648 371	107 000	60 494 550
27 258 229	3 433 897	841 214	4 350 000	25 742 977	107 000	61 733 317
27 313 334	2 551 835	263 198	4 500 000	25 767 658	107 000	60 503 025
26 289 079	2 926 881	279 681	2 850 000	25 845 149	108 000	58 298 790
27 283 743	2 458 530	671 960	4 600 000	26 011 375	108 000	61 133 608
26 635 877	2 516 835	470 290	5 650 000	25 936 285	108 000	61 317 287
26 262 470	2 608 636	448 988	6 000 000	26 004 657	108 000	61 432 751
27 268 013	2 647 301	628 380	7 050 000	26 118 785	108 000	63 820 479
26 468 628	2 781 438	461 863	6 600 000	26 228 427	108 000	62 648 356
26 218 664	2 692 044	282 320	5 450 000	26 243 933	108 000	60 994 961
27 324 820	3 401 288	949 614	4 900 000	26 352 649	108 000	63 036 371
26 865 338	2 530 173	265 294	5 800 000	26 303 824	108 000	61 872 629
26 300 651	2 708 100	316 246	4 400 000	26 370 646	108 000	60 203 643
26 959 757	2 370 150	923 573	4 850 000	26 420 953	108 000	61 632 433
26 434 134	2 656 117	270 618	6 750 000	26 476 546	108 000	62 695 415
26 057 611	2 646 199	244 638	5 800 000	26 544 986	108 000	61 401 434
26 757 345	2 633 433	520 351	6 200 000	26 603 306	108 000	62 822 435
26 484 838	2 690 932	400 084	5 850 000	26 660 728	108 000	62 194 582
26 067 569	2 770 000	360 033	5 200 000	26 688 042	108 000	61 193 644
27 018 103	3 511 122	434 741	5 000 000	26 785 016	108 000	62 856 982
26 753 071	2 489 645	298 456	4 400 000	26 758 233	108 000	60 807 405
26 031 836	2 547 698	356 403	3 000 000	26 800 754	108 000	58 844 691
27 201 453	2 513 607	499 777	4 500 000	26 832 642	108 000	61 655 479
26 560 700	2 742 700	454 224	4 190 000	26 920 438	108 000	60 976 062
26 410 731	2 707 050	239 916	4 390 000	26 996 014	108 000	60 851 711
27 722 059	2 852 486	536 782	4 640 000	27 052 254	108 000	62 911 581
27 947 101	2 690 494	229 674	3 090 000	27 161 490	108 000	61 226 759
28 734 349	2 811 202	298 589	3 290 000	27 222 472	108 000	62 464 612
29 335 628	4 776 661	486 977	2 940 000	28 127 388	108 000	65 774 654

## 2. Hauptposten der Bilanz seit 1961

(Jahresendwerte)

### Aktiven

Jahres- ende	Gold <sup>1</sup>	Devisen- anlagen	Reserve- position beim IWF	Inter- nationale Zahlungs- mittel <sup>2</sup>	Wäh- rungs- kredite <sup>3</sup>	Inlandportefeuille			Lombard- vor- schüsse	Wert- schriften und Betei- ligungen	Guthaben bei Korre- sponden- ten im Inland	Verlust auf Devisen und Gold	Rech- nungs- abgren- zungs- posten
						Total	davon Schwei- zer- wechsel	Geld- markt- papiere					
<i>in Millionen Franken</i>													
1961	11 078,0	842,4	—	—	—	69,5	62,2	—	66,3	42,9	58,3	—	—
1962	11 543,3	867,4	—	207,0	—	123,6	67,4	45,0	71,7	42,8	77,8	—	—
1963	12 203,8	1 083,3	—	207,0	—	142,2	87,5	35,0	97,5	51,7	61,5	—	—
1964	11 793,6	1 679,1	—	432,0	431,3	162,6	109,8	24,8	77,7	65,3	75,3	—	—
1965	13 164,2	852,6	—	432,0	428,5	139,1	98,1	9,5	38,9	92,9	66,1	—	—
1966	12 297,4	2 060,3	—	432,0	518,9	157,8	97,8	16,7	109,3	181,7	81,5	—	—
1967	13 369,7	1 986,7	—	432,0	173,9	142,5	99,4	—	86,6	181,9	72,4	—	—
1968	11 355,8	5 601,2	—	1 442,0	108,3	288,5	256,2	6,8	160,1	180,6	99,7	—	—
1969	11 434,5	5 792,9	—	1 851,0	—	731,4	584,7	118,5	277,1	170,2	89,5	—	—
1970	11 821,3	8 441,1	—	1 851,0	—	399,0	306,6	71,0	223,5	156,0	82,8	—	—
1971	11 879,4	10 323,3	—	4 278,0	—	80,5	78,1	—	28,5	10,8	72,4	1 243,5 <sup>4</sup>	—
1972	11 879,7	12 323,1	—	4 278,0	—	936,1	770,3	152,0	418,8	—	142,3	1 243,5 <sup>4</sup>	—
1973	11 892,7	12 519,9	—	4 613,0	—	1 097,7	862,7	200,0	557,7	—	281,8	1 243,5 <sup>4</sup>	—
1974	11 892,7	11 570,6	—	5 403,0	—	2 694,3	2 166,8	484,0	699,9	92,5	166,9	621,5 <sup>4</sup>	—
1975	11 892,7	14 705,8	—	5 403,0	—	1 938,9	1 706,5	227,0	200,2	3,7	136,3	621,5 <sup>4</sup>	—
1976	11 903,9	20 426,5	—	5 222,0	—	1 300,8	912,5	375,0	157,0	63,8	160,3	—	—
1977	11 903,9	20 514,2	—	3 949,0	—	1 519,1	1 207,4	267,0	197,5	559,1	171,6	—	—
1978	11 903,9	28 981,8	—	2 028,5	—	236,1	214,6	—	49,6	348,0	185,7	2 593,5 <sup>5</sup>	—
1979	11 903,9	26 390,4	—	—	—	1 580,5	1 532,2	10,0	886,4	963,4	288,6	1 110,9 <sup>5</sup>	—
1980	11 903,9	27 355,6	—	11,4	—	2 485,5	2 285,1	152,0	919,8	1 212,2	289,6	—	—
1981	11 903,9	25 494,8	—	0,2	—	3 006,9	2 710,0	256,0	2 513,9	1 018,4	399,6	—	—
1982	11 903,9	31 872,8	—	6,3	—	2 188,1	2 076,8	109,2	1 559,6	1 268,3	314,0	—	—
1983	11 903,9	32 677,5	—	28,7	—	2 676,3	2 524,5	149,2	2 408,6	1 562,5	346,4	—	—
1984	11 903,9	38 876,0	—	23,2	—	2 748,9	2 455,4	293,5	2 677,9	1 773,6	500,8	—	—
1985	11 903,9	38 133,8	—	6,8	—	2 838,4	2 465,9	372,5	2 973,6	1 911,1	529,7	—	—
1986	11 903,9	36 262,0	—	—	—	2 747,4	2 411,9	335,5	3 204,0	2 045,0	564,4	—	—
1987	11 903,9	37 439,9	—	18,5	—	2 301,7	2 246,8	54,9	3 126,9	2 190,8	460,1	—	—
1988	11 903,9	35 946,7	—	30,5	—	2 133,8	2 133,8	—	795,9	2 421,4	416,0	—	—
1989	11 903,9	39 620,2	—	123,6	87,1	542,7	542,7	—	704,1	2 574,0	458,3	—	—
1990	11 903,9	37 209,8	—	112,9	—	711,1	711,1	—	165,7	2 814,0	567,0	—	—
1991	11 903,9	40 232,1	—	117,3	97,1	522,1	522,1	—	107,0	2 886,1	552,8	—	—
1992	11 903,9	45 857,8	1 144,4	134,9	156,4	821,1	353,4	467,7	26,9	2 975,7	493,0	—	—
1993	11 903,9	47 031,1	1 221,6	332,7	218,4	752,5	—	752,5	13,5	2 973,2	595,8	—	390,6

<sup>1</sup> Bewertung seit 10. Mai 1971: 1 kg Feingold = Fr. 4595,74; vorher: 1 kg = Fr. 4869,80.

<sup>2</sup> Von 1962 bis 1979: ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken; ab 1980: Sonderziehungsrechte und ab 1989: zusätzlich ECU.

<sup>3</sup> 1964 bis 1968: kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Zentralbanken, seit 20. April 1989: Währungskredite.

<sup>4</sup> Schuldverpflichtung des Bundes, gemäss Bundesbeschluss vom 15. Dezember 1971.

<sup>5</sup> Gedeckt durch stille Reserven auf Gold.

## Passiven

Noten- umlauf	Deckung des Noten- umlaufs durch Gold	Täglich fällige Verbindlichkeiten				Mindest- reserven von Banken	Verbind- lichkeiten auf Zeit <sup>7</sup>	Rech- nungs- abgren- zungs- posten	Bewer- tungs- korrek- tur auf Devisen	Aktien- kapital und Reserve- fonds	Rückstellungen		Bilanz- summe	Jahres- ende
		Total	davon	Girorech- nungen von inlän- dischen Banken und Finanz- gesell- schaften <sup>6</sup>	Rech- nungen des Bundes						Gut- haben auslän- discher Banken	für Wäh- rungs- risiken		
in Millionen Franken	%	in Millionen Franken												
7 656,0	144,70	2 947,0	1 996,1	662,5	231,5	1 035,0 <sup>9</sup>	293,5	—	—	78,0	—	21,7	12 206,6	1961
8 506,1	135,71	2 799,7	2 294,2	355,9	98,0	1 035,0 <sup>9</sup>	373,0	—	—	79,0	—	22,9	12 994,7	1962
9 035,4	135,07	3 187,8	2 700,0	389,4	31,8	1 035,0 <sup>9</sup>	357,3	—	—	80,0	—	26,1	13 910,2	1963
9 721,8	121,31	3 270,6	2 907,9	291,5	25,6	1 035,0 <sup>9</sup>	433,2	—	—	81,0	—	28,7	14 787,6	1964
10 042,5	131,08	3 215,4	3 005,0	126,2	44,3	1 035,0 <sup>9</sup>	602,0	—	—	82,0	—	37,1	15 287,6	1965
10 651,1	115,46	3 430,5	2 982,2	375,2	34,4	1 035,0 <sup>9</sup>	389,0	—	—	83,0	—	37,2	15 922,3	1966
11 326,8	118,04	4 144,9	3 810,8	230,7	53,9	—	550,0	—	—	84,0	—	52,2	16 519,0	1967
12 047,3	94,26	6 413,6	5 776,2	505,0	75,1	—	233,1	—	—	85,0	—	69,2	19 339,7	1968
12 518,4	91,34	6 954,8	6 353,4	493,0	49,6	—	141,9	—	—	86,0	—	105,0	20 482,5	1969
13 106,0	90,20	8 410,1	7 749,6	405,3	208,4	—	401,7	—	—	87,0	—	145,0	23 095,3	1970
14 309,9	83,01	11 854,4	10 701,6	713,7	393,1	516,4 <sup>10</sup>	313,1	—	—	88,0	665,2	160,0	28 014,6	1971
16 635,0	71,41	11 020,8	9 312,6	1 380,3	279,5	2 029,3 <sup>11</sup>	75,2	—	—	89,0	783,7	210,0	31 362,9	1972
18 296,2	65,00	9 036,1	8 234,9	458,2	296,7	2 872,0 <sup>11</sup>	229,6	—	—	90,0	547,7	290,0	32 297,8	1973
19 435,8	61,19	10 367,1	9 505,0	714,5	114,8	347,8 <sup>11</sup>	1 233,2	—	—	91,0	157,7	360,0	33 260,6	1974
19 127,8	62,17	13 296,0	11 478,5	1 623,8	150,0	165,3 <sup>11</sup>	379,8	—	—	92,0	389,7	380,0	34 991,0	1975
19 730,9	60,33	16 648,7	12 643,7	3 817,5	146,2	246,2	954,8	—	—	93,0	—	390,0	39 324,0	1976
20 396,8	58,36	16 330,2	13 622,8	2 513,8	149,3	—	772,2	—	—	94,0	—	226,2	38 921,0	1977
22 499,1	52,91	20 062,8	15 583,9	3 437,7	990,6	—	2 893,2	—	—	95,0	—	190,2	46 421,0	1978
23 760,9	50,10	17 735,6	13 207,1	2 209,4 <sup>8</sup>	2 252,8	—	630,1	—	—	95,0	—	143,5	43 244,5	1979
24 106,3	49,38	16 376,1	13 661,0	402,8 <sup>8</sup>	2 254,0	—	273,5	—	—	95,0	2 157,1	270,0	44 318,7	1980
23 336,7	51,01	14 958,0	12 466,7	1 513,9 <sup>8</sup>	908,0	—	500,0	—	—	96,0	4 531,3	340,0	44 584,5	1981
24 477,0	48,63	15 713,5	13 992,7	798,9 <sup>8</sup>	852,0	—	250,0	—	1 624,6	97,0	6 564,6	450,0	49 374,2	1982
24 759,4	48,08	15 229,4	14 229,2	812,0 <sup>8</sup>	125,4	—	—	—	2 528,1	98,0	8 565,8	500,0	51 869,2	1983
26 489,3	44,94	15 537,1	14 227,8	1 102,9 <sup>8</sup>	130,1	—	—	—	5 118,7	99,0	10 811,7	490,0	58 748,8	1984
25 861,6	46,03	16 872,7	14 105,2	2 537,1 <sup>8</sup>	128,1	—	—	—	1 564,2	100,0	13 467,7	490,0	58 546,7	1985
27 018,9	44,06	16 113,7	14 911,8	1 042,3 <sup>8</sup>	86,7	—	—	—	—	101,0	13 056,2	490,0	56 980,4	1986
27 342,3	43,54	18 643,0	17 044,8	1 362,9 <sup>8</sup>	163,1	—	—	—	—	102,0	10 934,0	490,0	57 715,7	1987
28 979,2	41,08	9 475,6	6 691,6	2 530,1 <sup>8</sup>	167,6	—	—	—	1 970,9	103,0	12 741,6	630,0	53 930,4	1988
29 168,4	40,81	7 724,7	4 948,4	2 571,9 <sup>8</sup>	119,0	—	—	—	3 060,8	104,0	15 534,9	630,0	56 290,6	1989
29 640,5	40,16	5 371,8	4 595,3	621,7	59,8	—	785,0	—	—	105,0	17 113,1	630,0	53 730,7	1990
29 217,1	40,74	4 498,6	4 275,6	3,4	114,9	—	400,0	—	1 697,1	106,0	19 533,7	630,0	56 756,6	1991
29 353,5	40,55	5 200,4	4 785,5	245,1	54,7	—	3 450,0	—	2 389,7	107,0	21 380,6	640,0	63 800,1	1992
29 335,6	40,58	5 263,6	4 776,7	192,3	188,8	—	2 940,0	56,3	3 153,8	108,0	23 033,7	640,0	65 774,7	1993

<sup>6</sup> Vor 1986: Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie.

<sup>7</sup> Bis 1980: Sterilisierungskonten des Bundes; 1981 und 1982: eigene Schuldverschreibungen; ab 1990: im Markt nicht weiterplazierte Festgeldanlagen des Bundes (siehe auch Fussnote 8).

<sup>8</sup> Inkl. im Markt nicht weiterplazierte Festgeldanlagen des Bundes (siehe auch Fussnote 7).

<sup>9</sup> Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung.

<sup>10</sup> Gemäss Vereinbarung über die ausserordentlichen Mindestreserven vom 16. August 1971.

<sup>11</sup> Mindestreserven von Banken auf inländischen und ausländischen Verbindlichkeiten, gemäss Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1972 bzw. 19. Dezember 1975.

### 3. Hauptposten der Bilanz seit 1961

(Durchschnitte aus den Werten der veröffentlichten Ausweise)

#### Aktiven

Jahr	Gold <sup>1</sup>	Devisen- anlagen	Reserve- position beim IWF	Inter- nationale Zahlungs- mittel <sup>2</sup>	Wäh- rungs- kredite <sup>3</sup>	Inlandportefeuille				Lombard- vor- schüsse	Wert- schriften und Be- teiligungen	Guthaben bei Korre- sponden- ten im Inland
						Total	davon Schweizer- wechsel	Geld- markt- papiere	Diskon- tierte Obliga- tionen			
<i>in Millionen Franken</i>												
1961	10 049,6	1 121,6	—	—	—	49,5	48,0	—	1,5	13,8	43,0	13,0
1962	10 613,6	827,3	—	43,1 <sup>5</sup>	—	60,0	53,6	1,1	5,3	16,1	42,8	16,1
1963	10 753,3	844,1	—	207,0	—	66,8	59,6	2,7	4,5	17,5	91,9	16,3
1964	11 080,6	1 232,4	—	300,8	—	92,0	77,0	5,2	9,8	29,4	58,3	20,0
1965	11 672,4	971,7	—	432,0	—	93,1	77,5	5,6	10,0	20,9	78,0	22,1
1966	11 621,5	983,4	—	474,9	—	109,8	86,5	4,7	18,6	32,6	144,1	26,4
1967	11 982,3	1 351,8	—	451,8	—	112,2	92,5	4,7	15,0	30,5	185,1	26,9
1968	11 586,5	1 602,6	—	1 110,3	—	114,2	104,4	3,3	6,5	27,3	181,0	26,8
1969	11 431,8	2 020,8	—	1 718,8	—	222,3	193,4	9,3	19,6	71,1	176,0	32,2
1970	11 615,5	3 418,7	—	1 851,0	—	155,4	134,6	9,5	11,3	47,0	167,6	39,3
1971	11 854,9	6 834,3	—	3 203,3	—	122,2	114,3	3,6	4,3	15,9	128,4	35,6
1972	11 879,6	9 721,4	—	4 278,0	—	117,1	109,5	5,8	1,8	22,2	122,2	38,5
1973	11 892,5	10 515,1	—	4 397,6	—	195,3	166,0	24,7	4,6	67,0	—	55,1
1974	11 892,7	8 624,2	—	5 237,2	—	795,8	730,8	48,7	16,3	132,2	65,6	71,0
1975	11 892,7	10 005,3	—	5 403,0	—	640,6	574,2	61,1	5,3	85,8	13,9	50,1
1976	11 897,7	13 371,8	—	5 388,9	—	364,1	299,3	63,3	1,5	81,8	34,3	57,3
1977	11 903,9	13 785,3	—	4 625,6	—	602,8	523,6	72,8	6,4	93,6	420,3	69,2
1978	11 903,9	21 697,2	—	3 017,3	—	395,2	356,2	32,2	6,8	35,0	333,5	66,3
1979	11 903,9	24 628,7	—	397,8 <sup>6</sup>	—	428,5	419,0	0,3	9,2	107,2	684,6	71,8
1980	11 903,9	20 802,0	—	4,8 <sup>7</sup>	—	950,0	906,1	16,2	27,7	301,5	1 064,6	112,9
1981	11 903,9	21 488,0	—	16,8	—	1 284,4	1 250,0	22,0	12,4	689,5	1 203,5	143,7
1982	11 903,9	24 466,9	—	1,4	—	974,9	958,0	13,9	3,0	391,0	1 126,4	128,4
1983	11 903,9	27 558,6	—	26,2	—	909,1	895,4	12,7	1,0	610,0	1 422,5	132,4
1984	11 903,9	30 450,4	—	28,7	—	980,8	960,9	19,8	0,1	735,5	1 671,8	138,6
1985	11 903,9	36 073,8	—	21,2	—	1 040,6	1 004,8	35,8	—	909,4	1 834,2	159,2
1986	11 903,9	35 296,1	—	4,5	—	937,0	896,0	41,0	—	998,7	1 985,3	153,4
1987	11 903,9	33 782,1	—	6,9	—	876,1	856,9	19,2	—	1 046,9	2 119,4	139,6
1988	11 903,9	31 760,7	—	26,1	—	137,8	137,8	—	—	60,4	2 320,1	99,7
1989	11 903,9	32 639,9	—	94,5 <sup>8</sup>	95,3 <sup>8</sup>	886,6	886,6	—	—	114,0	2 504,3	192,3
1990	11 903,9	35 029,1	—	113,7	36,5	753,9	753,9	—	—	44,6	2 712,5	223,8
1991	11 903,9	34 004,9	—	115,1	18,4	586,7	586,7	—	—	23,8	2 830,5	225,0
1992	11 903,9	37 871,9	279,9 <sup>4</sup>	140,5	149,6	679,5	443,0	236,5 <sup>9</sup>	—	22,5	2 914,5	214,4
1993	11 903,9	43 397,0	1 153,6	263,1	191,2	936,5	—	936,5	—	26,4	2 985,7	181,3

<sup>1</sup> Bewertung seit 10. Mai 1971: 1 kg Feingold = Fr. 4595,74; vorher: 1 kg = Fr. 4869,80.

<sup>2</sup> Ab Oktober 1962 bis März 1979: ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken; ab Ende Juli 1980: Sonderziehungsrechte und ab 20. April 1989: zusätzlich ECU.

<sup>3</sup> Bis 10. April 1989: in Devisenanlagen enthalten.

<sup>4</sup> Durchschnitt September bis Dezember auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

<sup>5</sup> Durchschnitt Oktober bis Dezember auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

<sup>6</sup> Durchschnitt Januar bis März auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

<sup>7</sup> Durchschnitt August bis Dezember auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

<sup>8</sup> Durchschnitt 20. April bis Dezember auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

<sup>9</sup> Durchschnitt September bis Dezember auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

## Passiven

Notenumlauf	Deckung des Notenumlaufs durch Gold	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Mindestreserven von Banken <sup>11</sup>	Verbindlichkeiten auf Zeit <sup>12</sup>	Jahr
		Total	davon Girorechnungen von inländischen Banken und Finanzgesellschaften <sup>10</sup>	Rechnungen des Bundes	Rechnungen der Depo-nenten	Konti Zahlungs- und Clearing-abkommen	Guthaben ausländischer Banken			
in Millionen Franken	%	in Millionen Franken								
6672,9	150,50	3 198,4	2 346,5	684,9	21,2	29,8	222,6 <sup>16</sup>	797,8 <sup>17</sup>	397,8	1961
7358,9	144,23	2 593,5	2 034,2	326,4	21,7	23,6	187,6	1 035,0	399,4	1962
8002,8	134,37	2 348,7	2 046,3	195,1	26,0	21,6	59,7	1 035,0	399,1	1963
8638,6	128,27	2 426,0	2 059,2	283,1	24,5	27,0	32,2	1 035,0	483,3	1964
9 179,1	127,16	2 496,3	2 173,9	232,2	26,9	18,8	44,5	1 035,0	597,5	1965
9 566,5	121,48	2 358,1	1 997,2	287,5	19,8	15,8	37,8	1 035,0	587,0	1966
10 013,4	119,56	2 695,5	2 366,4	234,0	18,1	19,7	57,3	754,7 <sup>18</sup>	588,3	1967
10 577,5	109,54	3 350,5	3 006,2	250,0	18,6	28,8	46,9	—	476,6	1968
11 259,9	101,53	3 458,6	3 061,8	306,8	20,1	23,8	46,1	—	324,0	1969
11 784,7	98,56	4 188,8	3 562,5	517,8	20,9	25,3	62,3	—	428,3	1970
12 663,8	93,61	8 419,9	7 452,3 <sup>14</sup>	801,7	21,5	12,1	132,3	919,1 <sup>19</sup>	483,1	1971
14 080,4	84,37	9 898,1	8 221,9	1 288,9	26,0	16,3	345,0	1 674,6	395,1	1972
15 784,2	75,34	7 045,9 <sup>13</sup>	5 651,9	982,0	27,5	11,7	371,5	3 317,2	600,1	1973
17 022,7	69,86	6 263,0 <sup>13</sup>	5 524,2	504,6	31,1	0,5	199,0	1 586,2	870,9	1974
17 608,5	67,54	7 384,5 <sup>13</sup>	6 342,9	841,1	30,9	—	162,9	371,4	1 222,7	1975
17 778,4	66,92	10 062,8 <sup>13</sup>	6 971,5	2 772,5	40,9	—	272,7	264,1	1 426,3	1976
18 590,5	64,03	9 834,0 <sup>13</sup>	7 057,8	2 549,7	39,5	—	179,8	34,4 <sup>20</sup>	1 160,4	1977
19 547,6	60,90	13 001,1 <sup>13</sup>	9 771,4	2 780,7	54,2	—	389,3	—	3 263,0	1978
21 069,7	56,50	15 221,4 <sup>13</sup>	10 484,9	2 443,9 <sup>15</sup>	59,6	—	2 226,3	—	2 656,9	1979
21 779,7	54,56	11 445,2 <sup>13</sup>	7 860,6	1 234,2 <sup>15</sup>	52,7	—	2 289,7	—	925,0	1980
21 937,0	54,26	9 852,6 <sup>13</sup>	7 254,2	901,3 <sup>15</sup>	45,3	—	1 645,1	—	266,3	1981
22 101,9	53,86	9 576,0 <sup>13</sup>	7 701,8	904,6 <sup>15</sup>	50,0	—	908,5	—	395,8	1982
22 796,5	52,22	9 842,0 <sup>13</sup>	8 147,2	1 447,9 <sup>15</sup>	54,5	—	182,0	—	145,8 <sup>21</sup>	1983
23 327,6	51,03	9 768,8 <sup>13</sup>	8 333,3	1 237,2 <sup>15</sup>	58,0	—	127,7	—	—	1984
23 676,7	50,28	10 296,4 <sup>13</sup>	8 589,1	1 507,1 <sup>15</sup>	66,7	—	111,1	—	—	1985
24 030,2	49,54	10 768,1 <sup>13</sup>	8 971,5	1 607,4 <sup>15</sup>	61,3	—	127,9	—	—	1986
24 831,4	47,94	11 067,9 <sup>13</sup>	9 407,9	1 465,7 <sup>15</sup>	65,5	—	128,8	—	—	1987
25 876,5	46,00	8 328,6 <sup>13</sup>	5 856,9	2 209,0 <sup>15</sup>	77,4	—	185,3	—	—	1988
26 482,5	44,95	5 453,9 <sup>13</sup>	3 601,9	1 630,2 <sup>15</sup>	78,2	—	143,6	—	—	1989
25 948,1	45,88	4 096,5 <sup>13</sup>	3 069,1	858,0	82,5	—	86,9	—	547,2 <sup>22</sup>	1990
26 533,3	44,86	3 201,9 <sup>13</sup>	2 865,8	149,0	92,4	—	87,4	—	690,6	1991
26 537,7	44,86	3 073,9 <sup>13</sup>	2 665,3	214,8	92,6	—	96,7	—	736,0	1992
26 925,1	44,21	3 192,2	2 758,3	269,8	103,4	—	60,7	—	5 027,5	1993

<sup>10</sup> Vor 1986: Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie.

<sup>11</sup> Von Ende März 1961 bis Anfang Dezember 1967: Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung; ab Anfang August 1971 bis Februar 1977: Mindestguthaben der Banken auf Verbindlichkeit.

<sup>12</sup> Bis 1980: Sterilisierungsreskriptionen des Bundes; ab Ende Februar 1980 bis August 1983: eigene Schuldverschreibungen; ab August 1990: im Markt nicht weiterplazierte Festgeldanlagen des Bundes (siehe auch Fussnote 15).

<sup>13</sup> Inkl. ausstehende Checks.

<sup>14</sup> Inkl. auf Sterilisierungskonto einbezahlte Beträge.

<sup>15</sup> Bis Juli 1990 inkl. im Markt nicht weiterplazierte Festgeldanlagen des Bundes (siehe auch Fussnote 12).

<sup>16</sup> Durchschnitt Ende Juni bis Dezember auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

<sup>17</sup> Durchschnitt Ende März bis Dezember auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

<sup>18</sup> Durchschnitt Januar bis Anfang Dezember auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

<sup>19</sup> Durchschnitt Ende September bis Dezember auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

<sup>20</sup> Durchschnitt Januar und Februar auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

<sup>21</sup> Durchschnitt Januar bis August auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

<sup>22</sup> Durchschnitt August bis Dezember auf Jahresdurchschnitt umgerechnet.

## 4. Geschäftsergebnisse seit 1986

### Aufwand

	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993
	in 1000 Franken							
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>95 489</b>	<b>97 702</b>	<b>110 485</b>	<b>152 865</b>	<b>143 896</b>	<b>160 016</b>	<b>157 404</b>	<b>187 964</b>
Bankbehörden	714	705	707	734	792	776	799	807
Personal	52 025	53 343	56 249	58 570	62 717	71 258	75 978	77 562
Raumaufwand	4 918	4 417	9 785	45 150	20 305	28 414	17 203	22 548
Betriebsausstattung	3 034	4 104	3 108	4 358	15 966	13 918	12 289	13 453
Geschäfts- und Büroaufwand	2 861	2 990	3 206	3 360	3 984	3 932	3 955	4 566
Information und Kommunikation	2 436	1 870	2 304	1 945	2 543	2 924	8 608	3 440
Druckaufwand, Publikationen	693	644	731	852	850	1 118	1 232	1 142
Aufwand aus Notenumlauf	18 689	19 485	24 037	21 292	20 463	23 113	26 392	54 550
Übriger Sachaufwand	10 119	10 144	10 358	16 604	16 276	14 563	10 948	9 896
<b>Wertaufwand</b>	<b>181 917</b>	<b>127 711</b>	<b>141 546</b>	<b>95 233</b>	<b>155 225</b>	<b>126 479</b>	<b>133 950</b>	<b>364 017</b>
Passivzinsen Deponenten	2 926	3 012	3 395	4 267	5 810	6 593	6 861	5 313
Passivzinsen Bundesverwaltung	58 492	41 244	40 444	55 161	101 145	82 895	91 965	290 992
Abschreibungen auf Wertschriften	94 499	66 320	96 407	35 805	48 270	36 991	35 124	67 712
Abschreibungen auf Bankgebäuden	26 000	17 135	1 300	—	—	—	—	—
<b>Abschreibungen auf Devisen</b>	<b>2 139 125<sup>1</sup></b>	<b>3 528 837</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>3 976 820</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Übertrag auf Konto Bewertungskorrektur auf Devisen</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>1 970 906</b>	<b>1 089 907</b>	<b>—</b>	<b>1 697 073</b>	<b>692 640</b>	<b>764 100</b>
<b>Steuern</b>	<b>1 789</b>	<b>2 632</b>	<b>1 592</b>	<b>298</b>	<b>3 365</b>	<b>—</b>	<b>8 726</b>	<b>—</b>
<b>Zuwendung an die Vorsorgeeinrichtungen</b>	<b>3 000</b>	<b>2 000</b>	<b>2 000</b>	<b>2 000</b>	<b>6 000</b>	<b>5 000</b>	<b>3 000</b>	<b>1 000</b>
<b>Erhöhung der Rückstellung für Dividenden und Kantonsanteile</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>10 000</b>	<b>—</b>
<b>Einlage in die Rückstellung für Währungsrisiken</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>1 807 669</b>	<b>2 793 303</b>	<b>2 494 209</b>	<b>2 420 560</b>	<b>1 846 842</b>	<b>1 653 172</b>
<b>Jahresgewinn</b>	<b>7 593</b>	<b>7 593</b>	<b>7 593</b>	<b>7 593</b>	<b>7 593</b>	<b>607 593</b>	<b>608 405</b>	<b>607 999</b>
Zuweisung an den Reservefonds	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000
Dividende	1 500	1 500	1 500	1 500	1 500	1 500	1 500	1 500
Ablieferung an Eidg. Finanzverwaltung	5 093	5 093	5 093	5 093	5 093	605 093	605 905	605 499
<b>Total</b>	<b>2 428 913</b>	<b>3 766 475</b>	<b>4 041 791</b>	<b>4 141 199</b>	<b>6 787 108</b>	<b>5 016 721</b>	<b>3 460 967</b>	<b>3 578 252</b>

<sup>1</sup> Gesamtabschreibungen auf Devisen abzüglich Auflösung der Bilanzposition «Bewertungskorrektur auf Devisen»

3 703 300
<u>1 564 175</u>
<u>2 139 125</u>

## Ertrag

	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993
	in 1000 Franken							
<b>Betriebsertrag</b>	<b>8 069</b>	<b>5 771</b>	<b>6 663</b>	<b>6 251</b>	<b>6 123</b>	<b>6 556</b>	<b>14 147</b>	<b>17 824</b>
Kommissionen	2 216	1 826	1 756	1 696	1 626	1 671	1 906	1 920
Ertrag aus Bankgebäuden	5 313	3 446	4 462	4 088	4 100	4 518	11 949	4 715
Diverse Einnahmen	540	499	445	467	397	367	292	11 189
<b>Wertertrag</b>	<b>2 009 363</b>	<b>1 638 459</b>	<b>2 064 222</b>	<b>3 045 041</b>	<b>2 804 165</b>	<b>3 313 092</b>	<b>2 754 180</b>	<b>2 796 328</b>
Devisenertrag	1 834 097	1 462 698	1 924 021	2 848 708	2 585 097	3 084 661	2 512 481	2 408 724
Diskontertrag	20 848	17 738	3 275	33 906	44 197	37 136	31 618	3 996
Ertrag aus Geldmarktpapieren	—	—	—	—	—	—	11 162	59 011
Lombardertrag	28 448	27 309	2 832	5 672	3 895	2 593	2 466	1 795
Wertschriftenertrag	123 449	128 782	132 877	149 504	160 163	176 113	184 290	315 940
Ertrag von Inlandkorrespondenten	2 521	1 932	1 217	7 251	10 813	12 589	12 163	6 862
<b>Aufwertung auf Devisen</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>1 970 906</b>	<b>1 089 907</b>	<b>—</b>	<b>1 697 073</b>	<b>692 640</b>	<b>764 100</b>
<b>Übertrag ab Konto Bewertungskorrektur auf Devisen</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>3 060 814</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Entnahme aus Rückstellung für Währungsrisiken</b>	<b>411 481</b>	<b>2 122 245</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>916 006</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
<b>Total</b>	<b>2 428 913</b>	<b>3 766 475</b>	<b>4 041 791</b>	<b>4 141 199</b>	<b>6 787 108</b>	<b>5 016 721</b>	<b>3 460 967</b>	<b>3 578 252</b>

## 5. Diskont- und Lombardsätze seit 1936

Offizieller Diskont- und Lombardsatz				Lombardsatz (Monatsmittel ab 1990)				
Datum der Veränderung		Diskontsatz	Lombardsatz	Monat	Jahr			
		%	%		1990	1991	1992	1993
1936	9. September	2	3	Januar	11,7	10,4	9,7	7,5
	26. November	1½	2½	Februar	11,0	10,1	9,4	7,7
1957	15. Mai	2½	3½	März	10,9	10,8	10,5	7,4
1959	26. Februar	2	3	April	11,5	10,5	10,6	7,4
1964	3. Juli	2½	3½	Mai	10,8	10,0	11,2	7,2
1966	6. Juli	3½	4	Juni	11,0	9,9	11,3	7,2
1967	10. Juli	3	3¾	Juli	11,0	9,6	10,5	6,8
1969	15. September	3¾	4¾	August	10,4	10,1	9,8	6,9
1973	22. Januar	4½	5¼	September	9,5	10,1	9,4	6,9
1974	21. Januar	5½	6	Oktober	9,7	10,0	8,1	6,6
1975	3. März	5	6	November	10,2	9,5	8,4	6,7
	20. Mai	4½	5½	Dezember	10,8	9,9	8,0	6,4
	25. August	4	5	Jahresdurchschnitt	10,7	10,1	9,7	7,1
	29. September	3½	4½					
	29. Oktober	3	4					
1976	13. Januar	2½	3½					
	8. Juni	2	3					
1977	15. Juli	1½	2½					
1978	27. Februar	1	2					
1979	5. November	2	3					
1980	28. Februar	3	4					
1981	3. Februar	3½	4½					
	20. Februar	4	5½					
	11. Mai	5	6½					
	2. September	6	7½					
	4. Dezember	6	7					
1982	19. März	5½	7					
	27. August	5	6½					
	3. Dezember	4½	6					
1983	18. März	4	5½					
1987	23. Januar	3½	5					
	6. November	3	4½					
	4. Dezember	2½	4					
1988	1. Juli	2½	4½					
	26. August	3	5					
	19. Dezember	3½	5½					
1989	20. Januar	4	6					
	14. April	4½	7					
	26. Mai	4½	1					
	30. Juni	5½						
	6. Oktober	6						
1991	16. August	7						
1992	15. September	6½						
	25. September	6						
1993	8. Januar	5½						
	19. März	5						
	2. Juli	4½						
	22. Oktober	4¼						
	17. Dezember	4						

<sup>1</sup> Seit dem 26. Mai 1989 wird der Lombardsatz täglich entsprechend der Entwicklung der Tagesgeldsätze neu festgelegt. (Durchschnitt der Tagesgeldsätze der beiden Vortage plus Zuschlag von einem Prozentpunkt. Seit dem 14. Dezember 1989 beträgt der Zuschlag zwei Prozentpunkte.) Für die täglichen Werte siehe Monatsbericht der Schweizerischen Nationalbank, bis 15. August 1990, Tabelle 20/21, danach Tabelle D1, für die Monatsmittel siehe Tabellenteil rechts.

## 6. Geld- und währungspolitische Chronik 1993

- Januar
- Per 31. Dezember 1992 zog sich die Nationalbank aus der Pflichtlagerfinanzierung, an der sie sich seit 1948 beteiligte, zurück. Die Pflichtlagerwechsel bleiben aber rediskontierbar (vgl. S. 60).
- Ab Januar 1993 nimmt die Nationalbank Zeichnungen für Geldmarkt-Buchforderungen der Eidgenossenschaft nur noch von Inhabern eines Nationalbank-Kontos entgegen (vgl. S. 64f).
- Mit Wirkung ab 8. Januar 1993 senkt die Nationalbank den Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt auf 5,5% (vgl. S. 41).
- März
- Mit Wirkung ab 18. März 1993 senkt die Nationalbank den Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt auf 5% (vgl. S. 41).
- April
- Die Nationalbank revidiert auf den 1. April 1993 eine Reihe von Bestimmungen zur Lombardpolitik. Die Festlegung der Lombardkreditlimiten der Banken wird liberalisiert, und die Bedingungen für die Lombarddepots werden marktgerecht und transparent ausgestaltet. Der Lombardkredit darf weiterhin nur zur kurzfristigen Überbrückung von unvorhergesehenen Liquiditätsengpässen benützt werden (vgl. S. 60).
- Die Nationalbank liberalisiert auf den 1. April 1993 das Schweizer-Franken-Emissionsgeschäft für ausländische Schuldner weiter und ersetzt die bisherige Syndizierungsregel durch ein Verankerungsprinzip. Sie erteilt neu die individuelle Bewilligung für Schweizer-Franken-Emissionen ausländischer Schuldner auch dann, wenn nur das federführende Institut des Emissionssyndikats seinen Geschäftssitz im Inland (Schweiz und Liechtenstein) hat. Mit dem Verankerungsprinzip stellt die Nationalbank sicher, dass sie weiterhin die notwendigen Informationen über das Schweizer-Franken-Emissionsgeschäft erhält (vgl. S. 51).
- Gestützt auf den Bundesbeschluss über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen verpflichtete sich die Schweiz im Jahre 1991 im Rahmen einer multilateralen Aktion, Bulgarien einen mittelfristigen Zahlungsbilanzkredit in Höhe von 32 Mio. Dollar zu gewähren. Die Schweiz zahlt im April 1993 diesen Kredit aus, nachdem das bulgarische Parlament im Februar 1993 das entsprechende Abkommen ratifiziert hat. Der Kredit hat eine Laufzeit von 7 Jahren, wird von der Nationalbank finanziert und ist mit einer Garantie des Bundes versehen (vgl. S. 53).
- Juli
- Mit Wirkung ab 2. Juli 1993 senkt die Nationalbank den Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt auf 4,5% (vgl. S. 41).
- Oktober
- Mit Wirkung ab 22. Oktober 1993 senkt die Nationalbank den Diskontsatz um einen viertel Prozentpunkt auf  $4\frac{1}{4}\%$  (vgl. S. 41).

Gestützt auf den Bundesbeschluss über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmaßnahmen gewährt die Schweiz Rumänien im Oktober 1993 einen mittelfristigen Zahlungsbilanzkredit von 7,2 Mio. Dollar. Die Kreditgewährung erfolgt im Rahmen einer multilateralen Aktion. Der Kredit wird von der Nationalbank finanziert und ist mit einer Garantie des Bundes versehen (vgl. S. 53).

Dezember

Das Direktorium der Schweizerischen Nationalbank führt im Einvernehmen mit dem Bundesrat seine auf Preisstabilität ausgerichtete mittelfristige Geldpolitik fort. Die Nationalbank orientiert sich im Jahre 1994 weiterhin am Ziel, die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge im Durchschnitt von fünf Jahren um ein Prozent auszuweiten (vgl. S. 11).

Mit Wirkung ab 17. Dezember 1993 senkt die Nationalbank den Diskontsatz um einen viertel Prozentpunkt auf 4% (vgl. S. 41).

## 7. Verzeichnis der Mitglieder der Aufsichts- und Leitungsorgane

(Stand per 1. März 1994)

### **Bankrat** (Amtsperiode 1991—1995)

Die von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten Mitglieder sind mit einem Stern (\*) bezeichnet.

Dr. Jakob Schönenberger, Präsident der Bankkommission der St. Gallischen Kantonalbank, Kirchberg/SG, Präsident

Regierungsrat Eduard Belser, Direktor des Bau- und Umweltschutzdepartements des Kantons Basel-Landschaft, Liestal, Vizepräsident

Henri André, Präsident des Verwaltungsrats der André & Cie AG, Paudex

\* Regierungsrat Dr. Ueli Augsburg, Finanzdirektor des Kantons Bern, Bern

Jörg Baumann, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Baumann Weberei und Färberei AG, Langenthal

Pierre Borgeaud, Präsident des Verwaltungsrats der Gebrüder Sulzer AG, Winterthur

Dr. Chasper Campell, Präsident des Bündner Handels- und Industrievereins (Bündner Handelskammer), Sils i. D.

\* Gianfranco Cotti, Rechtsanwalt und Notar, Präsident des Verwaltungsrats der Schweizerischen Volksbank, Locarno

Pierre Darier, in Firma Darier, Hentsch & Cie, Coligny

Melchior Ehrler, lic. jur., Direktor des Schweizerischen Bauernverbands, Riniken

Fred-Henri Firmenich, Präsident des Verwaltungsrats der Firmenich SA, Genthod

Nationalrat Dr. Theo Fischer, Präsident des Bankrats der Luzerner Kantonalbank, Sursee

\* Walter G. Frehner, Präsident des Verwaltungsrats des Schweizerischen Bankvereins, Riehen

\* Nationalrat Hans-Rudolf Früh, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands, Bühler

Claudio Generali, lic. oec., Präsident des Verwaltungsrats der Banca del Gottardo, Gentilino

\* Dr. Gustav E. Grisard, Präsident des Verwaltungsrats der Hiag Holding AG und Präsident der Delegation des Handels, Riehen

\* Hans Huber, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der SFS Stadler Heerbrugg AG, Heerbrugg

\* Rosmarie Huggenberger, Vorsitzende der Geschäftsleitung des SV-Service, Erlenbach

\* Nationalrat Joseph Iten, lic. jur., Rechtsanwalt und Notar, Hergiswil

Dr. Yvette Jaggi, Stadtpräsidentin von Lausanne, Lausanne

\* François Jeanneret, Rechtsanwalt, Saint-Blaise

Pierre-Noël Julen, Direktor des Walliser Handwerkerverbands (Fédération des associations artisanales du canton du Valais), Siders

Dr. Alex Krauer, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der CIBA-GEIGY AG, Riehen  
Minister François Lachat, Vorsteher des Departements für Kooperation, Finanzen und Polizei des Kantons Jura, Pruntrut

Margrit Meier, lic. rer. pol., geschäftsleitende Sekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Gümligen

Dr. h. c. Carlo de Mercurio, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der CDM Hôtels & Restaurants SA, Lutry

\* François Milliet, Präsident des Verwaltungsrats der Galenica Holding AG, Lausanne

\* Staatsrat Félicien Morel, Finanzdirektor des Kantons Freiburg, Belfaux

- \* Nationalrat Dr. Philippe Pidoux, Regierungsrat, Vorsteher des Departements des Innern und des Gesundheitswesens des Kantons Waadt, Lausanne  
Heinz Pletscher, Bauunternehmer, Zentralpräsident des Schweizerischen Baumeisterverbands, Schleithelm  
Dr. Walter Renschler, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Zürich
- \* Dr. Guido Richterich, Präsident des Zentralverbands schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, Bottmingen  
Nationalrat Paul Rutishauser, Landwirt, Mitglied des leitenden Ausschusses des Schweizerischen Bauernverbands, Götighofen
- \* Anton Salzmann, Zentralpräsident des Christlichen Holz- und Bauarbeiterverbands der Schweiz, Feldmeilen  
Prof. Dr. Kurt Schiltknecht, BZ Trust Aktiengesellschaft, Zumikon  
Dr. Nikolaus Senn, Präsident des Verwaltungsrats der Schweizerischen Bankgesellschaft, Herrliberg
- \* Dr. Peter Spälti, Präsident des Verwaltungsrats und Vorsitzender der Geschäftsleitung der Winterthur Schweizerische Versicherungs-Gesellschaft, Hettlingen  
Nationalrätin Dr. Judith Stamm, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Erziehungsdepartements des Kantons Luzern, Luzern  
Dr. Lilian Uchtenhagen, Präsidentin des Verwaltungsrats der Coop Zürich, Zürich  
Ständerat Prof. Dr. Ulrich Zimmerli, Professor für eidgenössisches und kantonales Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Bern, Gümliigen

#### **Bankausschuss** (Amtsperiode 1991—1995)

- Dr. Jakob Schönenberger, Präsident der Bankkommission der St. Gallischen Kantonalbank, Kirchberg/SG  
Regierungsrat Eduard Belser, Direktor des Bau- und Umweltschutzdepartements des Kantons Basel-Landschaft, Liestal  
Pierre Borgeaud, Präsident des Verwaltungsrats der Gebrüder Sulzer AG, Winterthur  
Gianfranco Cotti, Rechtsanwalt und Notar, Präsident des Verwaltungsrats der Schweizerischen Volksbank, Locarno  
Melchior Ehrler, lic. jur., Direktor des Schweizerischen Bauernverbands, Riniken  
Nationalrat Hans-Rudolf Früh, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands, Bühler  
François Jeanneret, Rechtsanwalt, Saint-Blaise  
Margrit Meier, lic. rer. pol., geschäftsleitende Sekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Gümliigen  
Nationalrat Dr. Philippe Pidoux, Regierungsrat, Vorsteher des Departements des Innern und des Gesundheitswesens des Kantons Waadt, Lausanne  
Dr. Lilian Uchtenhagen, Präsidentin des Verwaltungsrats der Coop Zürich, Zürich

## **Lokalkomitees** (Amtsperiode 1991—1995)

### *Aarau*

John F. Strasser, Vizepräsident der Franke AG und Mitglied des Verwaltungsrats-Ausschusses der Franke Holding AG, Aarburg, Vorsitzender

Heinerich Häseli, Delegierter des Verwaltungsrats und Direktor der Jakob Müller AG, Maschinenfabrik, Gipf-Oberfrick, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. Erich Haag, Mitglied der Gruppenleitung der Motor-Columbus AG, Wettingen

### *Basel*

Alexander Peter Füglistaller, Vizepräsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Warteck Invest AG, Basel, Vorsitzender

Peter Wagner, Generaldirektor der Danzas Management AG, Basel, Stellvertreter des Vorsitzenden

Peter Grogg, Präsident des Verwaltungsrats der Bachem Feinchemikalien AG, Bubendorf

### *Bern*

Dr. Theodor Fässler, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Mikron Holding AG und der Mikron AG Biel, Mörigen, Vorsitzender

Pierre-Alain Thiébaud, Rechtsanwalt, Freiburg, Stellvertreter des Vorsitzenden

Karl Gnägi, Delegierter des Verwaltungsrats der ToniLait AG, Wohlen bei Bern

### *Genf*

Gérard Fatio, Generaldirektor der SIP société genevoise d'instruments de physique, Genf, Vorsitzender

Alain Peyrot, Delegierter des Verwaltungsrats der Naef Holding SA, Genf, Stellvertreter des Vorsitzenden

Claude Hauser, Generaldirektor der Migros Genossenschaft Genf, Versoix

### *Lausanne*

Christian Seiler, Delegierter des Verwaltungsrats der Seiler Hotels Zermatt AG, Sitten, Vorsitzender

Hubert Barde, Generaldirektor der Orlait AG, Le Mont-sur-Lausanne, Stellvertreter des Vorsitzenden

Pierre Baroffio, Delegierter des Verwaltungsrats der Bobst AG, Renens

### *Lugano*

Ulrich K. Hochstrasser, Direktor der Migros Genossenschaft Tessin, Breganzona, Vorsitzender

Franco Donati, dipl. Ing. ETH, Delegierter des Verwaltungsrats der Invertomatic SA, Tegna, Stellvertreter des Vorsitzenden

Flavio Riva, Delegierter des Verwaltungsrats der Impresa Flavio Riva SA, Montagnola

### *Luzern*

Jürg R. Reinshagen, Vizepräsident des Verwaltungsrats und Generaldirektor der Schweizerischen Hotelgesellschaft AG Palace Hotel Luzern, Luzern, Vorsitzender

Dr. Kurt Babst, Präsident des Verwaltungsrats der Möbelfabrik Wellis AG, Willisau, Stellvertreter des Vorsitzenden

Gerry Leumann, Delegierter des Verwaltungsrats der Ebnöther Holding AG, Meggen

### *Neuenburg*

Laurent Favarger, Direktor der SA du Four électrique Delémont, Develier, Vorsitzender

Dr. ing. Michel Soldini, Delegierter des Verwaltungsrats und Generaldirektor der Bergeon & Cie SA, Le Locle, Stellvertreter des Vorsitzenden

Jean Lauener, Präsident des Verwaltungsrats der Lauener & Cie SA, Saint-Aubin

### *St. Gallen*

Urs Bühler, Vorsitzender der Konzernleitung der Bühler AG, Uzwil, Vorsitzender

Dr. Roland Bertsch, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Hydrel AG, Romanshorn, Stellvertreter des Vorsitzenden

Peter G. Anderegg, Delegierter des Verwaltungsrats der Filtex AG, Egnach

### *Zürich*

Rudolf Hauser, Präsident des Verwaltungsrats der Bucher-Guyer AG, Maschinenfabrik, Zürich, Vorsitzender

Dr. Adolf Gugler, Vizepräsident des Verwaltungsrats und Direktionspräsident der Elektrowatt AG, Zollikon, Stellvertreter des Vorsitzenden

Fritz Jenny, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Fritz & Caspar Jenny AG, Ziegelbrücke

## **Revisionskommission** (Amtsperiode 1993/1994)

### *Mitglieder*

Peter Blaser, Direktor der Amtersparniskasse Thun, Hünibach, Präsident

Gilbert Jobin, Delémont, Vizepräsident

Hans Casanova, Rhäzüns

### *Ersatzmitglieder*

Hans Michel, Generaldirektor der Thurgauer Kantonalbank, Egnach

Francis Sauvain, Morges

Werner M. Schumacher, Direktor der Banque Jenni et Cie SA, Basel

## **Direktorium**

Dr. Markus Lusser, Präsident, Zürich  
Dr. Hans Meyer, Vizepräsident, Bern  
Jean Zwahlen, Mitglied, Zürich

## *Generalsekretariat*

Generalsekretär Dr. Andreas Frings, Direktor, Zürich  
Stellvertreter des  
Generalsekretärs Hans-Ueli Hunziker, Abteilungsvorsteher, Bern  
Übersetzungsdienst Michel Gremaud, Abteilungsvorsteher, Zürich  
Bibliothek Anne-Marie Papadopoulou, Abteilungsvorsteherin, Zürich

## **Departemente**

### *I. Departement (Zürich)*

Departementsvorsteher Dr. Markus Lusser, Präsident des Direktoriums  
Presse Sprecher Werner Abegg, Vizedirektor  
Stellvertreter des  
Departementsvorstehers Dr. Peter Klauser, Direktor  
Dr. Georg Rich, Direktor  
Bereich Volkswirtschaft Dr. Georg Rich, Direktor  
Ressort Volksw. Studien Dr. Erich Spörndli, stellvertretender Direktor  
Forschung Dr. Michel Peytrignet, Vizedirektor  
Konjunktur Dr. Eveline Ruoss, Vizedirektorin  
Ressort Internat.  
Währungsbeziehungen Dr. Monique Dubois, stellvertretende Direktorin  
Ressort Bankwirtschaft Dr. Urs W. Birchler, Direktor  
Studien Dr. Werner Hermann, Vizedirektor  
Kapitalexport Mauro Picchi, Abteilungsvorsteher  
Ressort Statistik Christoph Menzel, Direktor  
Publikationen Robert Fluri, Vizedirektor  
Zahlungsbilanz Thomas Schlup, Abteilungsvorsteher  
Datenbank Rolf Gross, Vizedirektor  
Bereich Recht und Dienste Dr. Peter Klauser, Direktor  
Rechtsdienst Dr. Peter Merz, Direktor  
Dr. Martin Hess, Vizedirektor  
Personaldienst Gerhard Nideröst, Direktor  
Beat Blaesi, Vizedirektor  
Vorsorgeeinrichtungen Dr. Peter Hadorn, stellvertretender Direktor  
Liegenschaften,  
technische Dienste Theo Birchler, Vizedirektor  
Interne Revision Ulrich W. Gilgen, Direktor  
Othmar Flück, Vizedirektor

## *II. Departement (Bern)*

Departementsvorsteher	Dr. Hans Meyer, Vizepräsident des Direktoriums
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Hans Theiler, Direktor Alex Huber, Vizedirektor
Sicherheit	
Bereich Bankgeschäft	Dr. Theodor Scherer, Direktor
Wertschriften	Dr. Hans-Christoph Kesselring, stellvertretender Direktor
Hauptbuchhaltung	Peter Bechtiger, Vizedirektor
Korrespondenz, Portefeuille	Daniel Ambühl, Vizedirektor
Kasse Bern	Paul Bürgi, Vizedirektor
Bereich Bargeld (Hauptkasse)	Roland Tornare, Hauptkassier der Bank, Direktor Peter Trachsel, Stellvertreter des Hauptkassiers, Vizedirektor
Administration, Transporte	Peter Halter, Abteilungsvorsteher
Lagerung	Beat Rytz, Abteilungsvorsteher
Verarbeitung	Urs Locher, Abteilungsvorsteher
Technik	Urs Suter, Abteilungsvorsteher

## *III. Departement (Zürich)*

Departementsvorsteher	Jean Zwahlen, Mitglied des Direktoriums
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Jean-Pierre Roth, Direktor Dr. Christian Vital, Direktor
Stab	Dewet Moser, Abteilungsvorsteher
Bereich monetäre Operationen	Dr. Jean-Pierre Roth, Direktor
Ressort Devisenhandel	Karl Hug, stellvertretender Direktor
Ressort Devisenanlagen	Dr. Markus Zimmerli, stellvertretender Direktor
Portefeuille	Beat Spahni, Vizedirektor
Bereich Abwicklung und Informatik	Dr. Christian Vital, Direktor
Ressort Abwicklung	Daniel Wettstein, stellvertretender Direktor
Zahlungsverkehr	Eugen Guyer, stellvertretender Direktor
Kasse	Roland-Michel Chappuis, Vizedirektor
Korrespondenz	Markus Steiner, Vizedirektor
Buchhaltung	Werner Bolliger, Vizedirektor
Ressort Informatik	Dr. Rudolf Hug, Direktor
Stab	Dr. Raymond Bloch, Vizedirektor
Bankbetriebliche Applikationen	Roger Arthur, Vizedirektor
Statistische Applikationen	Dr. Jürg Ziegler, stellvertretender Direktor

Büroautomation/ -kommunikation	Peter Bornhauser, Vizedirektor
System-Technik	Jules Troxler, Vizedirektor
Rechenzentrum Zürich	Peter Künzli, Vizedirektor
Rechenzentrum Bern	Bruno Beyeler, Vizedirektor

## **Zweiganstalten**

<i>Aarau</i>	Heinz Alber, Direktor Stellvertreter des Direktors (vakant)
<i>Basel</i>	Dr. Anton Föllmi, Direktor Eugen Studhalter, Stellvertreter des Direktors
<i>Genf</i>	Yves Lieber, Direktor Jean-Daniel Zutter, Stellvertreter des Direktors
<i>Lausanne</i>	François Ganière, Direktor Nivardo Zanini, Stellvertreter des Direktors
<i>Lugano</i>	Cesare Gaggini, Direktor Franco Poretti, Stellvertreter des Direktors
<i>Luzern</i>	Max Galliker, Direktor Josef Huber, Stellvertreter des Direktors
<i>Neuenburg</i>	Jean-Pierre Borel, Direktor Jacques Jolidon, Stellvertreter des Direktors
<i>St. Gallen</i>	Prof. Dr. René Kästli, Direktor Anton Keller, Stellvertreter des Direktors

## **Agenturen**

Die Schweizerische Nationalbank unterhält an folgenden Orten Agenturen, die von Kantonalbanken geführt werden:

Altdorf, Appenzell, Bellinzona, Biel, Chur, Delsberg, Freiburg, Glarus, Herisau, Liestal, Sarnen, Schaffhausen, Schwyz, Sitten, Solothurn, Stans, Thun, Weinfelden, Winterthur und Zug.

Dieser Geschäftsbericht erscheint in deutscher und französischer Sprache sowie als Kurzfassung in italienischer und englischer Sprache. Alle vier Ausgaben sind erhältlich beim Generalsekretariat der Schweizerischen Nationalbank, 3003 Bern (Telefon 031 3120211; Telefax 031 3121953).

Satz und Druck: Benteli Druck AG, Bern

